KEIN AL QUDS TAG

GEGEN JEDEN ANTISEMITISMUS!

BROSCHÜRE
DES ANTIFASCHISTISCHEN
BERLINER BÜNDNISSES
GEGEN DEN AL QUDS-TAG

IMPRESSUM

Die Broschüre zu den Protesten gegen den Al Quds-Tag 2021 wird herausgegeben von dem Antifaschistischen Berliner Bündnis gegen den Al Quds-Tag.

Die Beiträge im Heft spiegeln nicht unbedingt die Meinung des gesamten Bündnisses und der Verteiler:innen wieder. Dieses Heft bleibt bis zur Aushändigung an die Adressat:innen Eigentum der Absender:innen.

Wir verwenden vorwiegend die geschlechts-neutralen Formen „:innen“ und „_innen“ sowie „*innen“, um neben dem männlichen und weiblichen Geschlecht auch Menschen, die sich nicht in zweigeschlechtliche Raster einfügen (wollen), zu repräsentieren.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist Rosa Stern, Platz der Befreiung 1, 12489 Berlin.

Stand: April 2021
Auflage: 2500
Gestaltung: gegenfeuer.net

keinalqudstag.noblogs.org

fb.com/keinalqudstagberlin

instagram.com/noalqudsberlin

twitter.com/keinqudstag

04 Einleitendes

„Nieder mit dem Al Quds-Tag!“
Über den Al Quds-Tag und seine Apologet:innen im Iran und Deutschland

10 Antifa statt Verbote! Warum Appelle an den deutschen Staat den Kampf gegen Antisemitismus nicht voranbringen

16 Die Verknüpfung des „Islamischen Zentrums Hamburg“ (IZH) mit dem Al-Quds-Marsch in Berlin

20 Jinn und andere Dämonen – Der Coronadiskurs im Iran

„Kein Gott – Kein Staat – Kein Kalifat!“
Über eine linksradikale Kritik des Islamismus

26 Terror in Europa – Zum islamistischen Anschlag in Wien 2020

30 Täterinnenschaft in Trümmern

32 Kafir: Allah sei Dank bin ich Atheist. Interview mit dem Aktivisten und Autor Amed Sherwan

36 Rezension: Tapis – eine Recherche-Broschüre über Islamismus

„Nieder mit dem Patriarchat!“
Über feministische Perspektiven auf Islamismus und den Al Quds-Tag

40 Pro Kopftuch und kontra Abtreibung. Über die Frauenverachtung von christlichem und islamischem Fundamentalismus in zunehmend autoritären Zeiten

46 Gespräch mit Mina Ahadi über Antifeminismus und die islamische Revolution im Iran

50 „Die Befreiung der Frau im Iran ist identisch mit dem Sturz des iranischen Regimes.“ Interview mit Fathiyeh Naghibzadeh

52 Interview mit drift – feminist alliance for communism zu feministischer Kritik am Al Quds-Tag

„Kein Friede mit Deutschland!“
Über Antisemitismus in der BRD

56 Falsche Solidarität – Das Verhältnis der Neuen Rechten zu Israel und Antisemitismus

60 „... noch dazu es eben – das muss man immer wieder betonen – kein hallescher Bürger gewesen ist, der hier den Anschlag ausgeübt hat...“ – Zu den antisemitischen Kontinuitäten in Halle

64 Das Corona-Virus als Rechtfertigung für Antisemitismus

68 Über die Autor:innen

EINLEITENDES

„Ich fordere alle Muslime der Welt und alle muslimischen Regierungen auf, den Usurpatoren und ihren Unterstützern die Hände abzuhacken. Und ich lade alle Muslime der Welt dazu ein, gemeinsam den letzten Freitag im heiligen Monat Ramadan zum Al-Quds-Tag [Jerusalem-Tag] zu machen und ihre internationale muslimische Solidarität zur Unterstützung der legitimen Rechte des muslimischen palästinensischen Volkes zu erklären. Ich bitte den allmächtigen Gott um den Sieg der Muslime über die Gottlosen."

Diesen Aufruf richtete Ayatollah Khomeini 1979, kurz nachdem die Islamisten die Macht im Iran übernommen hatten, an seine Anhänger:innen. Wenig später fanden in Teheran und in vielen anderen Städten des Landes die ersten Al Quds-Märsche statt. Dabei ging es von Anfang an um mehr als nur die islamische Eroberung Jerusalems: „Ich hoffe, dass dieser Tag die Basis zur Gründung einer Partei aller Unterdrückten der Welt sein wird. [...] Sie können dann alle Probleme, die ihnen im Wege stehen, beseitigen und gegen die Arroganz aufstehen". Das Ziel sei das Ende allen Leids, jeder Unterdrückung und Ungerechtigkeit. Das einzige Hindernis, das es für diesen gesegneten Zustand aus der Welt zu räumen gelte: den jüdischen Staat. In der Presse ließ das neue Regime verbreiten: „Der Kampf gegen Israel ist das Hauptziel des langfristigen Jihads des iranischen Volkes gegen die Feinde der Menschheit". Die Tatsache, dass dieser Jihad nicht nur das Ende eines Staates, sondern konkret den Mord an Jüdinnen:Juden zum Ziel hat, verschleierte Khomeini kaum. Er rief seinen Anhänger:innen zu: „Imam Ali ist unser Vorbild. Er zog sein Schwert gegen die Verschwörer. Es ist überliefert, dass er siebenhundert Juden an einem Tag tötete".

Der Al Quds-Tag 1979 ist zur Blaupause der iranischen Politik geworden. Die Aufrüstung der Hisbollah im Libanon, die Entsendung schiitischer Milizen nach Syrien und in den Irak, aber auch das Streben der Mullahs nach Atomwaffen sind praktische Versuche, die Vernichtung Israels voranzutreiben. Wie ernst es dem Regime damit ist, drückt sich auch in der gewählten Symbolik aus; so steht etwa auf einem zentralen Platz in Teheran eine überdimensionierte Stoppuhr. Sie zählt rückwärts bis zu dem Tag, an dem die Eroberung Jerusalems abgeschlossen sein soll.

Am Al Quds-Tag wirbt das Regime weltweit um Unterstützung für seine mörderische Politik. Von Teheran über London, Beirut und Kuala Lumpur bis nach Frankfurt und Berlin finden sich jedes Jahr Menschen zusammen, um Khomeinis Aufruf zu folgen. In Berlin wird der Tag seit den 1990er Jahren begangen. Die Mobilisierung zum Al Quds-Tag in Deutschland findet maßgeblich in schiitischen

Gemeinden statt. Von zentraler Bedeutung sind hier das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) und die Islamische Gemeinschaft der Schiiten (IGS), die als verlängerter Arm des iranischen Regimes agieren und aus ganz Deutschland die Busanreisen organisieren. An ihrer Seite marschieren deutsche Verschwörungsideolog:innen, die sich wahlweise von Bilderbergern, den Illuminaten oder der CIA bedroht fühlen und im Staat Israel ein greifbares Ziel ihres Hasses sehen. Mit dabei sind auch Akteur:innen der radikalen Rechten. So ist etwa Christopher Hörstel, ehemals Berater der SPD und voriger Vorsitzender der Partei „Deutsche Mitte“, ein regelmäßiger Gastredner. Ihn und seine Gesinnungsgenossen:innen treibt ein ethnopluralistisches Weltbild, das in Jüdinnen:Juden und ihrem Staat den gemeinsamen Feind von Muslim:innen und Deutschen sieht. Natürlich dürfen aber auch linke Gruppen nicht fehlen. Jedes Jahr treibt der Kampf gegen den Imperialismus, für den Israel stehe, einige von ihnen an die Seite von Islamist:innen und Rechten.

Nach außen geben sich die Akteur:innen des Al Quds-Tags als friedliebend und gewaltfrei. Doch die Gefahr, die von ihnen ausgeht, ist real. Für diese Erkenntnis reicht es, einen Blick auf die Worte und die Taten der selbsterklärten Friedensfreund:innen zu werfen. Bis zum Verbot der Hisbollah prägten Symbole der islamistischen Terrororganisation das Bild des Marsches. „In Deutschland müssen wir friedlich sein. Kämpfen, dafür haben wir Leute im Libanon. Die Gruppe beginnt mit H. und da sind wir stolz drauf!“ ließ etwa Jürgen Grassmann, Sprecher der Berliner Quds-AG, in der Vergangenheit vom Lautsprecherwagen verlautbaren. Mit ihrer ideellen und oftmals auch finanziellen Unterstützung befördern sie Gewalt und Unterdrückung gegen Menschen im Libanon, in Syrien und Israel. Gleichzeitig bedroht der Al Quds-Tag aber auch in Deutschland all jene Menschen, die sich aktiv gegen das iranische Regime stellen. Die Gefahr, die vom Al Quds-Tag ausgeht, ist in Berlin spätestens am 17.September 1992 klar geworden. An diesem Tag erschossen Schergen der Hisbollah im Charlottenburger Restaurant Mykonos zwei iranisch-kurdische Politiker und verletzten den Wirt sowie einen weiteren Gast schwer. Der Drahtzieher des Terroranschlags war niemand anderes als Kazem Darabi, der zuvor die Berliner Al Quds-Tage organisiert hatte. Nachdem er frühzeitig in Deutschland aus der Haft entlassen wurde, lebt der Mörder heute wieder im Iran, wo er als „Held der Nation“ geehrt wird.

Die Texte der vorliegenden Broschüre drehen sich um die zentralen Themen, die unsere politische Auseinandersetzung mit dem Al Quds-Marsch seit Jahren begleiten. Neben dem Islamismus sind das vor allem der Antisemitismus als verbindende Ideologie der meisten Teilnehmenden und die Islamische Republik Iran als Triebfeder hinter der Mobilisierung.

Das erste Kapitel *„Nieder mit dem Al Quds-Tag!“* beginnt die Autonome Neuköllner Antifa mit einer linksradikalen Perspektive auf die Verbotsdiskussion, die in den letzten Jahren rund um den Al Quds-Tag entbrannt ist und die 2020 durch das Verbot der Hizbollah als zentrale Struktur hinter dem Al Quds-Marsch, neu befeuert wurde. Auch die Akteur:innen des Marsches beschäftigen unser Bündnis nun schon seit über zehn Jahren. Eine wichtige Rolle in der Organisation des

Al Quds-Marschs spielt das Islamische Zentrum Hamburg. Alexander Will beleuchtet diesen Außenposten des Iranischen Regimes, seine Aktivitäten, spart jedoch auch nicht an einer Kritik am Schweigen eines Großteils der Linken gegenüber diesem zentralen islamistischen Akteur. Auch im Kontext der Corona-Pandemie, der die iranische Bevölkerung schutzlos ausgeliefert wird, bemüht das Regime Verschwörungserzählungen und Antisemitismus zur Abwehr der eigenen Verantwortung. Pascal Beck zeichnet in seinem Text „Jinn und andere Dämonen – Der Coronadiskurs im Iran“ die vorherrschenden Äußerungen und Positionen des iranischen Regimes über die Pandemie nach.

Im zweiten Kapitel *„Kein Gott – Kein Staat – Kein Kalifat!“* widmet sich ein Artikel der europäischen Ausprägung islamistischer Gewalt. Die Autorin Merle Stöver geht unter dem Titel „Terror in Europa“ schwerpunktmäßig auf die islamistischen Attentate in Paris und Wien ein und plädiert für eine emanzipatorische Gegenposition zu islamistischer Ideologie. Das drift-Bündnis beobachtet seit 2020 Prozesse gegen IS-Anhängerinnen in Deutschland. In ihrem Artikel „Täterinnenschaft in Trümmern“ wird deren Präsentation vor Gericht und die mediale Aufbereitung einer feministischen Kritik unterzogen. Der Autor des Buches „Kafir: Gott sei Dank bin ich Atheist“, Amed Sherwan, kommt in einem Interview zu Wort. Er beschreibt darin die drastischen Folgen seiner Abkehr vom Islam als Jugendlicher im Irak und sein Engagement für säkulare Geflüchtete und queere Themen in Deutschland. Mitte letzten Jahres erschien erstmals das Magazin tapis – Analysen zur islamistischen Rechten. Die Rezension der des Heftes durch die Emanzipative & Antifaschistische Gruppe umreißt den Inhalt des ambitionierten Projekts, seine Recherchen und thematischen Bestimmungen, und bezieht Stellung zu Stärken, aber auch zu Leerstellen der Broschüre.

Das Iranische Regime ist als Initiator des Al Quds-Tages zentrales Ziel der Kritik unseres Bündnisses. In der staatlichen Ideologie verbinden sich unter anderem Antisemitismus und Antifeminismus zu einer mörderischen Mischung. Deswegen ist die Frage nach feministischen Perspektiven ein zentraler Bestandteil der Arbeit unseres Bündnisses. Koschka Linkerhand eröffnet diesen Schwerpunkt und zeigt in ihrem Text die Notwendigkeit einer feministischen Religionskritik auf, die sich sowohl gegen christlichen wie auch gegen islamistischen Fundamentalismus wendet.

Die Exil-Iranerinnen und Feministinnen Mina Ahadi und Fatiyeh Naghibzadeh konnten für diese Broschüre für Interviews gewonnen werden. Sie gehen auf verschiedene feministische Aspekte der Kritik am islamistischen Regime ein. Ahadi beschreibt dabei die Rolle von Frauen in den iranischen Protestbewegungen seit den 1970er Jahren und die frauenfeindliche Politik, die ein zentrales Element des Machterhalts des Regimes ist. Naghibzadeh hingegen umreißt die prekäre Situation für Exil-Iraner:innen in Europa und den Expansionsdrang des Regimes in umliegende Länder der Region. Sie beide mahnen die feministischen Bewegungen in Europa an, die brutale Unterdrückung der Frauen im Iran in den Blick zu nehmen. Das feministische drift-Bündnis erläutert im Interview, wie die Kritik an völkischem Nationalismus und Islamismus zusammen gebracht werden kann.

Den Fakt, dass Antisemitismus das verbindende Element aller Teilnehmer:innen des Al Quds-Marsches ist, seien sie nun Islamist:innen, Neonazis oder linke Antiimperialist:innen, haben wir immer wieder herausgearbeitet. Im letzten Kapitel soll es um verschiedene Aspekte des Antisemitismus in Deutschland gehen. Mit dem Erstarken einer Neuen Rechten und deren erfolgreichster Organisation, der AfD, ist eine Rechte entstanden, die oft mit einem Pro-Zionismus kokettiert. Philipp Gede zeichnet diese Entwicklung als Teil der Abwendung der Alten Rechten nach und macht vor allem deutlich, in welchen Punkten sich diese vermeintliche Solidarität von emanzipatorischer Solidarität unterscheidet. Hermine Schubert rekapituliert, was in der Stadt Halle seit dem Anschlag im Jahr 2019 vor sich ging: Sie widmet sich den lokalen Diskussionen über Antisemitismus und dem kommunal- und bundespolitischen Umgang damit. Nicht nur im Iran wird die Diskussion um die Corona-Pandemie mit antisemitischen Stereotypen und Erzählungen vermengt. Die Autonome Neuköllner Antifa geht auf diese im Kontext der „Hygiene“-Demonstrationen ein und kritisiert, dass sie nur in ihren extremsten Ausformungen als antisemitisch erkannt wurden.

Seit 2010 organisieren wir als Antifaschistisches Berliner Bündnis gegen den Al Quds-Tag nun Proteste gegen diese islamistische Veranstaltung. Wenn auf der Straße für eine antisemitische und sexistische Ideologie geworben wird, dann ist es für uns eine antifaschistische Selbstverständlichkeit unseren Widerspruch zu äußern. Im Zuge der Corona-Pandemie erhalten antisemitische Verschwörungsideologien starken Zulauf. Umso wichtiger ist es antifaschistischen Protest zu organisieren. Traditionell „begrüßen“ wir die Teilnehmer:innen des Al Quds-Marsches am Startpunkt mit unserer Gegenveranstaltung und geben ihnen von Anfang an zu verstehen, dass ihr Antisemitismus von uns nicht geduldet wird. In mehreren Jahren fand im Vorfeld der Kundgebung noch eine Demonstration statt. Sobald der Marsch lief, kam es immer wieder zu Störaktionen und Blockadeversuchen gegen den islamistischen Marsch. Neben Mobilisierungs-Vorträgen und Podiumsdiskussionen wurden in den Jahren 2011, 2015 und 2018 bereits Broschüren produziert. Dies ist die vierte dieser Art. Sie ist auch dem Umstand geschuldet, dass im Jahr 2020 – nach dem Verbot der Hizbollah und mitten in der Corona-Pandemie – der Al Quds-Marsch erstmals nicht stattfand. Auch im Jahr 2021 ist es fraglich, ob der Marsch stattfinden kann und so ist dieser Output ein Resultat unserer Suche nach alternativen Ausdrucksformen. Sollte der islamistische Marsch doch am 8. Mai 2021 stattfinden, wird es Gegenaktionen geben, zu denen wir alle Leser:innen dieser Broschüre herzlich einladen.

Alle Infos finden sich auf: keinalqudstag.noblogs.org

Viel Spaß bei der Lektüre

das Antifaschistische Berliner Bündnis
gegen den Al Quds-Tag im April 2021

„NIEDER MIT DEM AL QUDS-TAG!“

Über den Al Quds-Tag und seine Apologet:innen im Iran und Deutschland

ANTIFA STATT VERBOTE!

WARUM APPELLE AN DEN DEUTSCHEN STAAT DEN KAMPF GEGEN ANTISEMITISMUS NICHT VORANBRINGEN

von der Autonomen Neuköllner Antifa [ANA]

Verbote von Parteien oder Versammlungen sind ein Mittel des bürgerlichen Staates, um gegen als verfassungsfeindlich und gefährlich kategorisierte Bewegungen vorzugehen. Gerade in Bezug auf den alljährlich stattfindenden Quds-Marsch in Berlin häufen sich die Verbotsforderungen. Gründe, um im Ergebnis ein Verbot gutzuheißen, liegen auf der Hand: weniger offener Antisemitismus auf den Straßen Berlins – zumindest an diesem Tag. Während der Quds-Demonstration müssten sich bei einem erfolgreichen Verbot Jüdinnen_Juden und alle, die von außen als solche identifiziert werden, wie z. B. auch israelsolidarische Linke, nicht mehr vor Angriffen schützen, da antisemitischen Angriffe aus der Quds-Demonstration nicht stattfinden würden. Das sind gute Aussichten, die die Berliner Straßen für die Betroffenen antisemitischer Gewalt zumindest temporärer sicherer machen. Gerade aus der Perspektive Betroffener ist ein Verbot mehr als ein symbolischer Akt, denn es geht im Zweifel um ihre körperliche Unversehrtheit und die Möglichkeit, sich ohne Angst auf den Straßen bewegen zu können.

Sich solidarisch mit den Perspektiven der Betroffenen antisemitischer Gewalt zu zeigen, bleibt einer der Grundsätze linksradikaler Politik. Dass staatliche Verbote den Effekt haben können, in bestimmten Situationen einen Beitrag dazu zu leisten, antisemitischer Gewalt zu begegnen, entspricht momentaner gesellschaftlicher Realität. Daher richtet sich die folgende Kritik an Forderungen nach einem Verbot des Quds-Marsches niemals an die Betroffenen von Antisemitismus, sondern hinterfragt das mit einem Verbot verbundene Agieren des deutschen Staates und die dahinterstehenden Motive. Denn die Einforderung und Affirmation staatlicher Maßnahmen ist für uns als antifaschistische, israelsolidarische Linke kein emanzipatorisches Mittel im dringend notwendigen Kampf gegen jeden Antisemitismus.

Ein Verbot ist nicht genug und erst recht keine Lösung

Die Forderungen nach einem Verbot des Quds-Marsches sind vielfältig und werden quer durch die deutsche Parteienlandschaft, von bundesweiten Organisationen und Interessenvertretungen wie der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und dem Zentralrat der Juden und auch weiteren Teilen der bürgerlichen Berliner Zivilgesellschaft formuliert.[1] Letztere ruft ebenfalls jährlich zu Protesten gegen den Quds-Marsch auf, dazu gehören unter anderem Akteur_innen wie die Jüdische Gemeinde zu Berlin, die Amadeu Antonio Stiftung und Stop the Bomb. Die Appelle der bürgerlichen Zivilgesellschaft richten sich dabei insbesondere an staatliche Akteur_innen, in deren Verantwortungsbereiche die versammlungsrechtliche Ermöglichung der Märsche sowie deren Verbote fallen. Seit Jahrzehnten sehen sich deshalb vor allem die Innensenatoren Berlins mit der Kritik konfrontiert, die Quds-Demonstrationen nicht zu verbieten. So wiederholte beispielsweise Innensenator Andreas Geisel (SPD), dass bei rechtsstaatlichem Handeln und unter Wahrung der Grundrechte der Versammlungs- und Meinungsfreiheit ein präventives Verbot nicht zulässig sei und derartige Vorstöße vor den Verwaltungsgerichten keinen Bestand hätten.[2] Es sei deshalb nur möglich, in Form von Versammlungsauflagen auf die Quds-Demonstrationen einzuwirken, wie in dem 2019 erarbeiten Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention „Berlin gegen jeden Antisemitismus!“ aufgeführt wird. Die Auflagen wurden etwa dahingehend erweitert, „dass nicht nur Rufe und Parolen, die gegenüber Teilen oder Einzelnen einer ethnischen oder religiösen Gruppe ehrverletzend sind, untersagt werden, sondern auch das Zeigen der Embleme der Hizb-Allah-Organisation nebst ihrer Unter- und Partnerorganisationen“.[3] Dass diese Auflagen nicht dazu geeignet sind, dem antisemitischen Ausdruck der Demonstration zu begegnen, machen die jährlichen Verstöße gegen jene Auflagen deutlich, die in den Monitoring-Berichten[4] der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS Berlin) und des Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) dokumentiert sind.

Eine neue Bewegung in der Debatte über und zur rechtlichen Bewertung von Verboten könnte nun in diesem Jahr durch das im Februar im Berliner Abgeordnetenhaus beschlossene neue Versammlungsgesetz entstehen. Bereits im vergangen Jahr verkündete Innensenator Geisel, im folgenden Jahr versuchen zu wollen, die Al Quds-Demonstration zu verbieten.[5] In dem durch die rot-rot-grüne Regierungskoalition im Februar 2021 beschlossenen neuen Gesetz über die Versammlungsfreiheit im Land Berlin werden nun in § 14 „Beschränkungen, Verbot, Auflösung“ auch explizit Versammlungen Beschränkungen und ggf. einem Verbot unterworfen, die sich durch „die erkennbare Bezugnahme auf andere nationale oder internationale Versammlungen oder Kampagnen […] deren Inhalt zu eigen mach[en]“, die zu Hass und Gewalt gegen bestimmte nationale, religiöse oder ethnische Gruppen oder Teile der Bevölkerung „aufstacheln“, diese beschimpfen oder böswillig verächtlich machen.[6] Ein Passus, der vermutlich nicht zuletzt mit Blick auf den Quds-Marsch in das Gesetz aufgenommen wurde.

Darüber, aus welchen Gründen und gegen welche Versammlungen durch die Versammlungsbehörde Verbote ausgesprochen werden sollen, gab es auch in den zugehörigen Debatten des Abgeordnetenhauses unterschiedliche Positionen. In dem bereits erwähnten Konzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention heißt es gleich zu Beginn: „Berlin trägt vor dem Hintergrund seiner Geschichte als Stadt, inder die Vernichtung der europäischen Juden geplant und befohlen wurde, eine besondere Verantwortung.“[7] Eine solche Verantwortung sieht auch der Staatssekretär der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, wie in einer Stellungnahme zu einem Antrag der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf vom Juni 2020 deutlich wird. Unter dem Titel „Keine antijüdischen Veranstaltungen in Charlottenburg-Wilmersdorf“ wurde darin der Senat aufgefordert, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, antisemitische Kundgebungen wie den Al Quds-Marsch im Bezirk, insbesondere auf dem Kurfürstendamm, zu verbieten. In seiner Stellungnahme wiederholt der Staatssekretär die bereits angeführten rechtlichen Grenzen und fügt an, dass die Aufzüge „gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte kaum erträglich“ seien.[8]

Die nachträgliche Verteidigung der „weltoffenen Metropole“ auf dem Kurfürstendamm

Für den Diskurs um die Bearbeitung der NS-Verbrechen der Deutschen und des deutschen Antisemitismus sind plakative Bezugnahmen auf „die deutsche Geschichte“ insofern symptomatisch, als dass dieser bestimmt ist von der Historisierung des Antisemitismus in Deutschland und von der Entlastung der weißdeutschen Mehrheitsbevölkerung durch die Externalisierung des Phänomens auf die fremdgemachten „Anderen.“ Es sind zwei Stränge, die sich in der Debatte um den Quds-Marsch idealtypisch verbinden. Der Quds-Marsch wird als „Schandfleck“ ausgemacht, der der endgültigen Wiedergutwerdung der Deutschen im Wege steht. Die Standortlogik als Motiv hinter einer Verbotsforderung offenbarte sich in den vergangenen Jahren zuletzt vor allem auch an der Auseinandersetzung um die zeitgleiche Nutzung des Kurfürstendamms durch die Autoveranstaltung „Classic Days“: „Ich habe kein Verständnis dafür, dass der Publikumsliebling Classic Days von einer Hass-Demo verdrängt wird“, sagt der Berliner CDU-Landesvorsitzende und Bürgermeisterkandidat Kai Wegner.[9] Ähnlich argumentiert auch die lokale AfD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf mit ihrem Antrag „Keine Verdrängung der Classic Days durch das jährliche Judenhasser-Festival ‘Al-Quds-Marsch’“.[10] Auch der CDU-Fraktionsvorsitzende im Berliner AGH spricht in einem Tagesspiegelbeitrag vom Kurfürstendamm als besonders „prominent“: „Ein antisemitischer Aufzug prägt das Stadtbild unserer freiheitlichen, weltoffenen Stadt. Was für ein Desaster für das Ansehen unseres geliebten Berlins!“[11] Burkard Dregger offenbart hier deutlich, für wen der antisemitische Aufmarsch ein Desaster darstellt: Nicht etwa für die Betroffenen von Antisemitismus, sondern für Berlin und dessen Ruf als freiheitliche Stadt.

Eine Historisierung und vor allem Externalisierung des deutschen Antisemitismus findet sich insbesondere bei der Thematisierung der Quds-Demonstrationen durch die AfD. Wie so häufig bei einer Kritik des Antisemitismus durch Rechte, ist die Rede von einem „importierten Antisemitismus“, der mit Geflüchteten aus muslimischen Ländern assoziiert wird. So erklärt beispielsweise die Berliner AfD-Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch: „Der muslimische antisemitische Hass am Al-Kuds-Tag in Berlin ist unerträglich“. Antisemitismus wird so zum Ergebnis einer „Masseneinwanderung“ reduziert. Die AfD ernennt sich selbstlobend zur einzigen Partei, „die klar und deutlich vor diesem importierten muslimischen Judenhass warnt.“[12] In einer Rede vor dem Bundestag ergänzt sie zudem: „Mit den Hisbollah-Anhängern ist dieser Geist bei uns eingewandert, und in diesem Geist skandieren sie heute auf unseren Straßen an den Al-Quds-Tagen Parolen wie ‚Juden ins Gas‘. Die einzig angemessene Reaktion darauf lautet: Die Hisbollah und ihre Anhänger gehören nicht nach Deutschland; die müssen hier raus.“[13]

Während die extreme Rechte und weite Teile der deutschen Gesellschaft den Kampf gegen Antisemitismus aus einer rassistischen Motivation heraus führen oder sich für das Verbot des Quds-Marsches einsetzen, weil er dem Ansehen Berlins schadet, leugnet und verklärt die deutsche Gesellschaft und Politik den eigenen Antisemitismus. Doch die Deutschen haben auch nach 1945 immer wieder bewiesen, dass sie keine Hilfe von außen brauchen, um Jüdinnen_Juden zu bedrohen, zu ermorden, auszugrenzen oder um vor der eigenen Schuld die Augen zu schließen. Die deutsche Gesellschaft und die deutsche Politik zeigen kein Interesse an der Aufarbeitung und Bekämpfung ihrer antisemitischen Denkweisen. Sie brauchen keinen „importierten Antisemitismus“, um antisemitisch zu sein – sie brauchen ihn lediglich dafür, um von dem Eigenen abzulenken und wie ein kleines Kind auf andere zu zeigen. Dabei können verschiedene Spielarten des Antisemitismus und verschiedene antisemitische Akteur_innen nebeneinander bestehen – das steht in keinem Widerspruch.

Die deutsche Nation ist Initiatorin und Ausgangspunkt des größten antisemitischen Verbrechens überhaupt. Während immer wieder der deutsche Stolz über eine vermeintliche Aufarbeitung skandiert wird, scheint es manchmal so, als wären die Deutschen auch stolz darauf, dass sie der ursächliche Grund dafür waren, dass das jüdische Leben in Europa fast zum Erliegen kam, indem die Träger_innen dieses Lebens flächendeckend ermordet wurden. Und nun spielt sich die deutsche Politik, die nichts besser kann, als wegzusehen, als der rettende Anker jüdischen Lebens auf. Auch die Aufnahme der so genannten Kontingentgeflüchteten aus der Sowjetunion in den 1990er Jahren ist dafür ein gutes Beispiel. Es ging dabei nicht darum, Menschen, die unter antisemitischer Unterdrückung litten, aufzunehmen, sondern darum, das jüdische Leben nach Deutschland zurückzubringen, ohne Rücksicht auf die Lebensrealität dieser Menschen. Der neue vereinheitlichte Staat wollte Buße tun und bestenfalls an den allseits verbreiteten Mythos der „deutsch-jüdischen Symbiose“[14] anknüpfen. Diese vermeintliche deutsch-jüdische Symbiose sei zerstört worden durch die Nazis, die, wie es dargestellt wird, ein Phänomenon sind, das von außen über die Deutschen hereinbrach. Mit dem Gedanken des Wiederaufbaus jüdischen Lebens in Deutschland wird so getan, als hätte die Shoah niemals stattgefunden. Sechs Millionen Menschen wurden ermordet, ganz egal, wie sehr sich der deutsche Staat anstrengt, jüdisches Leben in Deutschland wiederzubeleben. Die Zeit des Nationalsozialismus wird lediglich thematisiert, um sie zu de-thematisieren und zu zeigen, wie toll die Deutschen gesühnt hätten.

Gerade der Kurfürstendamm steht symbolisch für dieses vergangene, zerstörte jüdische Leben in Berlin, dessen Antlitz durch den antisemitischen Quds-Marsch gestört wird. Das Gebiet um den Ku'damm war in den 1930er Jahren ein zentraler Schauplatz jüdischen Lebens in Berlin.[15] Außerdem hatte sich diese Gegend in das für die Weimarer Republik prägende Ausgehviertel mit zahlreichen Bars, Cafés, Varietés und Kabaretts entwickelt. Der örtliche Charakter war liberal und die meisten ihrer Bewohner_innen gehörten der Mittelschicht an: sie waren Ärzte_Ärztinnen, Künstler_innen, Schriftsteller_innen, Wissenschaftler_innen und Intellektuelle. Der Ku'damm entsprach damals also dem, was auch das heutige Berlin zu sein verspricht. Bereits zwei Jahre vor der Machtübertragung an Adolf Hitler und die NSDAP im Jahr 1933 verübte die SA am Ku'damm im September zu Rosh-HaShana eine pogromartige antisemitische Ausschreitung gegen diejenigen Bewohner_innen und Besucher_innen der Gegend, die als jüdisch gelesen wurden. In die Geschichte sind sie als „Kurfürsten-Krawalle von 1931" eingegangen. Diese Geschichte des Ku'damms wird von der deutschen Politik heutzutage tunlichst außen vorgelassen, wie es kaum anders zu erwarten ist. Versucht wird stattdessen, ein vermeintlich bruchloses Anknüpfen an die Erzählung einer deutsch-jüdische Symbiose, deren Zerstörung in offiziellen Gedenkkampagnen nachträglich als Malus einer „zerstörten Vielfalt" erinnert wird.

Der deutsche Kampf gegen Antisemitismus soll nicht weh tun und darf nicht zu viel kosten

Die Wirkung eines Verbots wäre, wie bereits anfangs betont, dass die die Teilnehmenden des Quds-Marsches ihren Antisemitismus nicht mehr offen zur Schau stellen können. Doch kann ein Verbot nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Ideologie und die Einstellungen der Personen trotzdem weiterbestehen.

Dass ein Verbot des Quds-Marsches nicht viel mehr ist als ein symbolischer Akt, der lediglich dazu dient, dass sich der deutsche Staat von Antisemitismus abgrenzen kann, wird beispielsweise am Fortbestehen der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Iran deutlich, trotz massiver sexistischer, homo- und transfeindlicher sowie misogyner Verfolgung, gewaltsamen Vorgehens gegen progressive Bewegungen im Land und Antisemitismus als Staatsideologie. Bereits 1952 wurden die Wirtschaftsbeziehung zwischen dem Iran und der Bundesrepublik aufgenommen. Trotz der gesellschaftlich komplett veränderten Situation nach 1979 hielt die Bundesrepublik an diesen Beziehungen fest. Das Auswärtigen Amt rühmt die Beziehung zwischen der Bundesrepublik und dem Iran als „traditionell eng".[16] Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu einem der größten Exporteur_innen in den Iran: Rund 30 % der industriellen Infrastruktur stammen aus Deutschland. Der Iran exportierte im Jahr 2019 für über 200 Millionen Euro in die Bundesrepublik und kaufte gleichzeitig deutsche Produkte im Wert von mehr als 1,5 Milliarden Euro. Nicht nur wird der Iran durch den deutschen Staat als geeigneter Handelspartner betrachtet, auch das Agieren des iranischen Regimes in Berlin und der BRD bleibt weitestgehend unangetastet. Auch noch in der BRD und in Berlin werden iranische Oppositionelle durch den Außengeheimdienst des iranischen Staats überwacht und verfolgt. Die „Quds-Force" ist eine Spezialeinheit der Armee der Wächter der islamischen Revolution – der iranischen Revolutionsgarden. Diese Spezialeinheit beobachtet und verfolgt insbesondere politische Repräsentant_innen Israels. Angenommen werden kann, dass mögliche Anschlagsziele ausgespäht werden. 2017 gab es einen Prozess gegen ein mutmaßliches Mitglied der „Quds-Force", der tatsächlich Anschlagsziele ausspähte. Auch das „Islamische Zentrum Hamburg" fällt in den Machtbereich des iranischen Staates. Hier agieren insbesondere legalistische Islamisten, die trotz ihres seriösen Auftretens gefährlich sind. Das IZH ist der zentrale Handelnde des schiitischen Islamismus in der BRD und für die EU die zentrale Einrichtung zur religiösen und politischen Auslegung des schiitischen Islams.[17] Auch in Berlin Neukölln gibt es islamistische Gemeinde, die den religiösen und politischen Ausrichtungen des iranischen Staats eng verbunden sind, wie etwa die Iman-Riza-Moschee. In dieser wurde beispielsweise für den Anfang 2020 getöteten General der Quds-Brigade Qassem Soleimani als Märtyrer eine Trauerzeremonie abgehalten.[18]

Die Antwort lautet:

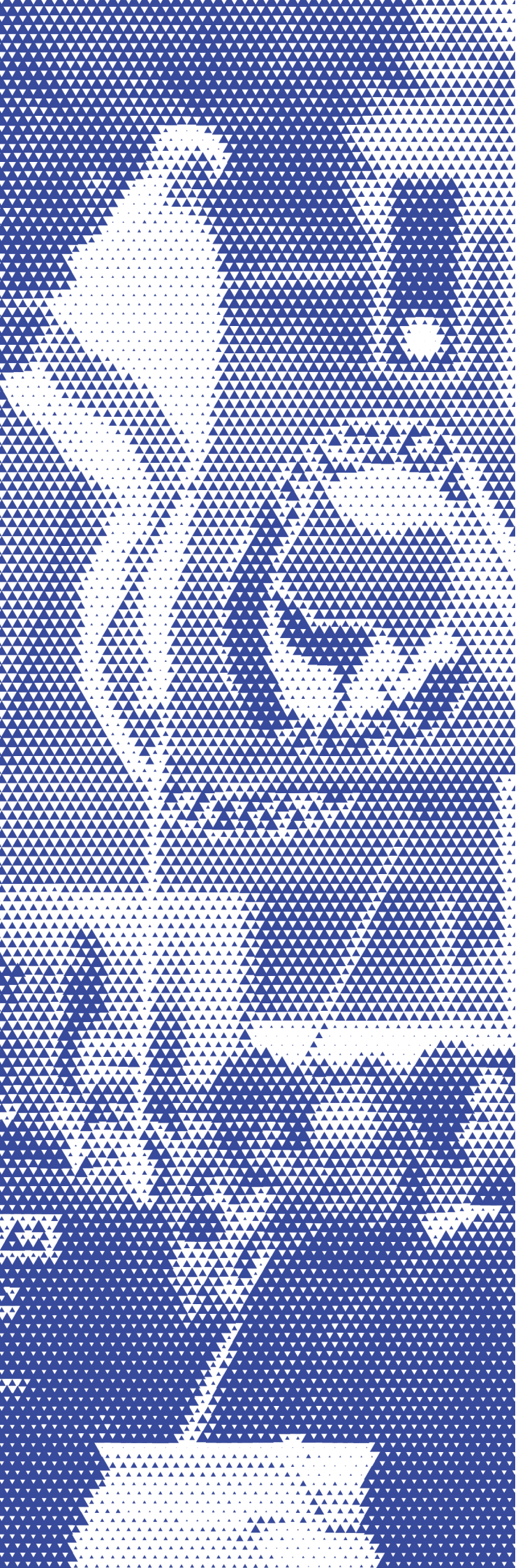
Diese Beispiele zeigen deutlich, dass das Verbot des Quds-Marsches die antisemitische und sonstige Gefahr, die vom iranischen Staat ausgeht, nicht beenden wird. Zudem würde durch ein Verbot die Debatte und damit die kritische Auseinandersetzung nicht nur mit dem Quds-Marsch und seinen Akteur_innen aus der Öffentlichkeit gedrängt. Ein mögliches Verbot des Quds-Marsches wird als Leistung der wehrhaften Demokratie verkauft, deren Mythos damit fortgetragen wird. Doch abermals macht sich hier deutlich, dass die bürgerliche Gesellschaft nicht das Bollwerk gegen Antisemitismus ist, sondern dessen Voraussetzung. Mit einem Verbot des Quds-Marsches zeigt sich die Stadt Berlin als Akteurin gegen Antisemitismus. Doch gleicht diese Verbotsdebatte einem Placebo, der die tatsächlichen Ressourcen im Kampf gegen den allseits verbreiteten Antisemitismus geringhält. In der näheren Betrachtung wird jedoch deutlich, wie oberflächlich dieser Akt ist. Antisemitismus als eine Welterklärungsstrategie ist omnipräsent in Deutschland. Zwar gibt es immer mehr Versuche, diesem in Bildungseinrichtungen und politisch etwas entgegenzusetzen. Doch zeigt sich immer wieder, dass Deutschland eine postnazistische Nation ist, in der Antisemitismus offen auf den Straßen gefrönt werden kann – vergleiche hierzu beispielsweise auch den Artikel zu den Corona-Protesten.

Mit einem Verbot könnte sich der Mythos der wehrhaften Demokratie festsetzen. Die Effekte dessen könnten vielfältig sein. Abgesehen vom Nutzen eines Verbots für Betroffene, könnte hieraus eine Übertragung stattfinden, in der die wehrhafte Demokratie zu einer Kampfansage gegen all jene wird, die nicht bereit sind, herrschende Verhältnisse zu akzeptieren. Aus einer linksradikalen Perspektive muss immer wieder benannt werden, dass die bürgerlich-demokratische Gesellschaft auf patriarchal-kapitalistischen Strukturen aufbaut, die Menschen von ihrem Reichtum ausschließt und lieber zu Tausenden im Mittelmeer oder an den Grenzen der EU sterben lässt. Auch an der Pandemie und dem Umgang mit den Patenten der Impfstoffe zeigt sich deutlich, dass in dieser Gesellschaft Kapitalinteressen vor Menschenleben stehen. Mit einer auch sinnvollen Verbotspolitik etabliert sich die Vorstellung der Akzeptanz von Repression und Verboten als legitimes Mittel. Die wehrhafte Demokratie ist keine freiheitlich-kommunistische Utopie, in der Menschen frei nach ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten leben können. Die Kritik der Verhältnisse und die Wirkung auf eine mögliche Änderung dieser Verhältnisse hin zu dieser Utopie sollte das Bestreben linksradikaler Politik sein. Mit autoritärer Repressions- und Verbotspolitik könnten auch progressive, emanzipative Stimmen und Bewegungen kriminalisiert und verboten werden.

Emanzipatorische Perspektiven sehen wir in einem breit angelegten, radikalen Antifaschismus. Denn dieser Antifaschismus ist nicht staatstragend oder Handlungsgehilfe des Staates, sondern im Gegenteil: Antifaschismus heißt selbstorganisiertes, unabhängiges, politisches Handeln gegen Antisemitismus. Die Autonomie ist die Kraft zur Reflexion und zur Selbstbestimmung. Durch sie sollen die Einzelnen gestärkt werden, sich gegen den konformistisch gesellschaftlichen Druck des rationalen Funktionierens und antisemitischer Krisenlösungsstrategien zu wenden. Das gesellschaftliche Subjekt, der Mensch in dieser Gesellschaft, ist durch und durch von diesen Verhältnissen geprägt. Die Reflexion des Kapitalismus und der Unterdrückungsideologien steht daher an oberster Stelle. Der_die Einzelne in hiesigen Verhältnissen wird individuell und kollektiv durch gesellschaftliche Verhältnisse beschädigt. Es braucht eine emanzipatorische Perspektive, die auf die Abschaffung dieser Verhältnisse zielt und eine Organisation abseits der staatlichen und kapitalistischen Sachzwänge oder der staatlichen Vereinnahmung progressiver Kämpfe vorantreibt.

In diesem Sinne:

Antifa statt Verbote!
Kommunismus oder Barbarei!



1 Vgl. https://www.zentralratderjuden.de/aktuelle-meldung/zentralrat-der-juden-begruesst-verbot-der-islamistischen-hisbollah/ und https://www.tagesspiegel.de/berlin/politiker-fordern-verbot-von-al-quds-demo-warum-berliner-behoerden-und-antisemiten-eine-oldtimershow-verhindern/25578092.html

2 Vgl. https://www.juedische-allgemeine.de/politik/nur-schwer-ertraeglich/

3 Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung (2019): Berlin gegen jeden Antisemitismus! Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention. S. 18.

4 Vgl. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin, Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. und Register Charlottenburg-Wilmersdorf (2019): Qudstag-Marsch 2019 Auswertung. Abrufbar unter: https://report-antisemitism.de/documents/2019-06-06_rias-be_Monitoring_Quds-Tag-2019.pdf

5 Vgl. https://www.tagesspiegel.de/berlin/kampf-gegen-antisemitismus-in-berlin-innensenator-will-al-quds-demo-kuenftig-verbieten/25864722.html

6 § 14 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 sowie § 14 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 Versammlungsfreiheitsgesetz Berlin (VersFG BE).

7 Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung (2019), S. 3.

8 Senatsverwaltung für Inneres und Sport (2020): Stellungnahme zum Beschluss 1559/5 der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf.

9 Vgl. https://www.bild.de/regional/berlin/berlin-aktuell/judenhasser-statt-oldtimer-politiker-fordern-verbot-der-al-quds-demo-68992066.bild.html

10 AfD-Fraktion in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf (2020): Antrag „Keine Verdrängung der Classic Days durch das jährliche Judenhasser-Festival 'Al-Quds-Marsch'". DS 1508/5.

11 https://www.tagesspiegel.de/berlin/al-quds-tag-in-berlin-ein-desaster-im-kampf-gegen-antisemitismus/25597070.html

12 https://www.presseportal.de/pm/110332/4284162

13 Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 104. Sitzung, 06.06.2019, S. 12690.

14 Der von Martin Buber nachträglich geprägte Begriff der deutsch-jüdischen Symbiose beschreibt eine kurze Phase relativer rechtlicher, sozialer und wirtschaftlicher Emanzipation deutscher Jüdinnen_Juden, die Buber 1939 unter dem Eindruck der vorangegangenen antisemitischen Novemberpogrome in einem Artikel für die Jüdische Weltrundschau für beendet erklärte. Versuche v.a. der bundesdeutschen Politik nach 1945 daran anzuknüpfen, kritisierte Gershom Sholem bereits in den 1960er Jahren als einen „zurückprojizierten Wunschtraum".

15 Vgl. Hecht, Cornelia (2003): Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik. Bonn.

16 https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/iran-node/bilaterale-beziehungen/202402

17 Vgl. https://ajcgermany.org/de/broschuere/das-islamische-zentrum-hamburg-und-radikale-schiitische-netzwerke-deutschland sowie den entsprechenden Beitrag in dieser Broschüre.

18 Vgl. https://www.tagesspiegel.de/berlin/irans-regime-freunde-in-berlin-neukoellner-moschee-trauert-um-getoeteten-general-soleimani/25402182.html

DIE VERKNÜPFUNG DES „ISLAMISCHEN ZENTRUMS HAMBURG“ (IZH) MIT DEM AL-QUDS-MARSCH IN BERLIN

von Alexander Will

Der Al-Quds-Tag als antisemitisches Massenevent

Zunächst einmal gilt es festzuhalten, dass Antisemitismus nicht einfach nur Rassismus gegenüber Jüdinnen und Juden ist, sondern die Unterstellung einer jüdischen Übermacht, einer jüdischen Verschwörung, die angeblich hinter allem Übel der Welt steckt. Somit wurden Jüdinnen und Juden in der Vergangenheit für diverse vermeintlich oder tatsächlich schlimme Dinge auf der Welt verantwortlich gemacht, im Mittelalter für die Pest, mit dem Übergang zur Moderne für alle Verwerfungen wie die industrielle Zerstörung der Natur, Ausbeutung und später dann auch für die Reaktionen auf diese Verwerfungen, wie den Sozialismus und die Arbeiter*innenbewegung; kurz: Jüdinnen und Juden sind angeblich für Kapitalismus und Sozialismus zugleich verantwortlich und die Strippenzieher*innen im Hintergrund. Zugleich werden im Antisemitismus die Jüdinnen und Juden als das Negative an sich gezeichnet, als Böses per se; im Mittelalter als Satan, in der Moderne als angebliche Gegenrasse, auf die alles projiziert wird, was als schlecht angesehen wird und insbesondere, wie Adorno und Horkheimer in der *Dialektik der Aufklärung* ausführten, für alles, was sich die Antisemit*innen selbst nicht zugestehen. Seit dem Nationalsozialismus und dem Versuch der Reeducation durch die Alliierten ist nun zumindest in Mitteleuropa und Nordamerika das offene Äußern von Antisemitismus mit einem Tabu belegt, taucht aber codiert weiterhin auf und führt weiterhin zu mörderischen Konsequenzen. Eine dieser Arten, trotz Tabu Antisemitismus auszuleben, ist das, was die Wissenschaft zuweilen „israelbezogener Antisemitismus“ nennt. Der Al-Quds-Marsch in Berlin ist ein Beispiel, an dem sehr gut deutlich wird, wie diese Umgehung des Tabus funktioniert: nach außen hin treten die Organisator*innen als um Menschenrechte besorgte Bürger*innen auf, die lediglich bestimmte Praktiken der israelischen Regierung, insbesondere im Westjordanland, ablehnen. In der Realität aber wird Jahr für Jahr der Tag genutzt, um den israelischen Staat zu delegitimieren und zu dämonisieren. Seine Existenz wird in Frage gestellt und es wird so Jüdinnen und Juden abgesprochen, einen Schutzraum gegen den globalen Antisemitismus zu haben. Das „Islamische Zentrum Hamburg“ spielt dafür eine entscheidende Rolle, wie wir im Folgenden sehen werden.

Das IZH und das iranische Regime

Hamburg bietet der wichtigsten Institution des Mullah-Regimes in Europa, dem Islamischen Zentrum Hamburg (IZH) seine Heimat und ist damit auch als der wichtigste Hotspot für die Mobilisierung zum Al-Quds-Tag anzusehen. Das IZH unterhält die Imam-Ali-Moschee, eine der prunkvollsten Moscheen in Deutschland, und die Islamische Akademie Deutschland (IAD). Zudem wurde auf seine Initiative hin 2009 die „Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands“ (IGS) gegründet, mit dem Ziel, unter diesem Dachverband schiitische Gemeinden zu vereinen und auf Linie der iranischen Schia zu bringen.

In zahlreichen Presseberichten als Stätte der Begegnung und der Gastfreundschaft gefeiert, ist es zugleich ein beliebtes Ausflugsziel für Schulklassen. Das ist kein Zufall:

Das IZH ist zugleich Vorsitzender der Hamburger Schura und einer der Unterzeichnerverbände des Hamburger Staatsvertrags. Damit ist es ganz unmittelbar in die städtische Religionsverwaltung eingebunden. Das Image des IZH als Vertreter eines friedfertigen, liberalen und weltoffenen Islams könnte aber kaum ferner von der Wahrheit sein. Schon seit seiner Gründung in den 1950ern als einer der ältesten islamischen Vereine Europas vertrat das IZH offen die Sache des islamistischen Umsturzes im Iran. Gegründet wurde die Moschee auf Initiative iranischer Kaufleute, welche sich mit hohen Geistlichen im Iran absprachen, die wiederum Geistliche nach Deutschland entsandten. Seitdem ist der Vorsitzende des Vereins ein iranischer Geistlicher unter dem Obersten Religionsführer des Iran. Der Verein unterstützte damit von Anfang an die islamische Revolution, weshalb die Geschäftskonten des Vereins zeitweise von der iranischen Botschaft während der Zeit des Schahs gesperrt wurden und die Finanzierung von privaten Konten übernommen werden musste.[1] Mit dem Sieg der islamischen Theokratie 1979 wurde es dann zu einer Zentrale des Revolutionsexportes. Das IZH gehört damit zu jenem Netzwerk der Auslandsinstitutionen des Mullah-Regimes, das ganz konkrete Handlangerdienste für Terrororganisationen wie die Hisbollah, den verlängerten Arm der Mullahs in Libanon und Syrien, durchführte. Der Hisbollah stellte das IZH laut Verfassungsschutz wiederholt Räume und Strukturen zur Verfügung.[2] Daneben verbreitet es ideologische Propaganda, und koordiniert die Hatz auf exilierte Oppositionelle. Kritiker*innen des iranischen Regimes wurden bei ihren Aktivitäten gegen das IZH in der Vergangenheit immer wieder von Vertreter*innen des klerikalen Mullah-Regimes begleitet, um diese zu dokumentieren. Auf Kundgebungen werden zudem Fotografien und Videos angefertigt, um insbesondere Regimekritiker*innen mit iranischem Hintergrund zum Schweigen zu bringen. Etwas größere Aufmerksamkeit hat dieser Umstand 2018 erlangt: Dort hat die IGS den Vorsitzenden der Green Party of Iran, Kazem Moussavi, angezeigt. Mit einem Gerichtsprozess sollte Moussavi, der die Lobbyarbeit des iranischen Regimes in Deutschland auf seinem Blog offenlegt, zum Schweigen gebracht werden.[3]

Dass dies offenbar nicht immer nur im Rahmen demokratischer Verfahren verläuft, zeigt das auf dem Blog des Zentralrats der Muslime veröffentlichtes Statement eines Studierenden aus Hamburg mit iranischem Background. Immer wieder werde er im Internet von durch ihn dem IZH zugeordneten Menschen aufgrund seiner oppositionellen Haltung dem Regime gegenüber bedroht. 2017, als er in einem Feinkostladen arbeitete, seien seiner Aussage nach zudem mehrere ebenfalls dem IZH eindeutig zuzuordnende Männer in den Laden gekommen und hätten ihn gefragt, warum er sich nicht ihnen anschließe. Als er daraufhin Kritik an der Hinrichtungspraxis des iranischen Regimes geäußert habe, sei die Situation eskaliert und einer der Männer habe auf Farsi zu ihm gesagt, die Oppositionellen seien wie Fliegen, die das Regime „wegklatsche“. Er wiederum solle aufpassen, dass dieses „Wegklatschen“ nun nicht noch einmal passiere.[4]

Auch strukturell ist das IZH direkt an das Mullah-Regime angebunden. Sein langjähriger Leiter bis 2018, Ayatollah Reza Ramezani, war zugleich Mitglied im Expertenrat der Islamischen Republik Iran, eine der wichtigsten Institutionen der iranischen Theokratie. Ramezani ist damit unmittelbar in die schiitisch-islamistische Staatsdoktrin eingebunden. Somit ist es auch nur folgerichtig, dass er 2008 in einem Artikel der österreichischen Zeitschrift für Kultur, Kunst und Geschichte den Jihad propagierte.[5] Beim aktuellen Leiter, Mohammad Hadi Mofatteh, ist die Verstrickung sogar noch deutlicher. Er ist ein Veteran der „Armee der Wächter der Islamischen Revolution“, also der berüchtigten Revolutionsgarden, die in Ländern wie den USA völlig zu Recht als Terrororganisation eingestuft sind, da ihre Beteiligung an diversen Verbrechen gegen die iranische Bevölkerung, sowie an Terroranschlägen im Ausland oder Massakern in Ländern wie Syrien und Jemen unbestreitbar sind.[6] Bei einem solchen Leiter wiederum ist es wenig verwunderlich, dass nach der Tötung Qasem Soleimanis durch US-Streitkräfte im Januar 2020 eine Trauerfeier im IZH abgehalten wurde. Qasem Soleimani, Kommandeur der Quds-Einheit, der Spezialtruppe für Auslandseinsätze der Revolutionsgarden, wurde dort von Mofateh als „großartiger Mann“ gewürdigt. Im Zuge der darauf folgenden Kritik bekräftigte er sogar noch seine Aussage und betonte, dass Soleimani für seine Heldentaten zu würdigen sei.[7]

Das IZH und der Al-Quds-Tag

In Deutschland gibt es seit den 1990er-Jahren regelmäßige Aktivitäten zum Al-Quds-Tag. Diese fanden zunächst dezentral statt, seit 1996 hat sich aber die heutige Form herauskristallisiert, bei der es eine große Demonstration in Berlin gibt. Zwischen 1996 und 2003 trat das IZH hierbei immer wieder ganz offen als Mitveranstalter auf,[8] unterließ dies aber später weitgehend in Folge schlechter Öffentlichkeitswirkung. Seitdem tritt als Organisator eine ominöse „Quds-AG“ auf, die wiederum eigenen Angaben zufolge an die „Orient-Okzident GmbH“ angegliedert ist. Deren Geschäftsführer ist Bahmann Berenjian, der in der Vergangenheit Vorstandsmitglied der „Islamischen Gemeinde der Iraner in Berlin-Brandenburg e. V“ war. Dieser Verein steht in enger Verbindung mit dem IZH, wie auch der Berliner Senat auf eine kleine Anfrage im Jahr 2018 bestätigte. Der Berliner Senat bezeichnete diesen Verein dort sogar als „Ableger“ des IZH.[9] An der zentralen Stellung des IZH für den Al-Quds-Tag hat sich also auch nach 2003 nicht wesentlich etwas geändert. Während zuvor das IZH ganz offen den Al-Quds-Marsch durchführte, tut es dies nun vermittelt über Mittelsleute, um in der Öffentlichkeit weiter gut dazustehen und seine Mitwirkung zu verschleiern. Diese Verschleierung ist allerdings häufig sehr stümperhaft und es drängt sich der Eindruck auf, dass entsprechende Verantwortliche in Politik und Gesellschaft dazu neigen, diese Verbindungen nicht sehen zu wollen und hier nicht die geniale Verschleierung durch das IZH der Grund ist, dass trotz dieser Verbindungen das IZH weiter über Staatsverträge ganz eng an die Stadt Hamburg angebunden ist. So organisierte das IZH immer wieder Busse nach Berlin und unterstützte die Demo auch auf anderem Wege logistisch. 2010 wurde sogar kurzzeitig wieder offen für die Teilnahme an der Demonstration geworben.[10] Zudem nahmen immer wieder hochrangige Mitglieder des Zentrums an den Demonstrationen teil. Beispielsweise beteiligte sich in den Jahren 2016 und 2017 Hamid Reza Torabi, bis 2019 Leiter der an das IZH angegliederten „Islamischen Akademie in Deutschland“ (IAD) und Sprecher des IZH an prominenter Stelle an der Demonstration.[11] 2018, in jenem Jahr, in welchem die israelische Staatsgründung 70 Jahre zurücklag und deshalb der Al-Quds-Tag größer begangen werden sollte, nahmen dann sogar gleich mehrere hochrangige Mitglieder teil. Zu nennen sind hier insbesondere Seyed Soliman Mosawi, stellvertretender Vorsitzender des IZH, Muhammad Mohsen, Vorstandsmitglied der oben erwähnten „Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands“ (IGS) und Dozent der IAD, sowie erneut Hamid Reza Torabi. Erwähnenswert ist ebenfalls die Teilnahme Hassan Sadeghis, einem Koranreziteur, der laut „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus“ (RIAS) ebenfalls dem Umfeld des IZH zugerechnet werden kann, da er in der Vergangenheit mehrfach auf deren Veranstaltungen aufgetreten sei und von dessen Vertretern als „Koranmeister aus Deutschland“ und „weltbekannter Reziteur“ hofiert werde.[12]

Angekündigt wurde zunächst sogar die Teilnahme Rezas Ramezanis selbst, also des damals höchsten Geistlichen und Leiters des IZH. Dies erwies sich aber als Falschbehauptung. Ramezani ließ es sich allerdings nicht nehmen, seine Predigt am Freitag vor dem Al-Quds-Tag zu nutzen, um gegen Israel zu hetzen und dem jüdischen Staat unter anderem jahrzehntelangen systematischen Kindermord zu unterstellen und in diesem Zusammenhang die große Bedeutung des Al-Quds-Tages für alle Schiiten weltweit hervorzuheben - mit anderen Worten offen Werbung für den Al-Quds-Tag zu machen.[13]

Die Teilnahme hochrangiger Vertreter hat in jenem Jahr dann, anders als zuvor, sogar recht deutlich negative Publicity für das IZH bedeutet. Diverse große Zeitungen - BZ, Tagesspiegel, Welt, um nur ein paar zu nennen - berichteten kritisch darüber. Ebenso wurde in der Hamburgischen Bürgerschaft darüber diskutiert und die Hamburger GRÜNEN, ansonsten starke Befürworter*innen der Staatsverträge, diskutierten erstmals ernsthafter, diese zu beenden - bekanntlich bis heute allerdings ohne echte Konsequenz.[14] Immerhin hat die negative Berichterstattung allerdings dazu geführt, dass das IZH sich 2019 dazu genötigt sah, keine hochrangigen Vertreter*innen zur Demonstration zu entsenden.[15] Laut Verfassungsschutz nahmen aber dennoch etwa 100 Personen aus Hamburg teil, von denen ein nicht unerheblicher Teil dem IZH zuzuordnen sei.[16]

Proteste und Widerstand gegen das IZH

Schon seit etlichen Jahren gibt es laut geäußerten Widerspruch gegen das IZH. Seit jeher werden diese vordergründig von exiliranischen bzw. Menschen mit iranischem Hintergrund getragen, die sich nur selten organisierten Gruppen zugehörig fühlen und ein sehr heterogenes Spektrum abbilden, von Monarchist*innen über Volksmujahedin, Kommunist*innen und Linksradikalen bis hin zu jungen Menschen, die gerne einfach nur ein weniger eingeschränktes Leben führen wollen, als es die Mullahs ihnen erlauben. Daneben gibt es einige linke und zivilgesellschaftliche Gruppen, die hier unterstützend wirken. Einige Jahre ging dies insbesondere von Stop the Bomb aus, nach dem Einschlafen der Gruppe in Hamburg dann vor allem von der Hamburger Studienbibliothek, dem Jungen Forum der DIG Hamburg und dem LAK Shalom Hamburg. Generell ist das Interesse außerhalb von Menschen mit iranischem Hintergrund aber eher gering. Insbesondere die (radikale) Linke wird ihrem Anspruch, universell gegen Unterdrückung zu kämpfen, in Bezug auf den Iran im Speziellen und die islamistische Rechte im Allgemeinen nicht gerecht. So kommt es, dass aktuell insbesondere die CDU Hamburg sich als Vorreiterin im Kampf gegen das IZH inszenieren kann, denn ihr wird schlicht und einfach das Feld überlassen. Viel zu häufig wird von linker Seite im Namen der Toleranz an den Staatsverträgen festgehalten, die letztendlich nur dazu dienen, die islamistische Rechte zu stärken und nach außen hin gesellschaftsfähig wirken zu lassen. In der Endkonsequenz werden auch derart unappetitliche Veranstaltungen wie der Al-Quds-Marsch niemals wirklich verhindert werden können, wenn nicht die Hauptakteure im Hintergrund - wie das IZH - ihre Wirkmacht verlieren. Ein Perspektivenwechsel innerhalb der (radikalen) Linken hin zu einem echten Antifaschismus, der auch die islamistische Rechte konsequent bekämpft, wäre hierfür unabdingbar.

1 Vgl.: IZH: Geschichte des Islamischen Zentrum Hamburg. Online verfügbar: https://izhamburg.com/blog/2012/11/04/baugeschichte-des-islamischen-zentrum-hamburg/

2 Vgl.: Hamburger Verfassungsschutzbericht 2010, S. 25.Online verfügbar: https://www.hamburg.de/contentblob/2963154/968d3152069ed0dccb50cb53e45ae1e4/data/verfassungsschutzbericht-2010-illustriert-fhh.pdf

3 Vgl.: Ruhrbarone: In eigener Sache: Solidarität mit Kazem Moussavi. Online verfügbar: https://www.ruhrbarone.de/in-eigener-sache-solidaritaet-mit-kazem-moussavi/156257

4 Vgl.: Zentralrat der Exmuslime: Hamburgs Herz für Irans Islamisten. Online verfügbar: http://exmuslime.com/hamburgs-herz-fuer-irans-islamisten/

5 Vgl.: Innenbehörde Hamburg: Wie das „Islamische Zentrum Hamburg“ verstärkt seinen Einfluss ausbauen will. Online verfügbar: https://www.hamburg.de/innenbehoerde/schlagzeilen/1471752/izh-neuer-dachverband/

6 Mena Watch: Islamisches Zentrum Hamburg: Schutzpatron der Terrororganisation Hisbollah? Online verfügbar: https://www.mena-watch.com/islamisches-zentrum-hamburg-schutzpatron-der-terrororganisation-hisbollah-teil-1/

7 Vgl.: Exmuslime: Hamburgs Herz.

8 Webarchiv: Kleine Anfrage des Abgeordneten Özcan Mutlu (Bündnis 90/Die Grünen) vom 06. Oktober 2005 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Oktober 2005) und Antwort: Al-Quds-Demonstration. Online verfügbar: http://archive.md/20120904103312/http://www.mutlu.de/dokumente/parlament/248133.html#selection-573.0-573.175

9 Berliner Abgeordnetenhaus: Drucksache 18 / 14 759. Schriftliche Anfrage. 18. Wahlperiode. Online verfügbar: https://kleineanfragen.de/berlin/18/14759-humboldt-und-al-mustafa-universitaet.txt

10 Vgl.: Hamburger Verfassungsschutzbericht 2010, S. 63.

11 Vgl.: Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA): Djihadistische Propaganda auf dem Qudstag-Marsch in Berlin. Online verfügbar: https://jfda.de/blog/2017/07/03/auswertung-al-quds-marsch-2017/

12 Vgl.: RIAS: Report Antisemitismus. Quds-Marsch 2018. Online verfügbar: https://report-antisemitism.de/documents/2018-06-14_rias-be_Monitoring_Quds-Tag-2018.pdf

13 Vgl.: Ebd.

14 Vgl.: TAZ: Streit um iranische Moschee. Grüne tun sich schwer mit Mullahs. Online verfügbar: https://taz.de/Streit-um-iranische-Moschee/!5720231/

15 Vgl.: RIAS: Report Antisemitismus. Quds-Marsch 2019. Online verfügbar: https://report-antisemitism.de/documents/2019-06-06_rias-be_Monitoring_Quds-Tag-2019.pdf

16 Vgl.: Hamburger Verfassungsschutzbericht 2019, S. 73. Online verfügbar: https://www.hamburg.de/contentblob/13946590/12000712ec5e5c8726a4dbd4fa81263d/data/vsb-2019-buch.pdf

JINN UND ANDERE DÄMONEN

Der Coronadiskurs im Iran

von Pascal Beck

Mitte Februar haben sich die ersten Iraner*innen mit dem Coronavirus infiziert.[1] Das Regime hat das Virus lange ignoriert. Dahinter steht politisches Kalkül, zuvorderst aber die Angst vor sozialen Unruhen. Iranische Ärzt*innen berichteten in sozialen Netzwerken sogar, dass sie beim Betreten und Verlassen von Krankenhäusern von Mitgliedern der Revolutionsgarden ermahnt wurden, die Realität im Innern zu verheimlichen. Sie wurden zudem dazu gedrängt, über Todesfälle im Zusammenhang mit dem Virus zu schweigen.[2] Kamiar Alaei, ein iranischer Gesundheitsexperte, der mittlerweile im Exil in den USA lebt und von dort versucht über das Virus im Iran zu informieren, berichtete, dass sich viele Ärzt*innen aufgrund dieser Verheimlichung unwissentlich mit dem Virus infiziert hätten. Über ihren Tod schwieg das Regime.[3]

Als Ursprungsort des Coronavirus im Iran gilt die Pilgerstadt Qom, die ideologische Hauptstadt der islamischen Revolution und eines der wichtigsten spirituellen Zentren des schiitischen Islams. Noch am 22. Februar drängten sich hier hunderte Menschen um den Fatima Masumeh-Schrein, den religiösen Mittelpunkt der Stadt, um die Eisengitter vor der Grabstätte zu küssen oder zu berühren. Videos davon kursierten schnell in den sozialen Medien. Der Schrein wurde erst am 16. März geschlossen, als das Virus nicht mehr zu leugnen war. Bis dahin hatten es infizierte Pilger*innen bereits im ganzen Land verbreitet. Damit nahm eine unglaubliche humanitäre Katastrophe ihren Lauf.[4]

Irans Präsident Hassan Rohani sprach bald von einer „Konspiration". Das Virus, so Rohani, sei ein „Werkzeug unserer Feinde."[5] Ähnlich äußerte sich Ali Khamenei, Irans religiöser Führer, bei seiner Rede zum iranischen Neujahrsfest. Es sei wahrscheinlich, dass es sich beim Virus um einen biologischen Angriff handele, so Khamenei.[6] Er schloss sich hiermit einer Verschwörungserzählung an, die der chinesische Regierungssprecher Lijian Zhao Anfang März über Twitter verbreitet hatte. Demnach hätte die US-Armee das Virus nach Wuhan gebracht.[7] Die USA, so Khamenei weiter, wollten damit gezielt dem Iran schaden. Hilfsmittel, die schon zu Beginn der Pandemie von den USA angeboten wurden, lehnt er bis heute ab. Die Medikamente könnten der weiteren Verbreitung des Virus dienen, da diese selbst infiziert sein könnten.[8] Noch im Januar diesen Jahres hat Khamenei der Regierung verboten, Impfstoffe aus den Vereinigten Staaten und Großbritannien einzuführen: „Wenn die Amerikaner in der Lage wären, einen Impfstoff zu produzieren, hätten sie in ihrem eigenen Land kein solches Corona-Virus Fiasko."[9] Ein Professor der Baqiyatallah University of Medical Sciences, einer unter dem Einfluss der Revolutionsgarden stehenden Universität, ergänzte in einem Interview, dass das Virus von den USA und Israel hergestellt worden wäre. Das Virus sei an die DNA von Iraner*innen angepasst. Die große Anzahl von Toten sei somit unmittelbare Folge eines imperialistischen Bioangriffs.[10] Aber damit nicht genug. In seiner Rede zum Neujahrsfest sprach Khamenei zudem von Jinn, die gegen den Iran eingesetzt worden seien: „Es gibt Feinde in Form von Jinn und es gibt Feinde, die Menschen sind und beide helfen sich gegenseitig. Die Geheimdienste vieler Staaten arbeiten zusammen, um uns zu schaden."[11] Nachdem sogar die iranischen Medien seine Rede um den Verweis auf die Jinn gekürzt hatten, veröffentlichten die Revolutionsgarden diese vollständig und verwiesen hierbei zusätzlich auf den „westlich-hebräischen Spionageapparat, der ungläubige Dämonen benutzt."[12] Weiterhin veröffentlichten sie die Reden von zwei Ideologen des Regimes, die behaupteten, die Juden würden mit Dämonen zusammenarbeiten.[13]

Auf Twitter wiederum beschuldigte Khamenei die USA. Die US-Sanktionen hätten Schuld daran, dass im Iran so viele Menschen an Corona gestorben seien.[14] Weiter urteilte er, der Westen generell sei unfähig, seine eigene Bevölkerung zu schützen. Der Umgang mit dem Virus wäre im Westen desaströs verlaufen und seine Bekämpfung sei gescheitert.[15] Der Iran dagegen sei eines der Länder, die die Pandemie am besten gemeistert hätten.[16] Der englischsprachige Propagandasender des Regimes folgt dieser Logik. Beim Überblick der Nachrichten von PressTV aus dem vergangenen Jahr fällt auf, dass im Zusammenhang mit dem Iran vom Coronavirus nur dann die Rede ist, wenn von medizinischen Erfolgen zu verkünden war. Positiv hervorgehoben werden zudem die Leistungszulagen für Arbeiter*innen im Gesundheitsbereich. Kritische Berichte dagegen lassen sich keine finden. Ungleich mehr wurde über das Virus im Zusammenhang mit Israel veröffentlicht. In diesem Zusammenhang lassen sich etliche Berichte über palästinensische Gefangene oder die gesundheitliche Situation im Gazastreifen finden. Der Umgang mit den eigenen politischen Gefangenen sowie die Infektionszahlen in den iranischen Gefängnissen werden jedoch konsequent verschwiegen. Im November 2020 meldete der Sender schließlich einen Erfolg in der Erforschung eines eigenen Impfstoffes. Um den Impfstoff selbst ging es im Bericht jedoch nicht. Mehr Beachtung findet das Forschungsinstitut, das diese Erfolge erzielt habe. In diesem Fall handelte es sich um das Forschungsinstitut, welches vom im November getöteten Atomphysiker Mohsen

Fakhrizadeh geleitet wurde. Der Artikel will also weniger über den potentiellen Impfstoff berichten, als darüber, warum es bislang noch keinen gibt. „Das zionistische Regime“ habe demnach die Erforschung behindert.[17] Der Bericht schließt mit der Argumentation des iranischen Regimes, es würde sich bestmöglich um seine Bevölkerung kümmern, wären sie nicht ständigen Angriffen „von außen“ ausgesetzt.

Von der Leugnung zur Schuldfrage

Nachdem das Virus also nicht mehr zu leugnen war, dienten Verschwörungserzählungen dazu, das eigene Versagen zu kaschieren und die Schuld auf den zionistischen Feind abzuwälzen. Wie schon bei der Vertuschung des Virus ist festzustellen, dass damit innere Spannungen entschärft werden sollen. Im Februar 2020, kurz nach den ersten Fällen, fanden sowohl der Jahrestag der Revolutionsgarden sowie die Parlamentswahlen statt. Kamiar Alaei wirft dem Regime vor, die Verbreitung des Virus aus der Angst vertuscht zu haben, für diese beiden Termine keine Massen mehr mobilisieren zu können, die es nach den Protesten gegen die Erhöhung der Benzinpreise im Vorjahr dringend benötigte.[18]

Das Phantasma der Verschwörung von außen zielt auf die Konstruktion nationaler Einheit. In Verschwörungserzählungen, die sich gegen äußere Feinde richten, erscheint die Nation als organische Einheit, deren wahre Feinde sich nur außerhalb dieser befinden können.[19] Diese Gemeinschaftsideologie basiert dabei auf der Vorstellung einer heilen Gemeinschaft, die sich äußeren Feinden erwehren muss. Wie die oben zitierten Reden zeigen, fanden sich diese schnell in Israel und den USA. Dass Israel stets mitgemeint ist, sobald von den USA gesprochen wird, zeigt exemplarisch eine alten, wenngleich noch immer aktuelle Rede Khameneis:

> *„...wie Sie sehen, haben die Juden die Welt beim Schopf gepackt und verschlingen sie mit einem unersättlichen Appetit, sie haben Amerika verschlungen und haben nun ihre Aufmerksamkeit auf den Iran gerichtet und sind noch immer nicht zufrieden.“*[20]

Die „Zionisten“ werden als das „negative Prinzip als solches“ dargestellt.[21] Sie bedrohen nicht nur die nationale Einheit, sondern die Sicherheit der ganzen Welt. Hier zeigt sich das Märchen der jüdischen Weltverschwörung. Die Juden werden dabei als ungleicher Feind, der nicht mit ehrlichen, sondern mit betrügerischen Mitteln vorgeht, imaginiert. Dies äußert sich deutlich in dem Phantasma, die Medikamente seien bereits selbst infiziert, um das Virus noch weiter in der iranischen Bevölkerung zu verbreiten und entspricht damit einer modernen Form des antisemitischen Vorwurfs der Brunnenvergiftung. Die behaupteten Aggressionen sind ein zentrales Element antisemitischer Fantasie. Sie rufen das Gefühl hervor, sich in einer Notsituation zu befinden, womit die Vernichtung der Feinde als Notwehr gerechtfertigt wird.

Notwehr als politisches Kalkül

Anfang 2021 hat der Iran erneut gegen das Wiener Atomabkommen verstoßen. Mit einem neuen Atomgesetz soll nun bis zu 20-prozentiges Uran hergestellt und gelagert werden. Im Wiener Atomabkommen ist eine Anreicherung von nur 3,67 Prozent vorgesehen. Zeitnah stellte außerdem eine Gruppe iranischer Abgeordneter Anfang Januar das sogenannte „16-Punkte-Programm“ im Parlament vor. Dieses sieht vor, dass Israel bis 2041/42 vernichtet werden soll.[22] Die Bedrohung, welche diesem Programm zugrunde liegt, stellt keinen Unterschied zu dem dar, was auch bereits zuvor geschah. Allerdings wird sie hiermit per Gesetz festgeschrieben und dem zusätzlich eine Frist gesetzt, wie Berichten zu entnehmen ist.[23] Dies muss als reale Bedrohung ernst genommen werden.

Ulrike Marz stellt fest, dass die schematische Wahrnehmung einer absoluten Veräußerung jeder gesellschaftlichen Entwicklung stets in der Nähe zum Antisemitismus stehe, weil sie die Verantwortung für Krisen und andere als bedrohlich wahrgenommene Entwicklungen immer an ein Äußeres personalisieren will.[24] Das Virus wird mit Israel personalisiert. Die Bekämpfung des Virus ist nach dieser Logik demnach untrennbar mit der Bekämpfung Israels, und schlussendlich mit der Bekämpfung der Jüdinnen und Juden weltweit, verbunden, ist doch von deren Ausrottung das Glück der Welt abhängig.[25]

Kazem Moussavi hat aufgezeigt, wie das Regime den Ausnahmezustand im Zusammenhang mit dem Coronavirus nutzt: Es instrumentalisiert das Virus, um die US-Sanktionen loszuwerden, ohne seine Unterdrückungs-, Folter- und Hinrichtungspolitik einzustellen oder auf das Atomprojekt zu verzichten.[26] Denn die Sanktionen, so die Logik des Regimes, würden die Bemühungen um die medizinische Versorgung der Bevölkerung blockieren. Dass Khamenei dennoch den Import amerikanischer und britischer Impfstoffe verbietet und Expert*innen der Organisation Ärzte ohne Grenzen des Landes verwiesen wurden, weil sie amerikanische und zionistische Spion*innen sein könnten, stellt keinen Widerspruch dar. Verschwörungserzählungen waren immer schon flexibel. Hinter den Verschwörungserzählungen des Regimes steht vor allem eines: politisches Kalkül.

1 Amirpur, Katajun (23.06.2020): Corona in Iran. Von wegen Veilchenöl. Online unter: https://bit.ly/2Mk2gnC.

2 Safiarian, Kamran (01.03.2020): Lügen, leugnen, vertuschen. Corona-Krise kratzt an Irans Glaubwürdigkeit. Online unter: https://bit.ly/3cdoQsX.

3 Backhaus, Andreas (05.03.2020): „Die Führung gibt nicht zu, wie ernst die Lage ist“. Online unter: https://bit.ly/36rSMOz.

4 Küntzel, Matthias (14.04.2020): Die Corona-Krise im Gottesstaat: Ein Regime geht über Leichen. Online unter: https://bit.ly/3pgLOhv.

5 ebd.

6 Sadrzadeh, Ali (27.03.2020): Zynisches Matchspiel um Corona. Online unter: https://bit.ly/3qNa7ZQ.

7 New Wires (22.03.2020): Iran´s Khamanei refuses US help to fight Coronavirus, citing conspiracy theory. Online unter: https://bit.ly/3qUFH89.

8 Sadrzadeh, Ali (27.03.2020): Zynisches Matchspiel um Corona. Online unter: https://bit.ly/3qNa7ZQ.

9 Reuters (08.01.2021): Iran leader Khamenei bans imports of US, British COVID-19 vaccines. Online unter: https://bit.ly/2NyYnMi.

10 Topor, Lev: Covid-19: Blaming the Jews for the plaque, again. Online unter: https://bit.ly/3c8H6nb.

11 Bei Jinn handelt es sich um übersinnliche Geisterwesen, die im Koran häufig erwähnt werden. Küntzel, Matthias (14.04.2020): Die Corona-Krise im Gottesstaat: Ein Regime geht über Leichen. Online unter: https://bit.ly/3pgLOhv.

12 ebd.

13 ebd.

14 Sadrzadeh, Ali (27.03.2020): Zynisches Matchspiel um Corona. Online unter: https://bit.ly/3qNa7ZQ.

15 Khamenei, Sayyid Ali (10.05.2020). Twitter Post vom 10. Mai 2020. Online unter: https://bit.ly/2LVCnea.

16 Khamenei, Sayyid Ali (12.06.2020). Twitter Post vom 12. Juni 2020. Online unter: https://bit.ly/2LVCnea.

17 Press TV (27.11.2020): Research center run by Fakhrizadeh produced first COVID-19 test kits for Iranians: Defense minister. Online unter: https://bit.ly/36d5Dnp.

18 Backhaus, Andreas (05.03.2020): „Die Führung gibt nicht zu, wie ernst die Lage ist“. Online unter: https://bit.ly/36rSMOz.

19 Butter, Michael: „Nichts ist, wie es scheint“. Über Verschwörungstheorien. Bonn 2018. Hier S. 32 und 126.

20 Zitiert nach Marz, Ulrike: Moderner Antimodernismus. Der antisemitische Hass auf den Westen in der Ideologie der iranischen Islamisten. In: Grigat, Stephan: Iran – Israel – Deutschland. Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm. Leipzig 2017. S. 114-134. Hier S. 118.

21 Adorno, Theodor W. und Horkheimer, Max: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Leipzig 1989. Hier S. 190.

22 In den iranischen Medien wird berichtet, dass das Parlament die Regierung zu dem Programm verpflichtet hat. Der Text wurde am Vorabend des Jahrestags der Ermordung Soleimanis veröffentlicht und soll eine Gegenmaßnahme darstellen. Des Weiteren soll das Programm den Umgang mit den US-Sanktionen regeln. Entekhab (03.01.2021): Parlament verpflichtet Regierung zur Zestörung Israels. Online unter: https://bit.ly/2YI7RN7.

23 Jungle World (05.01.2021): Iranisches Parlament fordert per Gesetz Israels Vernichtung. Online unter: https://bit.ly/3qPAcaO.

24 Marz, Ulrike: Moderner Antimodernismus. Der antisemitische Hass auf den Westen in der Ideologie der iranischen Islamisten. In: Grigat, Stephan: Iran – Israel – Deutschland. Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm. Leipzig 2017. S. 114-134. Hier S. 120-128.

25 Adorno, Theodor W. und Horkheimer, Max: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Leipzig 1989. Hier S. 190.

26 Moussavi, Kazem (29.03.2020): Wie kann Deutschland den IranerInnen in der Corona-Krise helfen? Online unter: https://bit.ly/3pl08c8.

„KEIN GOTT KEIN STAAT KEIN KALIFAT!“

Über eine linksradikale Kritik des Islamismus

TERROR IN EUROPA – ZUM ISLAMISTISCHEN ANSCHLAG IN WIEN 2020

von Merle Stöver

Das islamistische Attentat von Wien, durch das am 2. November 2020 vier Menschen starben und 23 weitere teils schwer verletzt wurden, ereignete sich mitnichten im luftleeren Raum: Weder handelte es sich bei dem Angriff des IS-Sympathisanten F. wie oft beschworen um den ersten islamistischen Angriff in Österreich, noch war der Täter ein gänzlich Unbekannter. Auch sein Vorgehen, die Nähe zur Synagoge, das wahllose Schießen auf Menschen in Kneipen und Cafés und die Attrappe der Sprengstoffweste erinnern nicht zufällig an diejenigen Attentate, die vor allem Frankreich in den vergangenen Jahren erschütterten.

Die Mär vom „bisher verschonten" Österreich, die durch die Schlagzeilen der Presse getrieben wurde, ist natürlich gleich auf zweierlei Ebenen nicht haltbar. Zum einen handelte es sich bei dem Anschlag im November 2020 mitnichten um die erste Berührung, die Österreich mit Dschihadisten und deren Strukturen hatte. Bereits zwei Tage nach dem Attentat verwies Andreas Benl unter anderem in der jungle.world auf die vergessene Chronologie antisemitischer und islamistischer Attentate in Österreich:[1] Bereits 1981 überfiel ein palästinensisches Terrorkommando die Synagoge in der Seitenstettengasse während eines Gottesdienstes, tötete hier zwei Personen und verletzte 21. Benl erinnert hier ebenso an ein Interview mit dem damaligen Bundeskanzler Bruno Kreisky, demzufolge der Staat Israel die Schuld am antisemitischen Anschlag auf die Jüdische Gemeinde Wiens trüge. Außerdem erschossen 1989 iranische Agenten den hochrangigen kurdischen Politiker Abdul Rahman Ghassemlou und zwei seiner Mitarbeiter in Wien, konnten nach der Tat in der iranischen Botschaft untertauchen und schließlich nach Teheran ausreisen. Auch als einer der Täter 2013 mit einer Delegation nach Genf reiste, sahen die österreichischen Behörden sich offensichtlich nicht in der Verantwortung zu handeln. Hinzu kommen andererseits etliche in Österreich Radikalisierte, zu denen auch der Attentäter vom 2. November gehörte. Er war, ähnlich wie Anis Amri, kein Unbekannter – im Gegenteil: Bereits im April 2019 musste er sich vor dem Wiener Landesgericht verantworten. Er wurde wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu 22 Monaten Haft verurteilt, nachdem er 2018 versucht hatte, über die Türkei nach Syrien zu reisen, um sich dem IS anzuschließen. Bisher ist allerdings noch unklar, mit wem der Mörder F. in Kontakt stand, wer ihn etwa beim Kauf der Waffen unterstützte und wer Kenntnis über seine Pläne hatte.[2]

Es häufen sich jedoch nicht nur die Recherchen und Indizien, aus denen hervorgeht, dass F. auf ein Netzwerk an Helfer*innen und Gleichgesinnten zurückgreifen konnte. Im Folgenden sollen vielmehr, soweit es die Rekonstruktionen zulassen, zwei Dinge im Fokus stehen: Die vermutliche Nachahmung des Anschlags vom 13. November 2015 in Paris und der antisemitische Charakter. Dass Antisemitismus nicht nur Teil islamischer Ideologie, sondern sogar eine zentrale Säule dessen ist, wurde bereits mehrfach und ausführlich dargelegt[3] und soll an dieser Stelle anhand von wenigen Punkten in Bezug auf den Anschlag in Wien ausgeführt werden.

Natürlich fällt in Bezug auf Wien zunächst die unmittelbare Nähe zum jüdischen Stadttempel und den Büroräumen der Israelitischen Kultusgemeinde in der Seitenstettengasse auf, die der Angreifer offensichtlich suchte, wenn auch bisher nicht mit Sicherheit gesagt werden kann, ob beides explizit zu den Angriffszielen gehörte. Dem Generalsekretär der IKG Wien zufolge sei zwar vor dem Gebetshaus geschossen worden, jedoch habe der Angreifer nicht versucht, in das Gebäude einzudringen. Zudem habe sich zu dem Zeitpunkt niemand im Gebäude befunden.[4]

Das Hauptziel des Islamisten F. waren indes diejenigen, die sich am Vorabend des erneuten pandemiebedingten Lockdowns vor Cafés und Lokalen aufhielten und die er scheinbar wahllos ins Visier nahm. Hier schoss er innerhalb weniger Minuten an verschiedenen Tatorten auf mindestens 27 Personen, von denen vier ihren Verletzungen erlagen. Zusätzlich zu den Schusswaffen und einer Machete trug der Angreifer eine Sprengstoffweste, die sich jedoch später als Attrappe herausstellte.

Orte des Lasters, der Ungläubigen und des Konsums

Bereits 2015 hatten die Attentäter in Paris auf Personen im Außenbereich von verschiedenen Bars, Cafés und Restaurants geschossen. Sie bewegten sich in den Straßen, schossen aus dem fahrenden Wagen und mordeten an verschiedenen Tatorten, vermutlich, um größtmögliches Chaos zu verbreiten. Gewissermaßen adaptierte der Angreifer von Wien dieses Vorgehen, indem auch er dort in den Gassen des ersten Bezirkes von Wien das Feuer eröffnete, wo Menschen vor Cafés und Lokalen den letzten Abend vor den erneuten Ausgangsbeschränkungen genossen. Er zielte auf Menschen, die Freiheit, Selbstbestimmung und Genuss auslebten. Islamismus wendet sich gegen den zum Kollektiv gemachten Westen wie auch gegen das Individuum, welches er diesem zuordnet. Die Anwesenheit an diesem Ort des Lasters, der Ungläubigen und des Konsums macht alle zu Mitschuldigen. Der Angreifer tritt als Richtender auf, der in der „Dichotomie von Gläubigen und Ungläubigen“[5] und in der Unterteilung „in die Figuren des ‚Hauses des Islam‘ und das ‚Haus des Krieges“[6] entscheidet, wer sterben soll.

Zu Todeskandidat*innen und zur Zielscheibe werden die Konsumierenden, die Feiernden, die Perversen, die Ungläubigen. Doch sie werden nicht nur getötet, weil sie von der islamischen Gemeinschaft abweichen, sondern vielmehr, weil sie bedrohlich sind: Sie gelten, mit ihrer Art zu leben, aber auch mit ihrer bloßen Existenz, als Angriff auf die Umma. Und obwohl der Djihadismus all diese Gruppen als feindlich ausmacht und jedes diesen Gruppen zugeordnete Individuum dem Erdboden gleichgemacht sehen will, steht dabei einem eine besondere Position zu: dem Juden. Denn ginge es nach Sayyid Qutb und dessen für den islamischen Antisemitismus richtungweisenden Pamphleten, stünde hinter allem Schädlichen ein Jude:

> *”Behind the doctrine of atheistic materialism was a ‘Jew’; behind the doctrine of animalistic sexuality was a Jew; and behind the destruction of the family and the shattering of sacred relationships in society, … was a Jew“*[7]

Jüd*innen seien, so Qutb,

> *”the worst enemies of this Community (Islam) […] who lead it away from its creed of belief, dissuading it from taking Allah’s way and path and deceiving it about the reality of its enemies and their ultimate goals“*[8]

Jüd*innen gelten damit nicht nur als feindlich, sie sind *der Feind.* Sie sind nicht lasterhaft, sie sind *das Laster*. Sie sind nicht Teil der Moderne, *sie haben die Moderne geschaffen*: Sie sind „die Kolonisatoren des Fortschritts.“[9]

Der Körper als Waffe

Sind islamistische Attentate nicht darüber konzipiert, den Körper des Attentäters zur Waffe werden zu lassen, so wird der Tod während oder infolge des Anschlages zumindest mutwillig in Kauf genommen. Ausgearbeitete Fluchtpläne liegen in den seltensten Fällen vor. Im Fall des Anschlags in Paris am 13. November 2015 war der Tod mehr als nur die wahrscheinliche Folge: Er ist in Form von baugleichen Sprengstoffgürteln an den Körpern der Attentäter befestigt und macht im Moment der Zündung das Leben der Täter zur letzten und endgültigen Waffe. In Wien hingegen entpuppte sich die Sprengstoffweste des Attentäters zwar als Attrappe, die der Inszenierung der Ästhetik eines Selbstmordattentäters dienen sollte, seinen Tod nahm der Attentäter dennoch in Kauf, als er sich Schusswechsel mit der eintreffenden Polizei lieferte. Al-Banna, Gründer der Muslimbruderschaft, interpretierte den Islam „aktivistisch, als eine immer wieder neu herzustellende Verbindung mit Gott, die sich in der Anstrengung gegen Gottes Feinde vollzieht“[10] und nicht als einmaliges Bekenntnis oder das Praktizieren von Ritualen. Intensivste Form dieser Aufopferung, so Küntzel, ist das Martyrium, der aktivistisch vollzogene Tod.[11] Das Selbstmordattentat setzt die „Negation des Individuums“[12] voraus, „der einzelne Mensch [wird] durchgestrichen“[13] und ist „zurückgesetzt als Funktionsbestandteil im Kollektiv“.[14] Der Tod des Attentäters soll sein individuelles Schicksal mit dem kollektiven Schicksal der Umma zusammenführen.[15] Zugleich sind der Islamismus und die Ausführung des terroristischen Akts als „aktivistisch reaktionäre Form der Widerspruchsverarbeitung unter Modernisierungsprozessen“ zu verstehen, durch die versucht wird, „die abstrakten Ordnungen der Moderne und kapitalistischer Vergesellschaftung einem konkreten Feind zuzuschieben und damit zu personifizieren.“[16]

Die Selbsttötung mit dem Ziel, „möglichst viele Menschen zu vernichten“[17] scheint so erstrebenswert, dass der IS nach den Anschlägen vom 13. November 2015 die Leser*innen ihrer Stellungnahme mit den Worten beschwört: „Ou’Allah les accepte parmi les martyrs et nous permettent de les rejoindre“.[18] Auch auf den Anschlag von Wien folgte die Bekanntgabe des IS, dass es sich bei dem Angreifer um einen „Soldat des Kalifats“ gehandelt habe.

Die Aufopferung des eigenen Lebens ist die quasi sichere Eintrittskarte für das Paradies. Mehr als dies ist das Selbstopfer jedoch Zeugnis „einer bestimmten Haltung zum Physischen, zur Naturhaftigkeit – zum quälbaren Leib wie zum lustgerichteten Trieb:“[19] Der eigene Körper wird als Kollaborateur der Moderne, des Perversen, der Triebe und nicht zuletzt als vom Juden durchzogen erkannt und soll davon gereinigt werden. Wenn der Zünder ausgelöst wird, wartet nicht nur der Tod, es ist die Transzendenz, die Abspaltung des Schädlichen und der erhoffte Aufstieg zu einem Ort, der besser eingerichtet ist als die vermeintlich jüdisch-infiltrierte Welt: das versprochene Paradies Allahs.

Wider die Gleichgültigkeit

Was hier in Bezug auf Paris und Wien beschrieben wurde, eint islamistischen Terror weltweit. Sein Ziel ist es, ganze Konzertsäle, Weihnachtsmärkte, Fußballstadien und U-Bahnen zu vernichten, die Menschen in den Straßen in Angst und Schrecken zu versetzen, die Besucher*innen von Cafés und Lokalen in Wien und Paris ins Fadenkreuz zu nehmen, sie wortwörtlich auf dem Breitscheidplatz in Berlin dem Erdboden gleichzumachen, das Individuum auszulöschen und zu vernichten. Umso wichtiger ist es, genau dies nicht geschehen zu lassen und nicht zurückzuweichen: Es gilt, dem Islamismus seinen finanziellen und strukturellen Nährboden zu entziehen, ihn entschlossen zu bekämpfen, eine klare Position für die Freiheit, die Emanzipation und das gute Leben zu formulieren und die Erinnerung an die von Islamisten aus dem Leben Gerissenen wachzuhalten. Dies gilt allein für die vergangen Wochen und Monate für

Samuel Paty, am 16. Oktober 2020 in Conflans-Sainte-Honorine ermordet,

Nadine D., Simone B. und Vincent L, die am 29. Oktober 2020 in der Basilika Notre-Dame-de-l'Assomption in Nizza getötet wurden,

die vier in Wien am 2. November 2020 Ermordeten,

und auch für Thomas, der am 4. Oktober 2020 in Dresden aus Schwulenhass ermordet wurde und dessen Partner den Angriff schwerverletzt überlebte.

1 https://jungle.world/blog/von-tunis-nach-teheran/2020/11/historisches-zum-terror-wien

2 https://www.derstandard.at/story/2000121434924/attentaeter-besuchte-selbe-moschee-wie-bombenbastler-lorenz-k

3 Küntzel (2007), Marz (2014), Scheit (2004)

4 https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/terror-in-wien/

5 Marz, Ulrike (2014): Kritik des islamischen Antisemitismus. Zur gesellschaftlichen Genese und Semantik des Antisemitismus in der Islamischen Republik Iran. Lit Verlag, Berlin. S. 41.

6 Ebd.

7 Qutb, Sayyid (1950): Our Struggle with the Jews. In: Nettler, Ronald (1987): Past Trials and Present Tribulations. A Muslim Fundamentalist's View of the Jews. Pergamon Press, Oxford. S. 83.

8 Ebd.: S. 74.

9 Horkheimer, Max/ Adorno, Theodor W. (1947): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Querido Verlag, Amsterdam. S. 184

10 Dormal, Michel (2009): Terror und Politik. Eine politische Analyse des Islamismus aus Sicht einer Kritischen Theorie von Antisemitismus und totaler Herrschaft. Lit Verlag, Berlin. S. 106.

11 Küntzel, Matthias (2003): Djihad und Judenhaß. Über den neuen antijüdischen Krieg. Ça ira-Verlag, Freiburg. S. 23

12 Marz (2014) S. 272.

13 Dormal (2009) S. 153

14 Marz, Ulrike (2014) S. 272.

15 Dormal (2009) S. 150.

16 Marz, (2014) S. 87

17 Scheit, Gerhard (2004): Suicide Attack. Zur Kritik der politischen Gewalt. Ça ira-Verlag, Freiburg. S. 427.

18 https://web.archive.org/web/20151117031805/https://akhbardawlatalislam.wordpress.com/2015/11/14/بيان-عن-غزوة-باريس-المباركة-على-فرنسا-ا. Zu Deutsch: „Dass Allah sie unter den Märtyrern annehme und uns erlaube, uns ihnen anzuschließen"

19 Scheit (2004) S. 438.

TÄTERINNEN-SCHAFT IN TRÜMMERN

von drift – feminist alliance for communism

Das Oberlandesgericht Hamburg hat Elina F. zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Sie war 2013 nach Syrien gereist, um sich dem „Islamischen Staat“ anzuschließen. Als Bündnis drift – feminist alliance for communism sind wir dem Aufruf verschiedener Initiativen wie dem êzîdîschen Frauendachverband gefolgt, Prozesse gegen IS-Rückkehrer-Innen zu beobachten. Wir haben den Prozess gegen Elina F. vor dem Hamburger Oberlandesgericht von Anfang bis Ende begleitet und unsere Beobachtungen in einem Audio-Prozesstagebuch dokumentiert.[1]

Bereits nach elf Prozesstagen wurde Elina F. am 09. September 2020 zu einer Haftstrafe von nur zwei Jahren auf Bewährung nach § 129b StGB verurteilt. Die 30 jährige Hamburgerin war im September 2013 ihrem damaligen Ehemann Serkan E. nach Syrien gefolgt und hatte sich dort dem „Islamischen Staat“ (IS) angeschlossen. Das Urteil fiel – insbesondere im Vergleich mit jüngsten ähnlichen Verfahren gegen kurdische oder türkische Linke – ausgesprochen mild aus, zumal die Anklagepunkte und Schuldfähigkeit in vollem Umfang bewiesen wurden. Neben ihren verfahrensverkürzenden Aussagen, einem der Richterin zufolge „von Reue getragenem Geständnis“, wirkten sich auch die guten Sozialprognosen positiv auf das Strafmaß aus. So habe sich Elina F. dem Gericht zufolge aus eigener Kraft von der Ideologie gelöst und sich im Zuge ihrer Haft im kurdischen Lager Ain Issa auf wundersame Weise selbst deradikalisiert. Die Richterin sprach in ihrer Urteilsbegründung gar davon, dass Elina F. am Ende des Prozesses eine „entgegengesetzte Person“ zu der sei, die 2013 nach Syrien ausgereist war – nicht die einzige skurrile Wendung in dem Verfahren.

Als Mitglied des IS hatte sie unter anderem an einem Propagandavideo mitgewirkt, in dem sie insbesondere Frauen aufrief, nach Syrien zu kommen und sich dem bewaffneten Jihad anzuschließen. Einer Freundin gegenüber erklärte sie, ihren inzwischen geborenen ersten Sohn „zum Kämpfer Allahs“ erziehen zu wollen. Nach dem Tod ihres ersten Ehemannes Serkan E. bekam sie im Herrschaftsgebiet des IS in einem „Frauenhaus“ Islamunterricht und erhielt als Frau eines sogenannten Märtyrers und Mutter diverse Zahlungen – eine Zeit, in der sie „wie eine Prinzessin gelebt“ habe, so die Angeklagte vor Gericht.

Während der Staatsanwalt in seinem Plädoyer betonte, Elina F. hätte bewusst Möglichkeiten zur Flucht ungenutzt gelassen, sprach ihre Verteidigerin von einer schicksalshaften Tragödie ihrer Mandantin. Sie beschrieb Elina F. als handlungsunfähig und „kleines Getriebe im Rad“ – es sei perfide, wie der IS Biografien wie die der Angeklagten missbrauchen würde. Ihre Kindheit und Jugend waren von Armut und Gewalt geprägt. Sie wuchs in einer proletarischen und ausgesprochen patriarchalen Familienkonstellation auf, in der die Kinder wiederholt erleben mussten, wie der Vater ihre Mutter verprügelte. Nach deren Trennung verbündeten sich ihre Brüder mit dem Vater, die Gewalt richtete sich zunehmend gegen Elina F. Während der Vater die Wohnung verlor, brach sie ihre Ausbildung als Bäckereifachverkäuferin ab und lebte eine Zeit lang auf der Straße.

Serkan E., den sie seit Jugendjahren kannte, holte sie aus diesem Elend heraus, er habe sie „gerettet“. Die daraus entstandene affektive Bindung scheint bis heute an Strahlkraft kaum nachgelassen zu haben. Sie kam bei seiner Familie unter und wurde dort „wie eine Tochter“ aufgenommen. Doch in der Beziehung zu Serkan E. reproduzierten sich ihre früheren Gewalterfahrungen. So sei er ihr gegenüber wiederholt gewalttätig geworden. Als Mitglied der Hells Angels war er in eine milieuinterne Schießerei verwickelt, sodass ein Ermittlungsverfahren wegen versuchten Mordes gegen ihn eingeleitet wurde. Im Jahr 2012 erreichte seine Gewalt gegen Elina F. einen Höhepunkt: Weil sie sich nach

einem Streit von Serkan E. getrennt hatte, stellte er ihr nach und versuchte sie mit einem Auto zu überfahren. Bei dem anschließenden Verfahren wegen des versuchten Femizids war seine damalige Verteidigerin Ina Franck – die jetzige Anwältin von Elina F.

In die Zeit der Trennung fällt ihre – voneinander unabhängige und für islamistische TerroristInnen nicht unübliche – schnelle Radikalisierung zum Salafismus. Ihre Hinwendung zum Islamismus stellte in vielerlei Hinsicht einen Versuch dar, sich von dem ‚Schmutz' ihrer Vergangenheit durch eine religiöse Wiedergeburt zu ‚reinigen'. Doch dieser blieb haften und spiegelt sich in ihrem bis heute intakten Feindbild wider: Vor Gericht bediente sie immer wieder antikurdische und andere rassistische Ressentiments. So begründete sie ihre Rückkehr nach Deutschland unter anderem damit, dass es in Syrien so „dreckig" und „unordentlich" gewesen sei, was, wie sie sagte, „in deren Kultur" läge. Positiv wirkte sich indessen auf das Urteil von Elina F. aus, dass ihr „Ordnung und Sauberkeit" ein besonderes Anliegen seien, wie es in ihrer Sozialprognose heißt.

Vor Gericht beschreibt sie ihr Wiedersehen mit Serkan E. als reinigendes Erlebnis: Er sei wie ausgetauscht gewesen, hatte sich „um 180 Grad gedreht". Er habe plötzlich gute Kleidung getragen, sei gepflegt gewesen und hätte viel ruhiger gewirkt, nicht mehr so aufbrausend. Auch für die Gewalt ihr gegenüber hätte er sich entschuldigt und ihr erklärt, dass Frauen im Islam besonders geehrt würden. Wahrscheinlich glaubte sie wirklich – auch bis heute – dass sich Serkan E. im Sinne des von ihr projizierten männlichen Idealbildes verändert habe. Doch die männerbündischen Affekte, sein Frauenbild und seine Sexualvorstellungen blieben intakt, nur eben streng reguliert durch islamistische Glaubenssätze.

In der Beziehung zwischen Elina F. und Serkan E. scheint ein Moment auf, das für ideologische Verstrickungen in den Islamismus allgemein zentral ist: Für die Angeklagte spielten ihrerseits männerbündische Affekte eine Rolle, die freilich vermittelt funktionieren: Sie profitierte emotional von der Bindung an den patriarchalen Idealtyp, der nicht nur betont heterosexuell und „wehrhaft" war, sondern einer „höheren Sache" diente (Bruderschaft, Ehre, Umma usw.). Denn so konnte sie sich in ihre phantasierte Frauenrolle als Prinzessin begeben. Einerseits sei er ein ‚richtiger Mann' gewesen, der ‚seine Frau' ehrt. Andererseits wird aber die als bedrohlich wahrgenommene abgespaltene Weiblichkeit, die zur Herstellung einer solchen Männlichkeit abverlangt wird, im Männerbund verdrängt. Die misogynen Aggressionen, die er Elina F. spüren ließ und die sich sowohl bei den Hells Angels als auch beim IS wiederfinden, waren im wahrsten Sinne des Wortes in Serkan E. verkörpert.

An entscheidenden Stellen spielen in Elina F.s Biografie Frauen eine bedeutende Rolle. So war eine Freundin bei der Konvertierung und der darauf aufbauenden Hinwendung zum Islamismus zentral. Auch scheint die Konkurrenz innerhalb ihrer Clique, die bessere Muslima sein zu wollen – eine spezifische innerweibliche Konkurrenz, die als Pendant zum männerbündischen Konkurrenzverhalten gelten kann – eine wichtige Triebfeder gewesen zu sein. Ihre Ausreise plante sie mit einer weiteren Freundin, die mit ihrem Ehemann Knotenpunkte in der salafistischen Szene Hamburgs und der Bundesrepublik bildeten. Sie fand sich vor diesem Hintergrund schnell in ihrer neuen Rolle im IS ein, die darin bestand, ihre Pflichten als Ehefrau und Mutter zu erfüllen und so dazu beizutragen, die Grundlage des IS abzusichern. Frauen sollen der islamistischen Ideologie zufolge das Fundament der Familie bilden, eine wichtige Rolle bei der Erziehung der nächsten Generation spielen und den „Kämpfern" den Rücken freihalten. Zudem tragen einige als Lehrerinnen oder, wie im Fall von Elina F., mit Propaganda aktiv zu der Rekrutierung bei.

Die Frage der Richterin nach den ideologischen Verstrickungen der Angeklagten blieb im Prozess – wenig überraschend – unbeantwortet. Zwar hat sie sich augenscheinlich vom IS als Organisation distanziert. Dass sie sich vor Gericht ohne Kopftuch zeigte und nach der Urteilsverkündung eine Flasche Sekt öffnete, legt auch eine Abkehr von streng islamischen Grundsätzen nahe. Doch mit der zugrundeliegenden affektiven Bindung zu Männerbund, Familienideologie und islamistischem Antiimperialismus scheint sie nicht gebrochen zu haben. Hierfür spricht unter anderem, dass sie bis heute nicht in der Lage ist, Opfer zu benennen, etwa die vertriebenen oder geflohenen Syrer*innen, in deren Wohnungen sie wohnte, oder vom IS versklavte Êzîdinnen. Opfer oder Betroffene tauchen in ihrer Erzählung nur dann auf, wenn sie sie in eine „Gemeinschaft der Leidenden" einordnen kann, von der sie selbst Teil war. Als islamistische Täterin will sie sich aber nicht verstanden wissen, sondern als Verirrte, die Fehler gemacht hat.

Dementsprechend brachte ihre Verteidigerin im Plädoyer die Hoffnung zum Ausdruck, dass sie nicht „nochmal in ihr Unglück rennt". Unter Tränen und mit nunmehr nationalistischem Pathos flehte Elina F. in ihrem letzten Wort die Richterin an, ihr Land möge ihr verzeihen – sie habe Fehler gemacht, wie alle Menschen welche machen, und wolle aus ihnen lernen. Sie wisse nun, dass sie „hierher" gehöre. Ihre Strategie ging auf und so konnte sie den Gerichtssaal am 9. September 2020 zwar als verurteilte Islamistin, aber auf freiem Fuß verlassen.

1 #feministfrequency Prozesstagebuch. Online nachzuhören unter: https://feministdrift.org/2020/07/29/feministfrequency-prozesstagebuch/

KAFIR: ALLAH SEI DANK BIN ICH ATHEIST.

Interview mit dem Aktivisten und Autor Amed Sherwan geführt von der Emanzipativen & Antifaschistischen Gruppe und Merle Stöver

Amed Sherwan wuchs zunächst im Irak in einer muslimischen Familie auf, bis er sich mit 15 Jahren öffentlich islamkritisch äußerte, dafür verhaftet und gefoltert wurde. Weil er sich nach seiner Verhaftung nicht mehr sicher im Irak aufhalten konnte, floh er nach Deutschland. Seit 2014 lebt er in Flensburg, engagiert sich sowohl online als auch auf der Straße und in verschiedenen Organisationen für LGBT*-Rechte und das Recht auf Atheismus und Säkularismus. Seine Aktionen gehen oft viral, weshalb Amed neben der Unterstützung und Solidarität auch Hass und Drohungen erfährt. Im Gespräch erzählt er, was ihn antreibt und welche Unterstützung er sich wünscht.

Du blickst mit Deinen 22 Jahren bereits auf ein bewegtes Leben zurück und hast im Oktober letzten Jahres gemeinsam mit Katrine Hoop Deine Autobiografie „Kafir. Allah sei Dank bin ich Atheist“ veröffentlicht. Wie ist bisher das Feedback auf Dein Buch?

Tatsächlich sind die Reaktionen sehr positiv. Selbst Muslim*innen haben das Buch gelobt und auch christliche Pastoren. Ich habe eher wenige Hassnachrichten wegen des Buches bekommen und wenn dann nur von Leuten, die es gar nicht gelesen haben. Aber es ist ja auch keine Kampfschrift gegen Religionen, sondern eine sehr persönliche Geschichte, bei der es um Meinungsfreiheit und Toleranz, nicht um Hetze geht. Ich sehe in Religionen zwar ein gefährliches Potenzial und im Islam zur Zeit ganz besonders. Aber ich akzeptiere, dass Glaube für Menschen wichtig sein kann.

Dein Leben im Irak war schon früh elementar von brutalen islamischen Praxen, wie exorzistischer Folter, geprägt. Mit 15 wagtest Du nach der Lektüre islamkritischer Schriften öffentlich Kritik zu üben und brachtest Dich damit in Lebensgefahr. Die Situation mündete in Deiner Flucht nach Deutschland. War Dir zum Zeitpunkt Deiner Wortmeldungen bewusst, welcher Gefahr Du Dich damit aussetzt?

Nein, nicht wirklich. Ich war ja noch ein Kind. Ich dachte mir einfach, ich glaube nicht mehr und muss das auch öffentlich sagen können. Ich hatte natürlich damit gerechnet, dass meine Eltern wütend werden und meine Freunde mich dafür verspotten. Aber ich habe ehrlich gesagt nicht geahnt, dass es mit Inhaftierung und Folter enden würde. Ich war da einfach sehr naiv.

Im Jahr 2014 kamst du nach Deutschland und Deine politischen Aktivitäten setzten sich hier fort. Du engagier(te)st Dich auch in der Säkularen Flüchtlingshilfe, die 2017 gegründet wurde. Warum, denkst du, ist eine solche Organisation wichtig?

Ich mache alle meinen Aktionen ganz unabhängig von Organisationen. Aber ich habe sowohl an Veranstaltungen der Giordano-Bruno-Stiftung, des Zentralrats der Ex-Muslime als auch der Säkularen Flüchtlingshilfe teilgenommen und bin gut mit ihnen vernetzt. Sie unterstützen mich auch immer, genau wie ich bei ihren Aktionen mitmache. Bezogen auf konkrete Hilfe für Geflüchtete fände ich es eigentlich viel besser, wenn normale lokale Beratungsstellen und Organisationen von und für Geflüchtete sich auch für die besonderen Belange von Nichtgläubigen und LGBT*-Geflüchtete einsetzen würden. Das ist aber oft nicht der Fall, weil viele Einrichtungen das gar nicht im Blick haben und sich nicht vorstellen können, welche besonderen Herausforderungen Nichtgläubige und LGBT*-Geflüchtete haben. Solange es so ist, ist es wichtig, dass es Organisationen gibt, die auf die besonderen Problemlagen hinweisen und sich auch auf die besondere rechtliche Begleitung spezialisieren.

Welche Erfahrungen hast Du in der Säkularen Flüchtlingshilfe gemacht? Mit welchen Problemen sind vor allem ex-muslimische Geflüchtete konfrontiert?

Ich habe da wie gesagt nie direkt mitgearbeitet. Aber ich habe Kontakt zu vielen anderen Ex-Muslim*innen, die von denselben Problemen berichten, die ich kenne. Menschen, die offen damit umgehen, dass sie nicht glauben, erleben in Unterkünften oft Ausgrenzung. Im schlimmsten Fall erlebst du Gewalt durch andere Geflüchtete und Alltagsrassismus in der deutschen Umgebung. Das ist manchmal sehr einsam. Und wenn sich Deutsche für deine Verfolgungsgeschichte interessieren, läufst du immer Gefahr, dass es gar nicht um dich geht, sondern darum, deine Geschichte zu rechtspopulistischen Zwecken auszuschlachten. Und wenn deine Verfolgung nicht wirklich gut dokumentiert ist, ist es sehr schwer, den Fluchtgrund „Abfall vom Glauben“ anerkennen zu lassen. Ich hatte Glück, dass meine Verfolgung so gut dokumentiert ist, dass ich problemlos als Flüchtling anerkannt wurde. Und dass ich rechtzeitig gemerkt habe, dass einige Leute meine Geschichte einfach für ihre Zwecke nutzen wollten.

Viele Deiner politischen Aktionen, wie das „Allah is gay“-Shirt oder ein Plakat mit küssenden Palästinensern und Israelis gingen schnell viral. Wen möchtest Du mit Deinen Aktionen ansprechen?

Mir geht es darum, dass auch Kinder muslimischer Eltern frei entscheiden können, wie sie glauben, leben und lieben wollen. Deswegen versuche ich, an bestehenden Vorstellungen zu rütteln. Und ich glaube, dass das nur geht, wenn es laut und provokativ ist. Und das geht für mich in zwei Richtungen. Ich will einerseits Menschen in muslimischen Communitys erreichen und zum Nachdenken anregen. Und ich will andererseits der deutschen Gesellschaft zeigen, dass Oriental Diversity tatsächlich existiert. Ich bin ja nur einer von vielen und will damit auch allen denen eine Stimme geben, die genau so denken wie ich, aber in der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen werden. Ich kriege nach jeder Aktion sehr viele Zuschriften von Leuten, die mir danken, dass ich das zeige, was sie fühlen. Vielleicht sind auch sie meine eigentliche Zielgruppe. Ich will ihnen zeigen, dass sie nicht allein und vor allen Dingen nicht falsch sind.

Zuletzt hast Du im Dezember 2020 mit einem Foto Aufmerksamkeit erregt: Auf dem Foto bist Du mit einem Freud zu sehen. Ihr küsst Euch vor der Kaaba in Mekka. Auf der Kaaba ist die Regenbogen-Fahne gehisst. Darauf folgten Beleidigungen, Morddrohungen und Sperren auf Facebook und Twitter. Erzähl uns, was nach diesem Foto genau passiert ist.

Wir wollten damit ein Zeichen der Solidarität mit LGBT*-Personen in muslimischen Communitys setzen. Das war natürlich eine provokante Aktion, weil schon ein nichtgleichgeschlechtlicher Kuss in Mekka verboten ist. Aber es war letztendlich nur eine Fotomontage, ein lustiges Bild zu einem ernsten Thema. Denn in allen Staaten der Welt, in der die Todesstrafe für homosexuelle Handlungen verhängt wird, basieren die rechtlichen Rahmenbedingungen ganz oder teilweise auf dem Scharia-Gesetz. Dazu muss man sich verhalten. Wir haben dieselbe Fotomontage übrigens auch mit dem Petersplatz in Rom gemacht. Uns ist schon klar, dass LGBT*-Personen überall auf der Welt Ausgrenzung und Gewalt erleben. Aber es war leider nicht überraschend, dass wir nur für den Kuss in Mekka Drohungen bekommen haben. Das war zu erwarten, aber ich habe nicht gedacht, dass es so krass eskaliert. Das Bild ist offensichtlich in pakistanischen Netzwerken geteilt worden, und danach haben mich wirklich Tausende Hassnachrichten und Morddrohungen erreicht. Die Leute haben dann gezielt meine Sozial Media-Accounts gemeldet und es damit geschafft, dass mein Instagramaccount und das Bild auf Facebook gelöscht worden sind. Ich fand es unglaublich, dass sie ihre Hassnachrichten ungehindert verbreiten durften, während ein Kuss zensiert wurde.

Nach Einreichung eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Verfügung sind die Inhalte jetzt zwar wieder freigeschaltet, das Verfahren gegen Facebook geht aber noch weiter. Ich finde die Meldefunktionen auf Instagram und Facebook wichtig, aber sie sind leider auch eine Möglichkeit, Leute einfach mit gezielten Massenangriffen auszuschalten

Deine Kritik richtet sich nicht nur an Muslim*innen sondern auch an Islamkritiker*innen und Ex-Muslim*innen, die nicht (mehr) den Kontakt und die Diskussion mit Muslim*innen suchen, und so ausschließlich Hass verbreiten würden. Wie, denkst du, sollte ein Austausch stattfinden, der auf Verständigung zielt?

Es ist eigentlich unmöglich, generell über den Islam zu sprechen, denn erstens wird die Religion sehr unterschiedlich gelebt und zweitens sind es ja nicht alle Aspekte des Glaubens, die problematisch sind. Wegen mir können Leute sich so viele religiöse Regeln auferlegen, wie sie wollen. Sie sollen aber anderen ihre Lebensentscheidungen lassen. Und ich glaube, dass man dafür manchmal Aktionen machen muss, um genau darüber ins Gespräch zu kommen. Sind verletzte religiöse Gefühle ein Grund Leute zu verletzen? Und was sind religiöse Gefühle überhaupt? Was gehört zu Glaubensfreiheit und was nicht? Muss man ein heiliges Buch buchstäblich lesen? Ist Religion Wahrheit? Darüber muss man reden können mit allen Menschen, unabhängig davon, woran sie glauben. Aber wenn es um den Islam geht, ist das Ganze so krass seltsam. Ich habe das Gefühl, dass Muslim*innen gar nicht die Chance bekommen, sich zu verändern. Wenn jemand zum Beispiel schwul und Muslim ist, dann sind viele Islamkritiker*innen und Ex-Muslim*innen plötzlich einer Meinung mit den strenggläubigen Muslim*innen. Alle schreien: Das ist nicht der Islam! Ich habe mal ein Video geteilt, von einer Frau, die ein superlustiges Tanzvideo mit Ihrer Familie gemacht hat. Aber weil sie Kopftuch trug, haben Islamkritiker*innen, Ex-Muslim*innen und strenggläubige Muslim*innen alle gemeinsam gehetzt, dass es unmöglich miteinander vereinbar sei, mit einem Kopftuch so zu tanzen. Warum sollten Muslim*innen ihren Glauben nicht auch lockerer Leben können? Es tun ja eigentlich auch viele. Aber sie sind nicht so laut und dominant wie die durchgeknallten islamistischen Spinner. Ich kritisiere einige Islamkritiker*innen und Ex-Muslim*innen dafür, dass sie gar nicht an Lösungen interessiert sind und Muslim*innen damit irgendwie aus der Verantwortung nehmen, so als hätten Muslim*innen nicht die Fähigkeit, ihren Glauben abstrakter zu betrachten. Ich sehe dann immer mich selbst. Ich bin mit wirklich heftigen Wertvorstellungen und einem total buchstäblichen Glauben aufgewachsen, aber ich habe mich trotzdem davon befreit.

Deine Kritik am Islam nehmen Dir einige Muslim*innen persönlich, wie Du regelmäßig in sozialen Netzwerken öffentlich machst. Wie schätzt Du Deine derzeitige Bedrohungslage ein?

Schwer zu sagen. Die schlimmsten Morddrohungen kommen glücklicherweise aus Pakistan und nicht aus der Nachbarschaft. In Flensburg kenne ich viele Muslim*innen und hoffe, dass mich das auch ein bisschen schützt, weil ich hier nicht nur der Kafir, sondern auch ein Habibi bin. Aber ich bin schon auf der Straße zusammengeschlagen worden. Also, ich weiß es nicht. Manchmal habe ich wirklich Angst, aber meistens denke ich nicht so viel darüber nach. Ich will diesen Leuten nicht zu viel Macht über mich geben. Denn dann würden sie das bekommen, was sie wollen, dass ich vor Angst leise bin.

Wie kann man Dich in Deinen Kämpfen unterstützen?

Im Moment steht ein ganz konkreter Kampf an. Ich bin im Streit mit dem Palästinensischen Verein Flensburg. Ich stufe den Verein als islamistisch, homophob und antisemitisch ein. Auf einer Demo habe ich als Ordner den Leuten vom Verein einen Mittelfinger gezeigt, weil sie ihre antisemitischen Plakate nicht wegpacken wollten. Dafür haben sie mich angezeigt und ich musste ein Bußgeld in Höhe fast 700 Euro zahlen. Nun haben sie mich wegen übler Nachrede angezeigt, weil ich in einem Text einen Aussteiger des Vereins als sehr mutig bezeichnet habe und dabei die Formulierung „Denn mit diesen Schlägertrupps ist echt nicht zu spaßen“ genutzt habe. Dafür soll ich nun ein Bußgeld in Höhe von fast 400 Euro zahlen. Ich bin von einem Mitglied des Vereins auf offener Straße zusammengeschlagen worden und denke, dass ich diese Wahrheiten auch aussprechen darf. Da habe ich jetzt gerade meinen ganz persönlichen Kampf, wo ich mich über jede Unterstützung freue. Ansonsten freue ich mich natürlich, wenn Leute mein Buch lesen und sich auch selbst einbringen in ein Gespräch darüber, wie wir alle zusammen leben wollen.

Vielen Dank für das Gespräch.

REZENSION: TAPIS – EINE RECHERCHE-BROSCHÜRE ÜBER ISLAMISMUS

von Emanzipative & Antifaschistische Gruppe (EAG)

In Bezug auf den Islamismus gibt es zwei linke Binsenweisheiten, die seit Jahrzehnten Lügen gestraft werden und sich trotzdem hartnäckig halten.

Die eine ist: Die Linke habe keine Kritik am Islamismus parat. Das ist besonders oft nach islamistischen Gewalttaten und Anschlägen zu hören, wohl auch, weil eine wahrnehmbare Trauer oder Wut als Reaktion aus linken Kreisen nach solchen Ereignissen selten zu vernehmen ist.

Die andere: Eine linke Islamismus-Kritik sei nicht möglich, weil sie dem rassistischen Mainstream in die Hände spiele.

Nicht erst die von weiten Teilen der Linken getragene Solidarität mit den Kurd:innen, die in Syrien den IS bekämpfen, sondern auch antifaschistische Gegenmobilisierungen gegen den Al Quds-Marsch haben den Islamismus als Feind jeglicher emanzipatorischer Bestrebungen ausgemacht – auch wenn es dabei gelegentlich an theoretischer Untermauerung fehlt. Ideologische Einordnungen und aktuelle politische Beobachtungen konnten in den letzten 20 Jahren nicht nur in der Jungle World gelesen oder von Projekten wie „3. Welt Saar“ gehört werden. Wer sich auf die Suche begibt, findet etliche linke Islamismus-kritische Stimmen. Der Verweis auf Rassist:innen, die Diskurse um den Islam tatsächlich dominieren, mahnt zur inhaltlichen Genauigkeit und zur klaren Abgrenzung, aber nicht zum Schweigen.

Zu einer inhaltlichen Analyse eines politischen Gegenübers gehört im besten Fall eine detaillierte Recherche. Das ist eine Grundannahme der Anti-Nazi-Arbeit von Antifagruppen. Diese Recherche fehlt tatsächlich in den meisten Bereichen islamistischer Aktivitäten in Deutschland.

Das soll sich nun ändern. Im Juli 2020 erschien eine Broschüre mit dem Namen „tapis – Analysen zur islamischen Rechten", die mit dem Anspruch antritt, diese Leerstelle zu beseitigen. Wenig bescheiden beginnt das Editorial mit dem Satz „Sie halten eine einzigartige Zeitschrift in ihren Händen." Ob die tapis in der Lage ist, diese Alleinstellung zu bestätigen, wird sich wohl nicht nach der ersten Ausgabe beantworten lassen. Doch der Erstling ist schon einmal vielversprechend.

Die Ausgabe beginnt mit einer Erklärung des Titels und somit einer politischen Positionsbestimmung. Warum schlägt die tapis den Islamismus der politischen Rechten zu? Das ist für die Redaktion klar, da alles wofür der Islamismus steht, einem emanzipatorischen Politikanspruch diametral entgegenstehe. Die Einordnung des Islamismus als dritte Kategorie neben „Links- und Rechtsextremismus" „exotisiert den Islamismus als fremdländisches Ideenkonstrukt und nimmt seine Organisationsformen nicht als politische Akteure ernst." Wer das Leben von säkularen Aktivist:innen, Linken, Feminist:innen, Ex-Muslim:innen und Muslim:innen bedrohe, solle, ähnlich den fundamentalistischen Abtreibungsgegner:innen, homophoben Pfarrern und nationalkonservativen Evangelikalen, dem reaktionären Lager zugeordnet werden. Eine erwähnenswerte Gegenposition dazu wurde in der NZZ (https://www.nzz.ch/feuilleton/islamismus-ist-rechts-mit-nichten-ld.1589696) formuliert. Dort wird der tapis und mehreren „Extremismusforscher:innen" vorgeworfen, durch den Zuschlag des Islamismus zur extremen Rechten, relevante Unterschiede unter den Tisch fallen zu lassen. Diese beiden Positionen könnten der Anfang einer produktiven und erhellenden Diskussion sein.

Kurztexte zu aktuellen Entwicklungen des IS, zum Verbot der Hizbollah, zu DITIB und zum Islamic Relief Worldwide stellen den Rahmen für mehrere Analyse- und Recherche-Texte. Gerade diese Kurzmeldungen wirken vom Format wie ein Teil einer regelmäßigen Publikation.

Die zwei Recherche-Texte der Ausgabe porträtieren das Netzwerk der Muslimbruderschaft in Berlin und die islamistische Szene im Saarland. Dabei werden sowohl Organisationen in den Blick genommen, die in der lokalen Zivilgesellschaft integriert sind als auch solche, die auf dem Klageweg versuchen, genau diese Querverweise ins islamistische Spektrum zu unterbinden. Anhand zentraler Personen und Organisationen wird dargestellt, wie mit Labeländerungen – aus dem Deutschsprachigem Muslimkreis (DMK) wird Deutsches Muslimisches Zentrum (DMZ) – und jüngeren AktivistInnen die islamistische Indoktrinierungsarbeit verschleiert werden soll. Die unrühmliche Rolle des Verfassungsschutzes wird am Beispiel des Saarlandes näher beleuchtet. Diesem ist sein Quellenschutz wichtiger als die Möglichkeit, islamistische Zusammenhänge zu belegen. Und so können einschlägige AkteurInnen nun öffentliche Gelder einwerben.

Neben den Kurzberichten und Recherchеartikeln werden in einem weiteren Artikel ideologische Grundlagen islamistischer Strömungen historisch hergeleitet. Der Text geht auf die Verflechtungen der Vordenker:innen der Konservativen Revolution und des „modernen Islamismus" ein. Das weitläufige Argument, dass sich die europäische extreme Rechte und der Islamismus als unversöhnliche Feinde gegenüberstehen, wird durch Beispiele gegenseitiger Bezugnahme angegriffen. Anhand der Muslimbruderschaft werden die Parallelen deutlich aufgezeigt – „Führerprinzip, Abschaffung des Parlamentarismus, 'organische' Staatsordnung, Anti-Kommunismus, Abschaffung des Zinses, Nationalisierung der Industrie". Mit Ahmad Fardid und Martin Heidegger wird der Einfluss westlicher Philosophen auf islamische, rechte DenkerInnen nachgezeichnet. Der Einfluss der Schriften Heideggers wirke bis heute, vermittelt über Fardids Interpretation, auch in der „medialen Globalisierung des Dschihadismus durch das Internet" fort.

Bisweilen erinnert die textliche Wühlarbeit an Anti-Nazi-Recherchehefte. Ein bisschen Visualisierung täte den Texten nicht schlecht.

Der konsequente Verzicht auf Genderung, den die tapis praktiziert, wirkt irritierend, wenn – wie in der Arbeit der EAG – der Islamismus aus einer explizit feministischen Perspektive kritisiert werden soll, selbst wenn – wie in der tapis – die Zwänge und Repressionen, denen Frauen und speziell Feminist:innen in islamistischen Kontexten ausgesetzt sind, in mehreren Texten Erwähnung finden. Das Problem der Unsichtbarmachung weiblicher Perspektiven ist den Autor:innen somit durchaus bewusst. Doch die Auseinandersetzung mit Geschlechterrollen scheint für die Redaktion bisher nur ein Nebenaspekt zu sein.

Dennoch erfüllen die Artikel ihren Zweck und sind eine gute Basis für die Auseinandersetzung mit den erwähnten AkteurInnen. Sie zeigen, wie wenig Wissen in der Linken über lokale islamistische Strukturen vorhanden ist.

Eine Verstetigung dieses Recherche-Formats wäre wünschenswert. Der Anfang dafür ist gemacht.

Die Zeitschrift ist bundesweit in mehreren linken Buchläden und Projekten erhältlich.

Auf Twitter ist sie unter @MagazinTapis zu finden.

„NIEDER MIT DEM PATRIAR-CHAT!“

Über feministische Perspektiven auf Islamismus und den Al Quds-Tag

PRO KOPFTUCH UND KONTRA ABTREIBUNG – ÜBER DIE FRAUENVERACHTUNG VON CHRISTLICHEM UND ISLAMISCHEM FUNDAMENTALISMUS IN ZUNEHMEND AUTORITÄREN ZEITEN

von Koschka Linkerhand

1

In der feministischen Theorie ist eine grundsätzliche und konfessionsübergreifende Religionskritik ziemlich eingeschlafen. Zwar wird an verschiedenen Fronten feministisch gekämpft: Einer frauen- und bürgerrechtlich orientierten Islamkritik steht ein zunehmendes linksradikales Engagement gegen die Umtriebe christlicher Fundamentalist:innen gegenüber.

Die Ähnlichkeiten zwischen christlichem und islamischem Fundamentalismus sind augenfällig. Beide werden nicht zuletzt von ihrer reaktionären Geschlechterpolitik zusammengehalten: Zentrale Merkmale sind eine männerbündische Organisierung sowie der Kampf gegen die Gleichstellung und die Vielfalt der Geschlechter. Religiöse Fundamentalist:innen sind aktiv daran beteiligt, die sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen zu verhindern. Parallel dazu ächten sie Lesben, Schwule, Transleute und alle anderen, die sich nicht zur heterosexuellen, patriarchalen Kleinfamilie mit Müttern am Herd bekehren lassen. Ihr Ziel ist eine an entsprechenden Werten ausgerichtete Gesellschaft, in der z. B. das Bildungs- und Gesundheitssystem und das Personenstandswesen religiöser Kontrolle unterliegen. Das untergräbt den Säkularismus, nach dem Religion Privatsache jeder Bürgerin ist, nicht Teil staatlicher Strukturen.

Dazu kommen die Verbindungen mit der politischen Rechten, die nicht nur hinsichtlich des Frauen- und Familienbilds ähnliche Ziele verfolgt. Fundamentalist:innen teilen mit ihnen auch das politische Spiel mit demokratischen Grundrechten wie Religions- und Meinungsfreiheit, die ihrer Agenda letztlich im Weg stehen. Der Soziologe Volker Weiß spricht von einer „autoritären Revolte“ aus Faschist:innen und Islamist:innen, die mit zunehmendem Erfolg um politischen Einfluss ringen. Obwohl sie einander als Feindbilder und Projektionsflächen brauchen, finden sie zu enger Zusammenarbeit und mitunter sogar zu einer einzigen Bewegung zusammen. Das ist bei den türkisch-nationalistischen *Grauen Wölfen* der Fall, die auch hierzulande weitgehend unbehelligt agieren. Auch die historischen ideologischen Verstrickungen von Nazis und Muslimbrüdern, vor allem den gemeinsamen Antisemitismus betreffend, sind hier zu nennen.

Dasselbe gilt für die gut vernetzten, transnationalen Machtkämpfe christlicher Fundamentalist:innen. Christlichen Fundamentalismus findet man in den USA ebenso wie im Erzgebirge. Sein Zusammenschluss mit Faschist:innen lässt sich an der US-amerikanischen Alt-Right beobachten, die ohne den Evangelikalismus nicht zu denken wäre – ebenso wie die Wähler:innenschaft des zutiefst frauen- und homofeindlichen und rassistischen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro. Gleiches gilt für die nationalkonservative polnische Regierung, die so eng mit der katholischen Kirche zusammenarbeitet wie einst das faschistische Franco-Regime in Spanien. Die Beziehungen des Vatikans zum religiösen Flügel der AfD sind gespalten; die Differenzen liegen aber keineswegs in der Geschlechterpolitik.

Es ist also eine feministische und antifaschistische Religionskritik auf der Höhe der Zeit vonnöten. Anstelle eines religionskritischen Programms möchte ich meine Überlegungen am konkreten Gegenstand entfalten. Ich konzentriere mich auf das Verhüllungsgebot im politischen Islam und das Abtreibungsverbot der katholischen Kirche – zwei zentrale Waffen im Kampf darum, Frauen und Mädchen auf eine untergeordnete Rolle im Haus und am Herd zu verweisen. Mit einem historisch-materialistischen Ansatz will ich diese Gebote auf Gleichheit und Differenz hin untersuchen und darstellen, dass das Paktieren mit beiden religiösen Fundamentalismen gleichermaßen unvereinbar mit einer feministischen Haltung ist.

2

Die Verhüllung von Teilen des Körpers und die Kontrolle über Empfängnis und Geburt sind laut der Historikerin Gerda Lerner essenziell für die patriarchale Unterordnung der Frauen. In ihrem großen Werk *Die Entstehung des Patriarchats* (1986) führt sie aus, wie beides in den Anfängen antiker Staatengebilde gängige Praxis wurde. An Zeugnissen aus dem alten Mesopotamien, der ältesten bekannten Schriftkultur, weist Lerner nach, dass die Vormachtstellung der Männer, die sich allmählich herausbildete, mit dem fortschreitenden Ausschluss der Frauen von politischen und religiösen Posten, von Bildung und eigenem Besitz einherging. Mit zunehmender Arbeitsteilung in einer immer stärker verwalteten und urbanisierten Gesellschaft gewann die Rolle des Mannes, die der Öffentlichkeit zugeordnet wurde, an Bedeutung. Auch im häuslichen Bereich galt er nun als Familienoberhaupt, Ernährer und bedeutenderer Erzeuger der Nachkommen; die Frau wurde seine Gehilfin. Ihre Sexualität – die vormals in weiblichen Gottheiten und Fruchtbarkeitszeremonien verehrt wurde – sollte in jungfräulichem Zustand erhalten werden und anschließend exklusiv dem eigenen Mann zur Verfügung stehen.

Lerner beschreibt den antiken Staat in Zusammenhang mit dem monotheistischen Weltbild, in dem eine Vatergottheit herrscht, über die sich Frauen in ihrer gesellschaftlichen Rolle nicht mehr transzendieren können. Die einzige Möglichkeit, sich Anerkennung und Schutz zu verschaffen, besteht darin, zur Ehre des Vaters oder Ehemanns beizutragen. Unehrbar sind im strikter gewordenen patriarchalen Paradigma alle Frauen, die mit mehreren Männern schlafen oder uneheliche Kinder haben. Demnach ergingen in Mesopotamien staatliche Anordnungen, wonach sich unehrbare Frauen – meist Prostituierte oder Sklavinnen – von ehrbaren durch Verhüllung ihres Körpers unterscheiden mussten. Ob sich die ehrbaren Frauen verhüllen oder die unehrbaren, ist nach Lerner von sekundärer Bedeutung und unterliegt historischem Wechsel; von Belang ist nur die Unterscheidung als solche.

Interessanterweise spricht Lerner ausdrücklich von der Unterordnung der Frauen, nicht von ihrer Unterdrückung. Sie betont, dass Frauen mit stärker werdender Macht der Männer zwar weniger Möglichkeiten haben, sich gegen ihre benachteiligte Rolle aufzulehnen, aber dass die meisten von ihnen stets die bestehende Ordnung mittragen. Auch psychoanalytisch betrachtet liegt es nahe, dass Frauen nicht nur persönlichen Machtzuwachs, sondern auch Lust dadurch erlangen, sich patriarchaler Macht zu unterwerfen und sich auf diese Weise anderen Frauen und Mädchen gegenüber auszuzeichnen. Die Attraktivität patriarchaler Ehrbarkeit ist ein nicht zu unterschätzender Faktor, zieht man in Betracht, dass ein guter Teil der Kämpfer:innen fürs Kopftuch wie auch gegen das Recht auf Abtreibung Frauen sind. Das Wohlgefallen des göttlichen Vaters und seiner Vertreter wiegt schwerer als das Mitgefühl und die Solidarität mit anderen Frauen.

Natürlich sind Gerda Lerners Forschungsergebnisse über soziale Transformationen, die vor ca. 5000 Jahren im Nahen Osten begannen, nicht ohne Weiteres auf heute zu übertragen. Sie sind auch nicht im Sinne einer linearen historischen Niedergangs- oder Emanzipationsgeschichte zu verstehen. Das zeigen die internationalen Aufs und Abs der Abtreibungsgesetzgebung und die Fotos unverschleierter Afghaninnen und Iranerinnen in den 70ern, die der Schweizer Rechtsanwalt Emrah Erken auf seiner Facebook-Seite *Before Sharia Spoiled Everything* hochlädt. Dennoch hat Lerner mit ihrer Forschung die Entstehung patriarchaler Herrschaftsmechanismen freigelegt, die bis heute wirksam sind. Sie zeigt, dass Verhüllung und Empfängnis- bzw. Geburtenkontrolle während einer jahrtausendelangen patriarchalen Geschichte immer wieder gegen Frauen gerichtet wurden.

Diese historisch-materialistische Methode hilft, die beiden Instrumente zur patriarchalen Kontrolle weiblicher Sexualität in ihrem Formen- und Bedeutungswandel zu analysieren. Heute sind sie überformt von Warentausch, Wissenschaft und antifeministischer Ideologiebildung. Davon zeugt etwa das Florieren sogenannter Modest Fashion für Musliminnen, die auch Designermode und Sportkleidung umfasst.

Heute bringen die katholische Kirche und der politische Islam Verschleierungsgebot und Abtreibungsverbot in Stellung, um die punktuelle und temporäre Emanzipation der Frauen innerhalb des kapitalistischen Patriarchats, die Feministinnen seit dem 19. Jahrhundert erkämpft haben, rückgängig zu machen. Um das zu zeigen, sollte es einer feministischen Religionskritik meines Erachtens weniger um Bibel- oder Koranexegese gehen, sondern um die aktuelle religiöse Praxis, ihre Rolle in der öffentlichen Debatte und ihre Auswirkungen auf die „gelebten Realitäten von Frauen und Mädchen“, wie die muslimische Feministin Mona Eltahawy fordert. Dementsprechend möchte ich die Vorstöße pro Kopftuch und kontra Abtreibung im Zusammenhang mit dem Vordringen des Autoritarismus untersuchen, der sich explizit gegen die Selbstbestimmungsrechte der Frauen in westlichen Demokratien richtet.

3

Die autoritäre Frauenfeindlichkeit ist im Islamismus anders akzentuiert als in der katholischen Kirche. Zwar gibt es auch in einigen katholischen Ländern sowie in Nonnenorden die Sitte der Frauenverschleierung; wie auch im Islam Abtreibung generell als Sünde gilt, verstärkt ab dem 120. Tag der Schwangerschaft, nachdem laut koranischer Überlieferung die Seele ins Kind eingezogen ist. Beide religiösen Richtlinien werden aber – soweit ich das überblicke – nicht zur Missionierung oder in der politischen Debatte um die Stellung der Frauen genutzt. Ihr sexistisches Potenzial hält sich derzeit im Hintergrund.

Das muslimische Kopftuch hingegen ist zum Fetisch und Flaggschiff des Islam geworden – bei vielen praktizierenden Muslim:innen wie bei Islamist:innen und ebenso bei antimuslimischen Rassist:innen. In den letzten Jahrzehnten ist es dem politischen Islam gelungen, das Kopftuch als sichtbarstes und stark affektiv aufgeladenes Symbol gegen die politische und ökonomische Übermacht des Westens zu platzieren. Im Iran und in Saudi-Arabien ist der Hidschab gesetzliche Vorschrift, in vielen weiteren islamisch geprägten Ländern – etwa im Irak, in Indonesien oder im Gaza-Streifen – gilt er als allgemein verbindliche Vorgabe. Unverhüllte Frauen und Mädchen sind körperlicher, sexueller und familiärer Gewalt ausgesetzt. Die islamkritischen Feministinnen Sineb El Masrar und Necla Kelek beschreiben, dass das Kopftuchgebot auch in vielen muslimischen Communitys in Deutschland gilt. Als Symbol der sexuellen Zurückhaltung von Frauen und Mädchen hängt die Verschleierung unmittelbar mit der Ehre von Vätern und Brüdern zusammen und ist verbunden mit einem Leben unter familiärer Kontrolle, mit Bildungsbenachteiligung und arrangierter Heirat bis hin zur Zwangsheirat. Das trifft natürlich nicht jede verschleierte Frau im selben Maß – aber in der islamistischen Ideologie und in den Erfahrungsberichten muslimischer und exmuslimischer Autorinnen werden diese Zusammenhänge klar gezogen. So empfiehlt der Verband DİTİB, der zahlreiche Moscheen besonders in Nordrhein-Westfalen betreibt und direkt der türkischen Religionsbehörde untersteht, ausdrücklich die Verschleierung ab Pubertätsbeginn „in Gegenwart von Männern, mit denen sie nicht verwandt seien, und die zu ehelichen ihnen religionsgeschichtlich erlaubt sei.“[1] In den letzten Jahren hat sich DİTİB hierin radikalisiert und engagiert sich mittlerweile gegen das Verbot der Burka. Diese Extremform der Verschleierung, die die islamistischen Taliban afghanischen Frauen aufzwingen, wird zu Recht als Stoffkäfig für Frauen bezeichnet, der sie aus dem öffentlichen Leben und von jeglicher Individualität ausschließt.

Dennoch verbucht der Großteil der Linken die Frauenverschleierung als Zeichen von Individualität, antiwestlicher Subversion oder – wie die queerfeministische Theoretikerin Judith Butler – als Widerstand gegen den Sexismus der westlichen Massenkultur.[2] Verschleierte muslimische Feministinnen wie Linda Sarsour oder Kübra Gümüşay agieren virtuos zwischen der antirassistischen Linken und der Kumpanei mit islamistischen Akteur:innen und zeigen damit, dass ihr feministisches Engagement in erster Linie Empowerment zum Kopftuchtragen bedeutet. Der Zwang

zur Verschleierung, dem weltweit viele Millionen Frauen und Mädchen ausgesetzt sind, spielt in ihrer Argumentation keine Rolle. In ihrem klugen Buch *Emanzipation im Islam* führt Sineb El Masrar an, dass die feministische Debatte auch verschleierte Feministinnen aushalten müsse. Dem stimme ich zu, aber tatsächlich ist mir – im westlichen Kontext – noch keine untergekommen, die die Frauenemanzipation nicht letztlich einem fundamentalistischen Islamverständnis untergeordnet hätte.

El Masrar führt aus, dass der Grat zwischen freiwilliger und aufgezwungener Verhüllung für viele Mädchen und Frauen in westlichen muslimischen Communitys ein schmaler ist. Die Notwendigkeit, sich mit dem Kopftuchtragen zu identifizieren, wächst mit dem virulenter gewordenen antimuslimischen Rassismus. Seit der Rassismus kulturalistisch argumentiert und Frauen mit (vermuteter) Migrationsgeschichte aufgrund ihrer (angeblichen) Zugehörigkeit zum fremden und gefährlichen Islam diskriminiert, ist die selbstbewusste Kennzeichnung als Muslimin die nächstliegende ideologische Zuflucht. Für Linke wird die Verteidigung des Kopftuchs in einem identitätspolitischen Kurzschluss zur antirassistischen Pflicht.

Die Schreckensprojektionen antimuslimischer Rassist:innen bestätigen die machohafte Selbstinszenierung von Islamist:innen, die sich zum großen Gegner des gottlosen kapitalistischen Westens aufspielen. Islamismus und antimuslimischer Rassismus wirken aufeinander als Echokammern des Autoritarismus. Den Preis dafür zahlen in erster Linie Muslim:innen und solche, die dafür gehalten werden: Sie sind den Diskriminierungen, Angriffen und Morden antimuslimischer Rassist:innen ausgesetzt und werden dafür von Islamist:innen als Märtyrer instrumentalisiert.

Als Heldinnen gelten auch Kopftuch tragende Musliminnen, die Rechtsstreite gegen säkulare Bestimmungen führen, häufig unterstützt von den Grünen und der Linkspartei. Beispielsweise wird das Berliner Neutralitätsgesetz, das das Tragen religiöser Symbole im Unterricht oder im Gerichtsdienst verbietet, seit Jahren heftig angegriffen. Es soll der Religionsfreiheit, besonders aber der individuellen Entscheidung überlassen werden, ob eine Lehrerin bei der Berufsausübung ein Kopftuch trägt oder nicht. Übersehen wird dabei, dass das muslimische Kopftuch Deutungshoheit über den moralischen Status *aller* Frauen beansprucht. In der Logik von Islamismus und antimuslimischem Rassismus trifft das zuerst Mädchen aus arabischen, kurdischen oder türkeistämmigen Communitys. Wenn sich – zusätzlich zu Mutter und Nachbarin – auch die Grundschullehrerin mit dem Kopftuch als ehrbare Frau kennzeichnet, haben Schülerinnen, die keines tragen wollen, kaum noch eine Wahl. Von Religionsfreiheit und Selbstbestimmung, mit der die Möglichkeit zum Kopftuchtragen eingefordert wird, kann dann keine Rede mehr sein.

Islamistische Staaten, Organisationen und Initiativen propagieren auch in deutschen Moscheen und deutschsprachigen Internetkanälen das Kopftuch als ersten und sichtbarsten Weg zu weiblicher Tugend. Das zeigen der *World Hijab Day* oder die YouTube-Videos des *Islamischen Zentralrats Schweiz*, in denen junge Frauen – teils mit Hidschab und teils mit Nikab (Gesichtsschleier) und schwarzen Handschuhen bekleidet – erklären, dass eine gute muslimische Frau bloß nicht „aufmüpfig, rebellisch und feministisch“ sein solle.

Wichtig für eine feministische Religionskritik ist, dass keine religiöse Vorschrift ohne gesellschaftspolitischen Kontext zu verstehen ist. Das muslimische Kopftuch ist kein bloßes Accessoire, keine bloße Folklore anatolischer Großmütter und als Zeichen weiblicher Selbstermächtigung höchst widersprüchlich. Seit dem länderübergreifenden Aufstieg des politischen Islam ist es zutiefst verstrickt in islamistische Machtkämpfe. Relativ unabhängig davon, was die einzelne Trägerin damit verbindet, ist es untrennbar verwoben mit Bestrebungen, Frauen Menschen- und staatsbürgerliche Rechte zu verweigern, sie von aktiver politischer und religiöser Partizipation abzuhalten und in den häuslichen Bereich abzudrängen. Gleichzeitig sind die Debatten um Kopftuchverbote – so notwendig, wie sie sind – durchtränkt von antimuslimischem Rassismus und auch von Sexismus. Der Kopftuchgegner an der Tankstelle oder in der Talkshow sieht in der Regel keinen Widerspruch darin, einzuklagen, dass er doch bitteschön das Recht habe, das Haar jedweder Frau betrachten oder ihre Hand zu schütteln – und sich dabei auf weibliche Selbstbestimmung als unveräußerliches Gut unserer Gesellschaft zu beziehen.

4

Anders als linke Islamkritik hat die linke Kritik am Christentum eine lange Tradition, die mit Feuerbach und Marx beginnt. Sie ist auch in kulturalistischen Zeiten möglich, weil das Christentum als Herrschaftserzählung gilt und hierzulande nicht mit einer diskriminierten Minderheit in einen Topf geworfen werden kann. Christliche Fundamentalist:innen selbst sind davon überzeugt, dass das Christentum die rechtmäßige moralische Grundlage des Staats und der Gesellschaft sei.

Darin haben sie nicht ganz Unrecht. Der Säkularismus wird im deutschen Recht nicht konsequent verwirklicht: Die Kirchensteuer, die hauptsächliche Finanzierungsquelle der Kirchen, wird über den Staat eingezogen; die evangelische Kirche ist staatsnah nach Bundesländern organisiert; und staatlich finanzierte Krankenhäuser, Pflege- und Betreuungseinrichtungen werden in der BRD seit 1945 bevorzugt in kirchliche Trägerschaft gegeben. Trotz fortwährender Austritte sichert das den Kirchen in ethischen Debatten wie der um das Recht auf Abtreibung eine wichtige Rolle.

Die Haltung der katholischen Kirche zu Abtreibungen ist nicht in Stein gemeißelt. Abtreibungen wurden erst im 19. Jahrhundert der Schulmedizin und der vorrangig staatlichen Sanktionierung unterstellt: 1871 erschien das Strafgesetzbuch mit dem bis heute bestehenden § 218, der Abtreibung bis zur zwölften Schwangerschaftswoche als rechtswidrig, aber straffrei erklärt. Während einerseits sichere und relativ schonende medizinische Abtreibungsmethoden existieren, steht andererseits ihre Anwendung

am Rand der Kriminalisierung. Das zeigt, dass der deutsche Staat die Kontrolle über die reproduktiven Fähigkeiten von Frauen nicht aus der Hand gibt – obwohl die Kämpfe gegen § 218 und seine ergänzenden Paragrafen bis in die 1920er zurückreichen.

Seit die katholische Kirche die Oberhoheit über die Sanktionierung von Abtreibungen aufgeben musste, hat sie ihre Position dazu verschärft: Hatte sie bis dato die Abtreibung bis zum 40. oder 80. Tag, dem angenommenen Zeitraum der Beseelung, genehmigt, gilt seither der Embryo von der Befruchtung an als potenzielle Katholikenseele, der auch die eigene Mutter nicht im Weg stehen darf. Anders als im Judentum und im Islam rangiert in der katholischen Lehre das Leben der Schwangeren im Zweifelsfall hinter dem des Ungeborenen.[3] Viele evangelische Landeskirchen und Einrichtungen haben im Zuge der 68er feministische und LGBTI-rechtliche Reformbestrebungen hervorgebracht und integriert. Katholische Krankenhäuser und Schulen aber halten daran fest, ein Frauen- und Familienbild zu propagieren, in dem Sexualität ausschließlich auf die heterosexuelle Ehe beschränkt wird und Empfängnisverhütung und Abtreibung verboten sind. Frauen, die anders leben, wird teils die Hilfe verweigert: etwa der Beratungsschein, den man in Deutschland bei einer Abtreibung vorlegen muss, und bis vor einigen Jahren auch die „Pille danach", die eine ungewollte Schwangerschaft verhindert. Unter dem Druck der *Demo für alle* hat das bayerische Kultusministerium 2016 beschlossen, dass im Rahmen von *Aktionstagen für das Leben* Abtreibungsgegner:innen an den Schulen sprechen sollen.

Die *Demo für alle* wird maßgeblich von katholischen Akteurinnen organisiert, die gleichzeitig der Neuen Rechten zuzuordnen sind: der AfD-Abgeordneten Beatrix von Storch, Hedwig von Beverfoerde und Birgit Kelle, die versucht, einen rechten und christlichen Feminismus zu etablieren. Inspiriert von der *Manif pour tous*, die auch in Frankreich Massen auf die Straße brachte, richtet sich die *Demo für alle* gegen die Öffnung der Ehe für Homosexuelle, aber auch gegen Sexualerziehung und das Thematisieren vielfältiger Lebens- und Familienformen. Birgit Kelle ist darüber hinaus Mitorganisatorin des *Marsches für das Leben*, der jährlich in Berlin stattfindet und sich durch weiße Holzkreuze auszeichnet, Kitschbilder von glücklichen Familien und grausige Fotos blutiger Babys, die angeblich abgetrieben wurden. Papst und Bischöfe senden regelmäßig Grußworte.

Die katholische Kirche hat also eine führende Rolle im geschlechterpolitischen Rückschritt der letzten Jahre eingenommen und sich an die Spitze des autoritären Kampfs gegen das Recht auf Abtreibung gesetzt. Kirsten Achtelik, Kritikerin der *Lebensschutz*-Bewegung, spricht von einem „Kulturkampf", der gemeinsam mit Nazis und evangelikalen Bewegungen geführt wird. Ein Schwerpunkt dieses Kampfes liegt auf der gesellschaftlichen Stellung der Frauen. Gemäß katholischer Lehre soll ihre Rolle auf Gebären und Kindererziehung enggeführt werden, möglichst in Verbindung mit einem Dasein als treusorgender Hausfrau. In dieser untergeordneten Position soll auch ihre Sexualität eine passive, im Wortsinn empfangende sein. Innerkirchliche Kritik wie die feministische Initiative *Maria 2.0*, die sich für eine „geschlechtergerechte Kirche" einsetzt, wird weitgehend ignoriert.

Da die katholische Kirche eine weltumspannende Organisation mit dem Machtzentrum Vatikan und einem einzigen geistlichen Oberhaupt ist, darf die Position des Papstes zur Abtreibungsfrage nicht außer Acht gelassen werden. Am 30.12.2020 wurde in Argentinien das Recht auf legale, sichere und kostenfreie Abtreibung beschlossen. Dass die feministische Bewegung dreißig Jahre lang dafür kämpfen musste, lag nicht zuletzt am einflussreichen katholischen Widerstand: Noch am Tag vor der Legalisierung sprach sich Papst Franziskus in einem Tweet, der von der Zartheit und Zerbrechlichkeit des Jesuskindes handelte, dagegen aus. Sein Vorvorgänger Johannes Paul II. hatte Abtreibungen gar mit dem Holocaust gleichgesetzt. Kristina Hänel verbat sich 2020 gerichtlich die Schmähredе vom „Babycaust", die der katholische Abtreibungsgegner Klaus Günter Annen wiederholt gegen sie und andere Abtreibungsärzt:innen erhoben hatte.

Die Welle an Strafverfolgungen gegen Ärzt:innen, die darüber informieren, dass sie Abtreibungen vornehmen, ist sogenannten Lebensschützer:innen wie Annen und Yannic Hendricks zu verdanken. Auf dasselbe Konto gehen Einschüchterungsversuche gegen *Pro Familia*, die – anders als katholische Beratungsstellen – eine entscheidungsoffene Schwangerschaftskonfliktberatung anbieten.

Die Busse mit Anti-Abtreibungs-Kampagnen, die Abtreibungsgegner:innen durch die Städte schicken, rollen auch in Polen. Unter der PiS-Partei arbeiten Staat und Kirche Hand in Hand an der Zurückweisung der westlichen Moderne und restaurieren katholisch und nationalistisch modellierte Geschlechterbilder. Während von der Kanzel und in den staatlich kontrollierten Medien Hasstiraden gegen kinderlose Frauen, Homos und Transleute verkündet werden, hat das polnische Verfassungsgericht im Oktober 2020 ein nahezu vollständiges Abtreibungsverbot erlassen. Der breite feministische und bürgerrechtliche Protest, der den Gesetzesvorschlag seit Jahren begleitete, wurde und wird von der Polizei niedergeknüppelt, einige Aktivist:innen wurden verhaftet – teils mit Mitteln, die einem Rechtstaat Hohn sprechen. Der längst im Autoritarismus angekommene polnische Staat zeigt, wohin der von katholischer Seite mitgeführte Kulturkampf führt.

Wie sein islamistisches Pendant appelliert er an Frauen, sich gegen ihre eigenen staatsbürgerlichen Interessen im Sinn sexueller und reproduktiver Selbstbestimmung zu wenden, und verspricht ihnen dafür eine Art weiblicher Erfüllung in einem über das private Glück hinausgehenden Kollektiv. Weil es männerbündisch organisiert ist, können Frauen in diesem Kollektiv keine gleichberechtigte oder führende Rolle einnehmen. Dennoch scheint es eine autoritäre Versuchung zu sein, sich diesem entmündigenden Frauenbild zu unterwerfen – gerade in Zeiten, in denen das neoliberale Glücksversprechen an Glanz verloren hat, dass jede ihres eigenen Glückes Schmiedin sei. Gleichwohl klingt im Autoritarismus beider religiöser Fundamentalismen die neoliberale Selbstverwirklichung an: Während sich islamistische Aktivistinnen

in einer widerständigen Identitätspolitik inszenieren, die wesentlich übers Kopftuch funktioniert, demonstrieren christliche Fundamentalistinnen, dass sie es ganz ohne Feminismus und als hingebungsvolle Mütter schaffen, sich für die gottgefällige Sache einzusetzen. Ein schillerndes Beispiel bietet die republikanische Politikerin Phyllis Schlafly, die in den 1970ern vehement gegen das *Equal Rights Amendment* kämpfte.[4]

Nicht zuletzt legen die in der religiösen Rechten häufig aufgerufenen Schreckensszenarien vom Aussterben der Weißen offen, dass in der Abtreibungsgegnerschaft auch bevölkerungspolitische Erwägungen eine Rolle spielen: Für Gott und Vaterland sollen weiße Kinder geboren werden. Manche katholischen Würdenträger beteiligen sich am antimuslimischen Rassismus, 2014 predigte Kardinal Meisner einer katholischen Gemeinde: „Ich sage immer, eine Familie von euch ersetzt mir drei muslimische Familien."[5] Weil Muslim:innen in der öffentlichen Debatte, von Institutionen und im Alltag rassistisch diskriminiert werden, wird die islamistische Unterordnung der Frauen durch den Rassismus verstärkt, der von außen auf die Community einwirkt und vom politischen Islam überdies zur Selbstviktimisierung genutzt wird. Diese starke Bindungskraft, die Frauen und Mädchen die Emanzipation von ihren Familien und Communitys zusätzlich erschwert, gibt es in katholischen Gemeinschaften nicht.

5

Einer feministischen Religionskritik muss es also um die historischen, materiellen und ideellen Bedingungen von Religion und ihre Auswirkungen auf Frauen zu tun sein. Das setzt eine Kenntnis der religiösen Institutionen voraus, ihrer Vorschriften, aber auch der jeweiligen Gesetze und der politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse, in denen Religion wirkmächtig wird. Unabdingbar ist weiterhin eine Untersuchung der psychischen Begehrensmuster, auf die religiös begründete Herrschaft zugreifen kann. Jessica Benjamin hat in ihrem bahnbrechenden Werk *Die Fesseln der Liebe* die Lust an der Unterwerfung als psychischen Ausweg des weiblichen Subjekts analysiert, das in einer patriarchalen Welt Anerkennung nur über den Umweg des Mannes erlangen kann.

Das Ziel feministischer Religionskritik kann auf der bürgerlich-soziologischen oder realpolitischen Ebene nur Säkularismus und Selbstbestimmung lauten: die Forderung, dass alle Menschen, vor allem Frauen, Mädchen und LGBTI, frei von den Zumutungen patriarchaler Religionen leben können. Dazu gehört, in die Welt hinauszuschauen und sich klarzumachen, wie viele Frauen unter religiösen Vorzeichen dazu gezwungen werden, ein beschränktes und benachteiligtes Leben zu führen. Feministinnen müssen nach Wegen suchen, der patriarchalen Unterordnung die bewusste Solidarisierung mit anderen Frauen entgegenzusetzen und mit ihnen für weibliche Selbstbestimmung und eine säkulare Gesellschaft einzustehen. Überdies sollte sich die Linke daran erinnern, dass Solidarität mit den Zweiflern und Atheistinnen aller Länder zu ihrem festen Bestand gehört – statt unkritisch fundamentalistische Identitätspolitiken zu unterstützen.

Gleichzeitig muss die Einsicht in den Herrschaftscharakter von Patriarchat und Kapitalismus verhindern, dass der politische Horizont bei Säkularismus und Selbstbestimmung endet. Beide fußen auf der bürgerlichen Gesellschaft und verbleiben in ihren Kategorien. Diese Position – aus der etwa Necla Kelek, Seyran Ateş, Emrah Erken oder die antideutsche Linke die islamistische Frauenverachtung kritisieren – vernachlässigt, dass der Islamismus und sein reaktionäres Geschlechterbild Teil der globalen kapitalistischen Moderne sind. Aus demselben Grund muss das Mittelalter-Argument kritisiert werden, das häufig gegen Kopftuchverteidiger:innen und christliche Abtreibungsgegner:innen gerichtet wird. Gerda Lerner hat gezeigt, dass sich das Patriarchat – obwohl es zahlreiche historische Transformationen durchlaufen hat – immer wieder ähnlicher sexistischer Herrschaftsmechanismen bedient. So wundert es nicht, dass die Kontrolle des weiblichen Körpers und der weiblichen Sexualität fester Bestandteil des gegenwärtigen autoritären Vorstoßes ist.

Der Autoritarismus in allen seinen Formen ist das brandaktuelle Gewand der Reaktion im kapitalismusimmanenten Wechselspiel von Emanzipation und Reaktion. Innerhalb der bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse kann es nur zeitweilig und auf Kosten anderer gewonnen werden. Einer feministischen Kritik, die die Unterordnung *aller* Frauen abschaffen will, muss es daher ganz grundsätzlich um die Umwälzung des kapitalistischen Patriarchats gehen. Dazu bedarf sie eines utopischen oder kommunistischen Begriffs von Emanzipation, der die bürgerliche Emanzipation im Sinne von Säkularismus und weiblicher Selbstbestimmung nicht kleinredet, aber ihren begrenzten Rahmen sprengt.

Mit dem von verschiedenen Seiten angreifenden Autoritarismus ist der Schein längst erreichter Geschlechtergerechtigkeit auch im Westen endgültig verblasst. Es ist an der Zeit, sich dessen bewusst zu werden und sich für kommende feministische Kämpfe zu rüsten.

1 Zit. n. Hasan Taskale, Das Kopftuch sorgt für Ausgrenzung, unter: https://www.gew-nrw.de/meldungen/detail-meldungen/news/das-kopftuch-sorgt-fuer-ausgrenzung.html.

2 Vgl. Marco Ebert, Die „Identifikation mit dem Leiden". Zur Apologie der Gewalt in Judith Butlers Agitation nach dem 11. September 2001, in: Vojin Saša Vukadinović, Freiheit ist keine Metapher. Antisemitismus, Migration, Rassismus, Religionskritik, Berlin 2018, 181.

3 Dirk von Behren, Kurze Geschichte des Paragrafen 218 Strafgesetzbuch, unter: https://www.bpb.de/apuz/290795/kurze-geschichte-des-paragrafen-218-strafgesetzbuch.

4 Vgl. die Miniserie Mrs. America (2020) mit einer fabelhaften Cate Blanchett in der Hauptrolle.

5 Zit. n. Eike Sanders/Kirsten Achtelik/Ulli Jentsch, Kulturkampf und Gewissen. Medizinethische Strategien der „Lebensschutz"-Bewegung, Berlin 2018, 34f.

GESPRÄCH MIT MINA AHADI ÜBER ANTIFEMINISMUS UND DIE ISLAMISCHE REVOLUTION IM IRAN

geführt von der Gruppe
Theorie, Kritik & Aktion | Berlin [TKA]

Mina Ahadi wurde 1956 im Iran geboren, als Studentin beteiligte sie sich an den Protesten gegen den Schah. Nach dessen Sturz und der Machtübernahme durch die IslamistInnen 1979 organisierte sie Protestaktionen und Demonstrationen. Aufgrund ihrer politischen Aktivitäten wurde Mina Ahadi verfolgt und in Abwesenheit zum Tode verurteilt. 1981 flüchtete sie aus Teheran nach iranisch-Kurdistan und zehn Jahre später weiter nach Wien. Dort lebte sie, bis die Geheimdienste des Regimes auf sie aufmerksam wurden.

Seit 1996 lebt Mina Ahadi in Köln und ist seit 2007 die Vorsitzende des Zentralrats der Ex-Muslime. Sie arbeitet seit vielen Jahren mit Frauen- und Menschenrechtsorganisationen weltweit gegen Kopftuchzwang, Steinigung und Todesstrafe. Für diese Broschüre haben wir mit ihr über die Bedeutung von Antifeminismus im Rahmen der islamischen Revolution gesprochen.

Wie hat sich die Situation von Frauen mit der Machtübernahme der IslamistInnen verändert?

Bis jetzt haben Feminist:innen und Intellektuelle weltweit nicht genau verstanden, was im Iran passiert ist, als die IslamistInnen an die Macht kamen. Ich denke, das war ein Angriff gegen alle Frauen weltweit. Ich war damals jung – ich habe Medizin studiert und wollte die Welt erobern [lacht]. Dann habe ich gesehen, dass es eine Regierung gibt, die erklärt, dass Frauen nicht ohne Kopftuch auf die Straße gehen dürfen. Das war ein großer Eingriff gegenüber den Frauen und gegenüber der ganzen Gesellschaft. Das ist ein wichtiger Punkt: Wenn IslamistInnen Macht gewinnen, dann haben wir es mit einem Krieg gegen die ganze Gesellschaft zu tun. Dieser Krieg fängt mit den Frauen an und das Kopftuch ist dabei ein sehr wichtiges Instrument.

Ich nenne das Kopftuch ein schwarzes Tuch, das unsere Rechte, unsere Stimme, unsere Gefühle, unsere Sexualität bedeckt. Das wird auch mit Gewalt durchgesetzt. Wir haben im Iran eine Regierung gesehen, die zuallererst das Kopftuch zum Gesetz gemacht hat. Damals habe ich gesagt, wenn ich dieses schwarze Tuch akzeptiere, dann verliere ich mein Menschsein. Und genau so war es – die Frauen haben alle Rechte verloren. Wir haben natürlich gekämpft, wir waren auf der Straße und ich habe sehr viele Demonstrationen organisiert.

Die Proteste wurden damals durch brutale Repressionen niedergeschlagen, viele der Teilnehmenden verhaftet. Frauen berichteten davon, wie die Sittenpolizei durch die Straßen zog und Frauen den Lippenstift mit Glasscherben von den Lippen kratzte und lose Kopftücher an die Stirn tackerte. Trotz dieser heftigen Repressionen blieb der Widerstand ungebrochen und auch heute protestieren Frauen im Iran gegen ihre Unterdrückung. Wie sieht dieser Widerstand aus?

Der Widerstand hat verschiedene Gesichter. Ein sehr wichtiger Punkt ist dabei der Widerstand gegen den Kopftuchzwang. Wenn du als Frau in dieser Gesellschaft irgendwie atmen oder anders leben möchtest, dann musst du gegen das Kopftuch kämpfen. Ich glaube, das habe viele Feminst:innnen weltweit nicht verstanden. Im Iran ist dieser Kampf gut gelaufen. Frauen haben von Anfang an gegen die ganze Verhüllung durch den Tschador gekämpft, dann haben sie angefangen farbige Kopftücher zu tragen und jetzt tragen einige Frauen gar kein Kopftuch. Es gibt Kampagnen und Bewegungen, in denen die Frauen sich äußern und in Videos erklären, warum sie gegen das Kopftuch sind. Besonders das Internet und die sozialen Medien haben dabei geholfen, dass die Frauen sehr viel erreichen konnten.

Wie der Prostest gegen den Kopftuchzwang aussehen kann, zeigt der Fall Vida Movahed, die 2017 in Teheran an einer viel befahren Straße auf einen Stromkasten stieg und ihr Kopftuch öffentlich ablegte. Sie ist damit zu einem Symbol für den Widerstand im Iran geworden und ihr Bild ging um die ganze Welt.

Bei dem Widerstand gegen den Kopftuchzwang geht es um den Kampf gegen die staatlich verordnete Unterdrückung und Entrechtung von Frauen. Wie zeigt sich diese Unterdrückung noch?

Wenn du als Frau in einer Welt mit islamischen Gesetzen lebst, steht da schwarz auf weiß, dass du dich nicht scheiden lassen darfst, einige Arbeiten nicht machen darfst, dass Sex so halb verboten ist und du nicht einfach so auf die Straße gehen kannst, wie du willst. Man muss immer aufpassen und außereheliche Beziehungen sind sehr gefährlich. Aus meiner Sicht ist das Islamische Regime eine frauenfeindliche und menschenfeindliche Regierung. Wir haben es mit einer Geschlechterapartheid zu tun. Ich weiß nicht, wie es die Frauen im Iran aushalten.

Ein wichtiger Punkt bei der Unterdrückung ist die Sexualität, die Beziehungen zwischen Männern und Frauen und Homosexualität. Das Islamische Regime versucht eine Kultur durchzusetzen, in der man keinen Sex ohne eine Heirat haben darf. Gleichzeitig werden Mädchen ab neun Jahren als erwachsen angesehen und verheiratet. Es geht hier um einen kulturellen Kampf und einen Kampf um Gesetze.

Du hast schon oft beschreiben, dass für Frauen eine selbstbestimmte Sexualität und Ausgestaltung ihrer Beziehungen kaum möglich ist, da ihnen drakonische Strafen drohen.

Mit der Einführung des Kopftuchzwangs hat das Islamische Regime angefangen Frauen zu steinigen. Wir haben daraufhin eine Kampagne gegen Steinigung ins Leben gerufen. 2010 gab es dann eine große weltweite Kampagne, seitdem wurde niemand mehr gesteinigt. Das ist ein Gewinn unseres Kampfes.

Daran zeigt sich, dass wir es mit einer patriarchalen Ideologie zu tun haben, die Frauen ihren Subjektstatus nimmt. Eigene Entscheidungen zu treffen, wie etwa eine Beziehung zu beenden, ist ihnen nicht möglich. Die Bedrohung des eigenen Lebens steht hier immer im Raum.

Diese Ideologie ist für Männer und gegen Frauen – sie ist patriarchal. Wenn eine Person den Islam kennenlernen möchte, kann sie sich den Iran und das Islamische Regime angucken. Ich habe mit vielen Frauen zu tun gehabt, die im Gefängnis sitzen und von der Todesstrafe bedroht sind. Die meisten der Frauen erklären, dass sie sich nicht scheiden lassen durften, dass es keine Frauenhäuser gibt und keine Unterstützung durch die Familie. Das führt in eine dramatische Situation. Einige dieser Frauen haben ihre Ehemänner umgebracht, weil sie es nicht mehr ausgehalten haben. Das ist eine große Sünde im Iran und die Frauen landen im Gefängnis, aber niemand redet darüber, wieso diese Frauen das getan haben und was ihre Gründe sind.

Wir haben es hier mit einem starken Kontrast in der Bewertung von männlicher und weiblicher Sexualität zu tun. Während Männer sexuell aktiv sein dürfen, müssen sich Frauen komplett der islamischen Sexualmoral unterwerfen. Ihre Sexualität soll die männliche Ehre schützen.

Ehre ist ein wichtiger Punkt. Das Regime versucht das Konzept der Ehre zu verteidigen. Es gibt sehr viel Propaganda dafür und auch ein Gesetz. Wenn beispielsweise eine Frau fremdgeht, dann darf der Mann sie umbringen. Vor einiger Zeit hat ein Funktionär des Islamischen Regimes seine eigene Frau umgebracht und alles läuft ganz normal weiter. Es gibt sehr viele Ehrenmorde im Iran, besonders in Kurdistan. Das ist auch eine kulturelle Sache – die Frau ist die Ehre des Mannes. Wir haben es bei der Ehre mit einem politischen Instrument zu tun.

Was sollten Feminist:innen in Deutschland tun, um sich mit den Frauen im Iran zu solidarisieren?

Feminist:innen in Deutschland sind bei diesem Thema sehr passiv. Gerade jetzt sitzen zum Beispiel viele Frauen aus der Arbeiter:innen- und Frauenbewegung im Gefängnis und in der Coronapandemie fehlt es diesen Frauen an medizinischer Hilfe. Die Gefängnisse sollten geschlossen werden. Feminst:innen müssen mehr tun und das Islamische Regime kritisieren. Es gibt Möglichkeiten sich zu äußern, aber es passiert nur wenig. Das ist ein Appell an alle Feminist:innen: Wir kämpfen im Iran gegen eine brutale Regierung, die davon ausgeht, dass Frauen nichts sind und dass man alles mit Frauen machen kann. Das muss aufhören!

Vielen Dank für das Gespräch.

„DIE BEFREIUNG DER FRAU IM IRAN IST IDENTISCH MIT DEM STURZ DES IRANISCHEN REGIMES.“

INTERVIEW MIT FATHIYEH NAGHIBZADEH

geführt von der Emanzipativen & Antifaschistischen Gruppe

Das Iranische Regime ist eine Gefahr, nicht nur für die Iranische Bevölkerung, sondern auch für Menschen in Europa. Das machte die aufgedeckte Anschlagsplanung eines Iranischen Agenten in Belgien, die im letzten Jahr für Aufsehen sorgte, erneut deutlich. Immer wieder sind davon auch Exil-Iraner:innen betroffen, die sich gegen das Regime engagieren. Wir sprachen über diese Themen mit Fathiyeh Naghibzadeh vom Mideast Freedom Forum Berlin.

Immer wieder hört man von Versuchen iranischer Agent:innen, Exil-Oppositionelle mundtot zu machen. Wie schätzt du die Wirkmacht des Regimes in Deutschland ein?

Die Taten der Auslandsagenten der Islamischen Republik sind für alle politisch denkenden Menschen deutlich sichtbar. Sie haben in den 1980er und 1990er Jahren in allen Hauptstädten des iranischen Exils in Europa: London, Paris, Rom, Berlin, Istanbul etc. iranische Menschen ermordet. Anfang Februar 2020 wurde in Belgien ein sogenannter iranischer Diplomat als Terrorist zu zwanzig Jahren Haft verurteilt. 2018 hatte er einen Anschlag auf eine Versammlung des oppositionellen Iranischen Widerstandsrats (NWRI) bei Paris geplant, der nur in letzter Minute verhindert werden konnte. All diese Terrorakte konnten das iranische politische Exil nicht mundtot machen. Unser Problem ist das Schweigen von Politik und Medien in den europäischen Mehrheitsgesellschaften. Man sollte hierzulande aber keine Illusionen über die Folgen haben: wäre die Bombe 2018 explodiert, so wären neben Exiliranern auch europäische Politiker und gänzlich Unbeteiligte verletzt oder getötet worden. Die Europäer müssen die Frage beantworten, ob sie solche Szenarien dulden wollen.

Die Entwicklungen in Syrien haben neue Frontlinien aufgemacht. Der Iran bot sich als Stabilitätsfaktor gegen den IS an und erweiterte so seinen außenpolitischen Spielraum deutlich. Welche Folgen hat diese Expansion für die Region?

Dass die Islamische Republik irgendwie nützlich gegen Islamisten sein könnte, ist eine Behauptung der Regimelobby. Khamenei verkündet dagegen wahrheitsgemäß, dass sein Regime bei der Terrorunterstützung gegen Israel und den Westen keinen Unterschied zwischen Sunniten und Schiiten macht. Die Islamische Republik unterstützt nicht nur offen Hamas und den Islamischen Jihad in Gaza, sie beherbergt auch Al Qaida-Terroristen. Natürlich gibt es Konkurrenz zu Organisationen wie dem Islamischen Staat, aber diese ist nicht der Grund für die Machtausweitung der iranischen Islamisten. Weniger die Stärke der Islamischen Republik, als die Inkonsequenz und politische Spaltung der Nichtislamisten ist der Grund für die Expansion des Regimes. Zumindest in einigen Nachbarstaaten des Iran gibt es einige hoffnungsvolle Anzeichen, dass sich das ändert.

Parallel gab es in den vergangenen Jahren in immer kürzeren Abständen landesweite Proteste gegen das Mullah-Regime. Wir erleben gerade die daraus folgende Repression. Was denkst du, woran liegt es, dass trotz der fast täglichen Exekutionen kein weltweiter Aufschrei ertönt?

In der Tat sind die Abstände zwischen den Massendemonstrationen im Iran in den letzten Jahren immer kürzer geworden und sie werden nach der Zwangspause durch Covid-19 sicherlich weitergehen.

Ich weiß wirklich nicht, warum es in Deutschland keine Aufmerksamkeit für die dramatischen Ereignisse im Iran gibt, obwohl man doch immer behauptet, die große iranische Kultur zu lieben. Aber man kann unter den etablierten Parteien kaum jemanden finden, der gegen die Zerstörer von allem redet, was an der iranischen Geschichte und Kultur liebenswert ist. Als der AfD-Bundestagsabgeordnete Petr Bystron 2019/2020 gegen den Terror des iranischen Regimes sprach, trat plötzlich Omid Nouripour mit einer persischsprachigen Rede auf, um die Exiliraner vor Sympathien für die AfD zu warnen. Dass Bystrons Reden bei Iranern, die nach jedem Strohhalm greifen müssen, Aufmerksamkeit erweckte, ist nicht ihre Schuld. Es ist die Schande der Politiker der etablierten demokratischen Parteien, die Sätze wie Nouripour von sich geben, der den Mord an 1500 Iranern im November 2019 mit der Bemerkung quittierte, jeder Staat habe „die Pflicht, für Ordnung zu sorgen".

Frauen spielten bei den letzten Protesten eine maßgebliche Rolle. Du beschreibst, dass der Kopftuchzwang und die damit verbundene ideologische Aufladung dieses Kleidungsstücks ein zentrales Element des Machterhalts des Mullah-Regimes ist. Denkst du daraus ableitend auch, dass eine starke feministische Bewegung der Sargnagel der derzeitigen Machthaber werden könnte?

Ich habe immer wieder beschrieben, dass das Zwangskopftuch das zentrale Herrschaftselement des religiösen Faschismus im Iran ist. Die Frau wird dadurch einerseits sakralisiert und zum Ausgangspunkt der islamischen Gesellschaft gemacht; andererseits steht sie unter dem permanenten Generalverdacht, ihre Aufgabe als Reproduzentin der islamischen Normen und Werte nicht zu erfüllen. Sie ist Heilige und potentiell gefährlichster Staatsfeind zugleich. Aufgrund dieses Generalverdachts muss der islamische Staat andauernd die Aufrechterhaltung der islamischen Ordnung überwachen.

Wenn die Ministerinnen der sogenannten ersten feministischen Regierung aus Schweden mit Kopftuch vor den Mullahs paradieren, dann fällt es schwer, an eine globale feministische Solidarität zu glauben. Weil diese Geste kein naiver Ausrutscher ist, sondern eine bewusste Unterstützung für die Unterdrückung der iranischen Frauen.

Was auch immer sich westliche Kulturrelativistinnen bei ihrer Unterstützung für das weltweit brutalste Regime der Frauenunterdrückung denken - für die iranischen Frauen ist klar, dass es unter dem System der Islamischen Republik keine Frauenbewegung als separates Feld der Politik geben kann. Die Befreiung der Frau im Iran ist vielmehr identisch mit dem Sturz des iranischen Regimes.

Wie können, über die Proteste gegen den Al Quds-Marsch hinaus, antifaschistische Linke wirksam gegen islamistische Akteur:innen vorgehen?

Der Widerstand gegen den Al Quds-Tag kann in seiner Bedeutung kaum überschätzt werden. Ist doch der Antisemitismus neben der Frauenunterdrückung das zweite ideologische Standbein und Herrschaftsinstrument der Islamischen Republik, die ihre Gegner als ‚Zionisten' brandmarkt.

Wichtig für den Kampf der Menschen im Iran ist es, dass ihre Unterstützer im Westen von ihren eigenen Regierungen konsequent fordern, nicht zu einer Politik der faulen Deals mit dem Regime zurückzukehren. Stattdessen müssen Hisbollah und iranische Revolutionsgarden europaweit auf die Terrorliste gesetzt und iranische Botschaften und sogenannte Kultureinrichtungen wie das ‚Islamische Zentrum Hamburg' geschlossen werden.

Die Herrschaft der friedens- und reformunfähigen Islamischen Republik muss beendet werden, das ist die Forderung der Mehrheit der Menschen im Iran und in der Region. Und dieser Wunsch sollte von allen unterstützt werden, die ein Interesse an Emanzipation und gesellschaftlichem Fortschritt haben.

Vielen Dank für das Gespräch.

INTERVIEW MIT DRIFT – FEMINIST ALLIANCE FOR COMMUNISM

ZU FEMINISTISCHER KRITIK AM AL QUDS-TAG

geführt von der Gruppe Theorie, Kritik & Aktion | Berlin [TKA]

Das überregionale Bündnis *drift – feminist alliance for communism* arbeitet zu radikaler, feministischer Gesellschaftskritik. Der Fokus liegt auf dem Erstarken von Islamismus und Nationalismus – beides patriarchale Vergemeinschaftungsideologien.

Anschließend an bisherige Veröffentlichungen hat die Gruppe Theorie, Kritik & Aktion | Berlin [TKA] ein Interview mit dem Bündnis zu feministischer Kritik am Al Quds-Tag geführt.

Ihr geht von einem Erstarken von Nationalismus und Islamismus aus – woran macht ihr das heutzutage fest?

Nationalismus und Islamismus sind zwei Bewegungen, die einfache Erklärungsmuster für die Komplexität der modernen Welt anbieten. Hierin eint sie ihr antimoderner Kern: zurück zu einem idealisierten und imaginierten „Früher“ zu wollen und diesen Zustand wenn nötig auch gewaltsam umzusetzen.

Dabei wollen wir die Unterschiede zwischen den beiden nicht verschleiern, sondern sie in unserer Beschäftigung mit ihnen herausarbeiten. Natürlich sind die Gesellschaftsordnungen, die IslamistInnen und die völkische Rechte anstreben, grob unterschiedlich. Auch die Identitäten der Personen, die sie mobilisieren sind unterschiedlich. Spannend sind aber die sozialen Gemeinsamkeiten und die psychische Konstituierung der Individuen, zum Beispiel abgehängte, junge Männer, denen ein Identifikations- und damit Identitätsangebot gemacht wird.

Beide Bewegungen finden also von ganz unterschiedlicher Seite reaktionäre Antworten auf die gleichen Fragen, die die dauerhafte Krise von Kapitalismus und den damit einhergehenden Gesellschaftsformen ihnen stellen. Am Ende landen sie in der gleichen patriarchalen Brutalität.

Und beide Bewegungen haben mit ihren Strategien Erfolg. Das zeigt sich bei diversen neuen Institutionen wie dem Heimatministerium und dem Berliner Institut für Islamische Theologie, in dem Vertreter des iranischen Regimes in den Beirat berufen wurden. Aber auch auf der Straße zeigt sich eine Entwicklung. In vielen Gegenden treten FaschistInnen, beflügelt von den Erfolgen der AfD wieder offener auf und islamistische Organisationen rekrutieren gezielt unter Jugendlichen – und haben oft genug Erfolg. Ein konsequenter Widerspruch bleibt zu häufig aus, auch weil die Ideen der beiden Bewegungen im öffentlichen Diskurs und von staatlicher Seite regelmäßig verharmlost werden.

Für wen sind IslamistInnen anschlussfähig bzw. wieso haben sie so einen starken Zulauf?

Beide Bewegungen bekommen Zulauf von den Menschen, die durch einen erodierenden Sozialstaat und zunehmende Brutalisierung des Kapitalismus Stabilität und Anschluss suchen. Beide Bewegungen nutzen Alternativlosigkeit oder Not, um Menschen für sich zu gewinnen. Bei IslamistInnen kommt hinzu, dass sie rassistische Ausschlüsse und feindliche Außenwelten auf perfide Weise für sich zu nutzen wissen.

Inwiefern geht es beim Al Quds-Marsch um mehr als die Eroberung Jerusalems?

Beim Al Quds-Tag fällt oft die Behauptung, dass ein Sieg gegen Israel ein Sieg aller Unterdrückten der Welt wäre. Dieser Satz ist eingebettet in die Vorstellung, dass Jüdinnen:Juden die Schuldigen an allen Übeln dieser Welt seien und eine Vernichtung jüdischen Lebens somit die Befreiung der Menschheit zur Folge hätte. Hier zeigt sich, dass es nicht bloß um einen geopolitischen Konflikt geht, sondern eine mörderische Vernichtungspolitik angestrebt wird.

Ihr habt 2020 einen Doppelaufruf geschrieben, um den Widerstand gegen den Al Quds-Marsch und die Kämpfe gegen den Marsch der Fundamentalist:innen in Annaberg Buchholz zu unterstützen. Ihr schreibt darin, dass die islamistische Bewegung um den Al Quds-Marsch sich kapitalismuskritisch gibt – könnt ihr das näher ausführen?

Beide Bewegungen kritisieren Ungerechtigkeiten, die der Kapitalismus mit sich bringt. Anstatt aber tatsächlich den Kapitalismus in die Kritik zu nehmen, beklagen sie nur eine vermeintliche moralische Verkommenheit und sehnen sich zurück in ein reineres und klareres „Früher“, in dem alle ihren festen Platz kennen.

Die Erkenntnis, dass die bestehenden Verhältnisse für die meisten Menschen ungenügend sind, führt in beiden Bewegungen zu einer Suche nach einer fest definierten Gruppe von Schuldigen, die an den Pranger gestellt werden muss, um das Übel auszurotten.

Wann kann dagegen Kapitalismuskritik als feministisch bezeichnet werden?

Als Kommunist:innen und Feminist:innen wollen wir eine Gesellschaft, in der die Ausbeutung und Erniedrigung von Menschen für Kapitalinteressen oder gesellschaftliche Macht zum Ende kommt. Eine Gesellschaft, in der Fortschritt den Menschen dient und nicht umgekehrt. In der niemand gezwungen ist, ihre:seine Arbeitskraft zu verkaufen oder unentlohnt zu Hause zu schuften. Diese Gesellschaft wäre eine, in der Menschen keine Religion mehr bräuchten, weil die Notwendigkeit auf ein besseres Leben zu hoffen, um morgens aus dem Bett zu kommen, nicht mehr besteht. Dies wäre eine Gesellschaft, in der Geschlecht nicht mehr mit Zuschreibungen verknüpft ist und somit kein reproduktives Organ den Verlauf eines gesamten Lebens bestimmen kann.

Welche Geschlechterrollen und Frauenbilder werden in der islamistischen Ideologie reproduziert?

Die islamistische Ideologie sieht eine klare gesellschaftliche Rollenverteilung vor, die aus einer vermeintlich gottgewollten Ordnung abgeleitet wird. Die Frau soll passive Trägerin von Fürsorge und Reproduktion sein und der Mann aktiver Beschützer und Versorger. Eine freie Wahl von Lebensentwürfen ist hier nicht vorgesehen. Insbesondere die Sexualität von Frauen wird als potenzielle Gefahr gesehen. Um sie zu bannen und die Ehre der Männer zu schützen, soll die Frau nur verschleiert in der Öffentlichkeit auftreten und Verstöße gegen die rigide Sexualmoral, insbesondere Homosexualität und Promiskuität werden mit rigiden Strafen, bis hin zum Mord, verfolgt.

Warum denkt ihr, sollte das in feministischen Kreisen mehr Beachtung finden?

Islamismus ist für unzählige Frauen, Transpersonen und alle, die nicht in die engen Grenzen dieses Weltbildes passen, eine reale und brutale Bedrohung. Das reicht vom Iran, wo Frauen einer Zwangsverschleierung unterworfen sind und Homosexuelle mit der Todesstrafe bedroht werden, bis nach Deutschland, wo erst vor wenigen Monaten in Dresden Thomas L. von homofeindlichen Islamisten ermordet wurde. Wir wollen dazu nicht schweigen, sondern eine laute und praktische Solidarität üben. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen ohne Angst verschieden sein können. Der Islamismus ist ein Gegner dieses Ziels und sollte daher von allen Menschen bekämpft werden, die für eine befreite Gesellschaft einstehen!

Vielen Dank für das Gespräch.

„KEIN FRIEDE MIT DEUTSCH-LAND!“

Über Antisemitismus in der BRD

FALSCHE SOLIDARITÄT – DAS VERHÄLTNIS DER NEUEN RECHTEN ZU ISRAEL UND ANTISEMITISMUS

von Philipp Gede

Der Anblick von Israel-Flaggen auf Demonstrationen der Neuen Rechten, wie beispielsweise den PEGIDA-Demonstrationen und ihren Ablegern, verwirrt auf den ersten Blick, nimmt man korrekterweise an, dass es sich bei den Teilnehmer*innen um radikale Rechte handelt. Der vermeintliche Widerspruch des Tragens der Flagge des jüdischen Staates und des Antisemitismus von Nazis und ihren Gesinnungsgenoss*innen ist jedoch eben nur ein vermeintlicher, wie ich im Folgenden zu erläutern versuche.

Zunächst muss eine kurze, klärende Differenzierung zwischen der sogenannten Neuen und Alten Rechten vorgenommen werden. Die Alte Rechte ist diejenige rechte Strömung, die sich in Deutschland in nahezu direktem historischen und ideologischen Bezug auf den Nationalsozialismus bildete. Zuzuordnen sind ihr Parteien, wie die 1949 gegründete Sozialis*tische Reichspartei Deutschlands* (SRPD), die zahllosen ex-NSDAP-Funktionäre bis zu ihrem Verbot 1952 eine neue politische Heimat bot, oder die 1964 gegründete und bis heute existierende *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD). Auch lose Gruppierungen wie die Kameradschaften der 1990er Jahre zählen ebenso zur Alten Rechten wie Verbände wie die *Heimattreue Deutsche Jugend* (HDJ). Ihnen allen ist zumeist ein positiv-affirmativer Bezug auf den Nationalsozialismus gemein. Dieser Bezug äußert sich in Ideologie, Rhetorik, Ästhetik und politischem Vorgehen. Die Neue Rechte, wobei das Attribut „neu“ in erster Linie einen qualitativen Unterschied meint und nur zweitrangig auf ihre historische Neuartigkeit verweist, vermeidet diese offensichtlichen Bezüge vehement. Ihr Entstehen lässt sich auf die 1970er Jahre datieren. Zu dieser Zeit entwickelte ihr Vorreiter und zentraler Theoretiker Alain de Benoit die Theorie einer „Nouvelle Droit“ – einer „Neuen Rechten“. De Benoit sah es als seine Aufgabe an, in Reaktion auf die linke 68er-Bewegung und ihre Erfolge, ein „68 von rechts“ zu erschaffen. Hierzu versuchte De Benoit die Hegemonietheorie des italienischen Marxisten Antonio Gramsci für seine Zwecke zu entfremden. Er sah die Übernahme des vorpolitischen Raums, d. h. der kulturellen und privaten gesellschaftlichen Sphären, als Aufgabe der Rechten an.[1] Als erstes neurechtes Projekt abseits des akademischen Feldes lässt sich die Génération Identitaire in Frankreich betrachten, die der Identitären Bewegung in Deutschland und Österreich als Vorbild fungierte.[2] Um Erfolge im vorpolitischen Raum zu erzielen, sucht die Neue Rechte, wie bereits erwähnt, die Distanz zu den klassischen Ideologien der traditionellen Rechten wie dem Nationalsozialismus, wobei sie diese jedoch lediglich verschleiert. Ein Beispiel: Den Vorwurf des Rassismus weisen Vertreter*innen der Neuen Rechten mit aller Kraft von sich, tatsächlich finden sich rassistische Ressentiments, die auf angenommener biologischer Minderwertigkeit anderer Menschen beruht, eher selten. Die Neue Rechte verfolgt einen „Ethnopluralismus“, welchen sie auch offen propagiert. Dieses Ideologem nimmt eine grundlegende Gleichheit aller, nicht näher definierten, allerdings im Narrativ völkisch anklingenden, „Kulturen“ an, was Neurechte auch nie müde werden zu betonen. Allerdings gilt diese vorgebliche Akzeptanz gegenüber anderen Kulturen nur bedingt; und zwar solange, wie die Angehörigen der „Kulturen“ an ihrem angestammten Platz, ihrem „Kulturraum“, verbleiben. Im ethnopluralistischen Denken werden „Kulturen“ als homogene, letzten Endes völkische, Gruppen gedacht, die sich lediglich an einem spezifischen geographischen Ort entfalten können, die Vermischung von Kulturen bedeutete den Untergang der jeweiligen Kulturen. (Ein zentrales Argument der Verschwörungsideologie des „Großen Austauschs“, auf den ich noch zu sprechen kommen werde) Trotz aller Bemühungen Begriffe wie „Rasse“ zu vermeiden, entpuppt sich der Ethnopluralismus der Neuen Rechten schnell als eine bloß modernisierte völkische „Blut und Boden“-Ideologie, hübsch in neues Vokabular gekleidet.[3] Und so wie sich die Neue Rechte den Vorwurf des Rassismus versucht vom Leibe zu halten, so versucht sie es ebenfalls mit dem des Antisemitismus - wohingegen die Alte Recht beinahe stolz zu ihrem Hass auf Jüdinnen*Juden steht, wie das Wahlplakat der Nazi-Partei *Die Rechte* während der Europawahl 2019 zeigte: das Plakat trug die Aufschrift „Zionismus stoppen: Israel ist unser Unglück“[4], wobei letzterer Satz eine offensichtliche Anspielung auf die Aussage Heinrich von Treitschkes, „Die Juden sind unser Unglück“, welche später zur Parole der nationalsozialistischen Zeitung *Der Stürmer* wurde.

Die oben genannte Einschreibung der Zugehörigkeit von Individuen zu einem völkisch gedachten Kollektiv an einem angestammten geographischen Ort bringt mich zum ersten Punkt der eingangs aufgestellten These, dass das Zeigen der israelischen Nationalflagge nicht im Widerspruch zum Antisemitismus im neurechten Milieu steht. Konkret handelt es sich um die Überhöhung der imaginierten Eigengruppe, in der deutschen Spielart dem Volk, gegenüber den Fremdgruppen und der angeblichen „Heimat“ dieser Gruppe, bei welcher es sich um die Nation handelt. Zu dieser typischen Liebe zum ahistorisch als ewigbestehend vorgestellten Produkt der Moderne, bekennt sich auch die Neue Rechte offen und gerne. Das „Vaterland“, die „Heimat“, die Nation eben, sei zu beschützen, gehöre zur heiligen „Kultur“, ginge sie verloren, so gingen es auch ihr Volk - stets Kollektiv und nie Individuen - und dies gelte es zu verhindern. Und eine solche Nation ist nun mal auch der jüdische Staat Israel und so nimmt ihn die Neue Rechte war - um ihn zu instrumentalisieren: bekannt ist das Narrativ der Bedrohung „westlicher Kultur“ oder des „Abendlandes“ durch „den Islam“ und Muslime. Die Gefahr, die von der mörderischen islamistischen Ideologie - weder jeder muslimischen Person eigen, noch aber von einer logischen Verbindung zur Religion

Islam loszulösen – soll nicht außer Acht gelassen werden, wenn hier gesagt wird, dass die „Sorge“ der Neuen Rechten nur vorgeschoben ist – hierzu später mehr. An dieser Stelle kommt Israel als Nation ins Spiel: Seit seiner Gründung 1949 wird Israel wiederholt in seiner Existenz durch seine arabischen Nachbarstaaten bedroht. Die Islamische Republik Iran hat sich die Vernichtung Israels – und seiner jüdischen Bürger*innen – ebenso auf die Fahne geschrieben wie die islamistisch-palästinensische Terrororganisation Hamas. Diese existenziellen Bedrohungen jüdischen Lebens sind der Neuen Rechten jedoch herzlich egal. Israel ist für sie nur nützlich, um die Nation als Bollwerk gegen „die Islamisierung“ zu imaginieren. Die israelische Flagge fungiert für die Neue Rechte als Symbol einer Nation, welche sie als Konstrukt an sich verehrt und überhöht und das sie für ihr Freund-Feind-Denken in Szene setzt, bei welchem die Eigengruppe oder das Volk als im Kampf gegen die durch Migration drohende „Islamisierung“ fantasiert wird.

Ferner hat vermeintliche Solidarität mit Israel, die, wie gezeigt, rein instrumenteller Natur ist und nichts mit der Erkenntnis der Notwendigkeit eines jüdischen Staates als Schutzraum für Jüdinnen*Juden vor weltweit grassierendem Antisemitismus zu tun hat, einen weiteren ganz pragmatischen Vorteil für die Neue Rechte. Die Abgrenzung zur Alten Rechten und den mit ihr verbundenen Ideologien geschieht bewusst und taktisch. Mit ihrer leeren Solidarität kann die Neue Rechte den Vorwurf des Antisemitismus zunächst leicht von sich weisen und sich in weitere Distanz zu offen antisemitischen Neonazis rücken. Nichts weiter als ein Feigenblatt, wie sich zeigen wird.

Denn auch die Neue Rechte kommt ohne Antisemitismus nicht aus, für ihr Denken ist er ebenso konstitutiv wie für andere rechte Strömungen. Ein Blick auf ihre geistigen Väter legt diese Vermutung bereits nahe. So war Carl Schmitt, bei dem die Neue Rechte das Konzept des Politischen als Freund-Feind-Schema entlehnt und der ein wichtiger Stichwortgeber für Alain de Benoit war, eindeutiger Antisemit und zunächst überzeugter Unterstützer der NSDAP. Die Liste lässt sich über Ernst Jünger, Oswald Spengler, Armin Mohler und andere fortsetzen, deren Denken und Schreiben klar antisemitisch war. Aber auch jenseits historischer, ideologischer Verweise fallen Akteur*innen der Neuen Rechten durch ihren Antisemitismus auf: Auf einer von Götz Kubitschek, neurechter Intellektueller und Verleger, organisierten Tagung im Oktober 2012, dem „zwischentag [sic]“, versammelte sich das Who is Who der deutschsprachigen Neuen Rechten.[5]

Im Rahmen der Tagung kam es zu einer Podiumsdiskussion zwischen den Autoren Karl-Heinz Weißmann und Michael Stürzenberger. Ersterer schreibt regelmäßig für die neurechte Wochenzeitung *Junge Freiheit* sowie Kubitscheks verlagseigene Zeitschrift Sezession, bei letzterem handelt es sich um einen Autoren des radikal-rechten Blogs *Politically Incorrect*. Sie diskutierten die Frage „Ist der Islam unser Feind?“ Während Stürzenberger die Frage klar bejahte, in pöbelnd-populistischer Manier den Islam als Hauptfeind der Neuen Rechten identifizierte, sah Weißmann von einer klaren Feindbestimmung ab. In intellektuellem Gestus bekundete er: „Ich habe überhaupt kein Bedürfnis, Menschen anderer Kultur von irgendwas [dem Islam] zu befreien - und in gar keinem Fall möchte ich das im Namen einer von mir als tief dekadent empfundenen Zivilisationsform.“ Weißmann spricht hier an, was sich in den intellektuellen Diskursen der Neuen Rechten wiederholt findet und weit mehr ihr Feindmotiv zu sein scheint: Dekadenz.

Die „als dekadent [empfundene] Zivilisationsform“[6] ist nach neurechter Auffassung eine verweichlichte und verweiblichte. Auch Misogynie spielt eine konstitutive Rolle im Denken der Neuen Rechten und ist von ihrem Hass auf Jüdinnen*Juden und das Jüdische nicht loszulösen. Die bereits erwähnte Verschwörungsideologie des „Großen Austauschs“, die der Neuen Rechten eine dauerhafte Bedrohung ist, soll dies verdeutlichen. Sowohl im Pamphlet des Attentäters von Christchurch, das den Namen „The Great Exchange“ trägt, als auch in Äußerungen des Attentäters von Halle wird der Antisemitismus, der der Verschwörungsideologie zugrunde liegt, deutlich. Imaginiert wird der Austausch der „heimischen“, immer weißen, Bevölkerung durch Migrant*innen. Die Migrationsbewegungen, die dazu führen, werden jedoch als gesteuert, orchestriert und mit einer klaren Absicht verbunden gedacht – das Geraune von finsteren Mächten begleitet den „Großen Austausch“ auf Schritt und Tritt. Pointiert gefasst lautet die Verschwörungsideologie wie folgt: Der Feminismus sorge für sinkende Geburtenraten, die Fremden kämen, um die Eigengruppe zu ersetzen und Schuld an allem sei, wie sollte es auch anders sein, der Jude. Fast genauso lautete eine Aussage des Attentäters von Halle. Die „Überfremdung“ ist in diesem Falle lediglich das Resultat der Dekadenz und Frauen, Homosexuelle oder Transpersonen ihre Träger*innen. Die Wurzel dessen sind jedoch die Jüdinnen*Juden. Diese zutiefst im Antisemitismus verwurzelte Wahrnehmung der Welt findet sich in ähnlicher Form bei Martin Lichtmesz, ebenfalls Autor des intellektuellen Theorieblatts der Neuen Rechten, der *Sezession*.

„Die ‚Islamisierung' ist nur die Sekundärinfektion eines Systems, das seine eigenen Grundlagen aushöhlt und zerstört. Berauscht vom Luxus seiner utopischen Ziele hat es vergessen, […] daß die Daueremanzipation transzendenzloser Individuen nur geschichts- und gesichtslose Konsumamerikanoiden erzeugt. Und nicht anders ist es von jenen gewünscht, die heute die Regierungen der Welt kontrollieren und vor sich hertreiben.",[7]

schrieb Lichtmesz in der Sezession und verlinkte ein YouTube-Video mit dem Titel „Goldman Sachs rules the world". Wo es eine „Sekundärinfektion" gibt, muss es eine Primärinfektion geben, welche Lichtmesz zwischen den Zeilen klar benennt. Das Bild der geheimen Elite des Finanzkapitals, die die Welt beherrschen, ist altbekannt und ganz klar antisemitisch, das weiß, davon ist auszugehen, auch Martin Lichtmesz.

Ähnliche Töne stimmen auch Politiker*innen der *Alternative für Deutschland* (AfD) an. Wenn Björn Höcke davon spricht, Deutschland und Europa hätten „ihre Männlichkeit verloren" und müssten diese wiedererlangen, um „wehrhaft" zu werden, tritt das antisemitische Motiv der dekadenten, d.h. verweiblichten, Gesellschaft auch hier auf. Die Existenz der parteiinternen Gruppe „Juden in der AfD" erweist sich sowohl in Angesicht der oben genannten und weiterer völkisch-antisemitischer Äußerungen Höckes als alles andere als ein Bekenntnis der Partei gegen Antisemitismus; aber auch Parteikamerad*innen fallen als Antisemit*innen auf. So zum Beispiel Wolfgang Gedeon, der in einem 2012 erschienen Buch Holocaustleugner*innen in Schutz nimmt, oder gar offen antisemitische Verschwörungsideologien vertritt.

Der eingangs erwähnte Widerspruch zwischen dem Schwenken einer Israelflagge und dem antisemitischem Ressentiment, das der Neuen Rechten immanent ist, ist eben keiner, wie ich darzustellen versucht habe. Auf der einen Seite dient Israel der Neuen Rechten nur als Nation, deren einzige Funktionen die des Instruments und des Feigenblatts sind, auf der anderen Seite steht der Antisemitismus, der ihrem Denken so tief eingeschrieben ist. Natürlich gibt es auch innerhalb der Neuen Rechten Ausnahmen, auch unter ihren Akteur*innen finden sich offene Holocaustleugner*innen, selbsternannte „Israelkritiker*innen" und andere Antisemit*innen. Doch auch jene, die nicht so auftreten und auf Demonstrationen mit der Nationalfahne Israels aufkreuzen, bleiben Antisemit_innen. Ihre vermeintliche Solidarität ist keine und der Kampf gegen den Antisemitismus gilt auch ihnen.

1 Strobl, et al. 2016: „Die Identitäten. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa", 27ff.

2 ebd., 72

3 ebd., 208ff.

4 Hessische/Niedersächsische Allgemeine 2019: https://www.hna.de/kassel/israel-unser-ungluecksvogel-wahlplakate-anti-israel-slogan-ngz-12284359.html

5 Volker Weiß 2017: „Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes", 15f.

6 zit. nach ebd., 18

7 Lichtmesz 2012: „Weißmann, Stürzenberger und das Elend der Islamkritik, https://sezession.de/ 34132/ weismann-sturzenberger-und-das-elend-der-islamkritik

„... NOCH DAZU ES EBEN – DAS MUSS MAN IMMER WIEDER BETONEN – KEIN HALLESCHER BÜRGER GEWESEN IST, DER HIER DEN ANSCHLAG AUSGEÜBT HAT...“

von Hermine Schubert

Zu den antisemitischen Kontinuitäten in Halle

„Nach Halle“, „trotz Halle“, „wegen Halle“ – seit inzwischen mehr als einem Jahr ist die Stadt Halle an der Saale zu einem Begriff geworden. Und das nicht etwa wegen der Händelfestspiele oder der schönen Peißnitzinsel, sondern wegen eines rechten Terroranschlags. Allzu folgerichtig also, dass sich die Stadt- und Landespolitik schnell um Schadensbegrenzung für das Image der Stadt bemühte. So dauerte es keine zwei Wochen, dass Halle durch das Stadtmarketing, die Lokalzeitung und den MDR sein inhaltsleereres Pendant zum musikalischen Ablassbrief „Wir sind mehr“ in Chemnitz bekam. Unter dem Motto #hallezusammen fanden sich um die 15.000 Menschen zehn Tage nach dem Anschlag – zu Beginn des Schabbats – auf dem halleschen Marktplatz für ein sechsstündiges Konzert ein. Die Veranstaltung sollte „ein Zeichen“ sein, so wurde immer wieder betont – wofür oder wogegen, das schien variabel zu sein. „Viele der Hallenser freuen sich, dass die Stadt ihre schöne Seite präsentieren kann. Die Zuschauer wollen Flagge zeigen und sind begeistert, dass so viele Stars gekommen sind, um ihre Stadt zu unterstützen“[1], so fasst der MDR seine Publikumsbefragungen vor Ort zusammen. Eine spektakelgewordene Imagepolitur mitten im Wahlkampf um den Posten des*der Oberbürgermeister*in, bei der die gebeutelte Mehrheitsgesellschaft wieder zueinander- und die Selbstvergewisserung finden konnte, dass Halle doch eine „wunderschöne und weltoffene Stadt“ ist, in der man „wahnsinnig gerne“ lebt. Die Stadtöffentlichkeit bemühte sich tunlichst, neben Betroffenheit auch zu vermitteln, dass Halle am 9. Oktober 2019 das erste Mal mit menschenverachtenden Ideologien wie Sozialchauvinismus, Misogynie, Rassismus und der antisemitischen Fantasie einer alles umfassenden jüdischen Weltverschwörung in Berührung gekommen sei.

Der vorliegende Beitrag wagt den Versuch, dieses Bemühen exemplarisch zu kontrastieren. Hierfür soll, um den Umfang des Artikels nicht zu sprengen, erst im Frühjahr 2014 angesetzt werden. Am 28. April 2014 fand nach ähnlichen sogenannten „Montagsdemos für den Frieden“ in ganz Deutschland die erste derartige Kundgebung in Halle statt. Zunächst lag der Fokus auf der damaligen Krise in der Ukraine, allerdings waren die Teilnehmenden von Beginn an eine Mischung aus Friedensbewegten, Antizionist*innen, Reichsbürger*innen, Esoteriker*innen, Chemtrail-Gläubigen, handfesten Nazis und Verschwörungsideolog*innen. So ergab es sich auch folgerichtig, dass die gehaltenen Redebeiträge von Anfang an mehr oder minder offenen Antisemitismus vorwiesen.[2] Die Schwerpunktsetzung der Kundgebungen zeigte sich äußerst flexibel: von der Krim und Antiamerikanismus ging sie zur Empörung über die Reaktion Israels auf den Raketenbeschuss aus Gaza 2014 über, ab 2015 waren auch bei der halleschen Montagsdemo rassistische Äußerungen gegenüber Flüchtlingen hoch im Kurs und 2020 schlossen sich Verschwörungserzählungen rund um Corona an. All dem lag immer mindestens ein Geraune darüber zugrunde, dass diese Ereignisse von einer „geheimen Elite“ gesteuert seien.

Halles Oberbürgermeister Bernd Wiegand nahm die ersten Montagsdemos zum Anlass, eine Stunde vor deren Beginn einige Wochen lang eine „Speakers Corner“ nach Londoner Vorbild zu initiieren, um es „mutigen Hallenserinnen und Hallensern“ zu ermöglichen, „zu einem Thema fünf Minuten zu sprechen“.[3] Als wäre die Tatsache, dass sich Woche um Woche Verschwörungsideolog*innen an dem zentralsten Ort der Stadt treffen, eine Frage fehlender Möglichkeit zur Redefreiheit.

Inzwischen wird diese Kundgebung vornehmlich vom stadtbekannten Neonazi Sven Liebich und schon-wieder-ehemaligen AfD-Mitglied Donatus Schmidt organisiert. Schmidt saß seit der Kommunalwahl im Mai 2019 für die AfD im Stadtrat. Bernd Wiegand hatte also diesen recht offensichtlichen Antisemiten nun für einige Monate direkt vor der Nase sitzen. Die Jungle World zitiert Schmidt bereits 2015 mit dieser Aussage: „Es ist nur noch eine kleine Elite, die die Macht und das Geld hat, die Menschheit von hier nach da zu schieben, sie so zu beeinflussen, dass sie nicht mal mitbekommt, dass sie ausgerottet wird. Ja, das klingt jetzt vielleicht hart, aber wir werden momentan ausgerottet. Denn die wahre Bevölkerungszahl der Deutschen, der Urbevölkerung dieses Landes, nimmt rapide ab.“[4] Bevor Schmidt allerdings schlussendlich seine Ämter im November 2019 niederlegte, mussten das hallesche Theater erst in einem offenen Brief die Zusammenarbeit mit Schmidt verweigern, eine ZDF Frontal21-Recherche ihm weitere antisemitische Aussagen nachweisen[5] und die Augen der Öffentlichkeit nach dem Anschlag auf Halle gerichtet sein.[6]

Mittlerweile empfinden viele Hallenser*innen Sven Liebichs Kundgebungen als störend. Das liegt aber, glaubt man dem Stimmungsbild der lokalen Onlinezeitung Du bist Halle, vorrangig an der Lautstärke und Häufigkeit dieser Veranstaltungen.[7] Ähnlich entnervt zeigten sich die Leser*innen des besagten Nachrichtenportals im Dezember 2017, als dieses live von einer Kundgebung gegen die Anerkennung Jerusalems als Israels Hauptstadt durch die USA berichtete.[8]

In den Live-Kommentaren ließen die Zuschauer*innen des Videos vor allem ihrem rassistischen Weltbild seinen Lauf und forderten, die Demonstrierenden sollten diese Kundgebung doch „in ihrem Land“ abhalten, weil man die größtenteils arabischen Demosprüche gar nicht verstehen könne. Weniger empörend fanden sie wiederum die shoahrelativierenden und antisemitischen Äußerungen der Teilnehmenden, welche an die Gegendemonstrant*innen gerichtet waren und in einem offenen Brief der Initiative gegen antisemitische Propaganda einige Tage später scharf kritisiert wurden.[9]

Indessen ist der Oberbürgermeister Wiegand neun Monate nach dem Anschlag im Interview mit Radio Corax davon überzeugt, dass rechten, rassistischen und antisemitischen Übergriffen – von denen es auch nach dem Anschlag in Halle einige gab – durch die eigens dafür eingerichtete Fachstelle mit dem vielversprechenden Namen „Integration und Demokratie“ genug entgegengesetzt werde. Ihm ist es auch ungefragt wichtig hervorzuheben, dass der Täter nicht aus Halle kam und erklärt die Stadt damit implizit zum weiteren Opfer des Terroranschlags. Man dürfe die Diskussion über Rechtsextremismus in Halle nicht so führen, „dass man sagt, das ist ein Impuls aus unserer Stadtgesellschaft.“[10]

Den vorläufigen Höhepunkt dieser Imagekampagne stellte der Jahrestag des Anschlags dar. Über Stunden war es Menschen am Nachmittag polizeilich untersagt, Blumen oder Kerzen an der Synagoge und dem Kiezdöner niederzulegen. Der städtisch inszenierte Part der Gedenkveranstaltungen war auf den Besuch des Bundespräsidenten Frank Walter Steinmeier am Nachmittag ausgerichtet. Die Polizist*innen an der Synagoge vergaßen dementsprechend schlicht und einfach die Gedenkminute um 12.01 Uhr und gingen lautstark weiter ihrem Tagesgeschäft nach. An der abendlichen zentralen Gedenkveranstaltung konnten die Mitglieder der jüdischen Gemeinde erneut nicht teilnehmen, da auch diese wieder zu Beginn des Schabbats und außerdem in der Woche des jüdischen Laubhüttenfestes Sukkot stattfand. Ob sie dies gewollt hätten, steht bei der der Wahl der Ulrichskirche als Veranstaltungsort allerdings auch in Frage. Zeitgleich versuchte die MLPD am halleschen Marktplatz ausgerechnet an diesem Tag über die „faschistische Politik Netanyahus“ zu informieren.[11]

Es ist allein der schier unermüdlich erscheinenden Kraft der Überlebenden und Angehörigen der Opfer und der Unterstützung durch die Genoss*innen in Halle zu verdanken, dass die Themen Antisemitismus, Rassismus, Sozialchauvinismus und Misogynie in der Bearbeitung des Anschlages nicht vollkommen untergegangen sind. Sie haben beispielsweise gemeinsam eine politische Gedenkkundgebung am 7. Oktober 2020 organisiert, an der auch die Mitglieder der jüdischen Gemeinde teilnehmen konnten und veranstalteten an jedem Verhandlungstag des Gerichtsprozesses eine Solidaritätskundgebung. Die Überlebenden und Angehörigen haben sich bewusst der Nebenklage angeschlossen und sich damit als politische Akteur*innen gesetzt, während die Stadtgesellschaft nichts lieber getan hätte, als die Aufarbeitung des Anschlags gänzlich zu entpolitisieren.

1 https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/ticker-konzert-hallezusammen100.html

2 An dieser Stelle sei beispielhaft auf die Rede des antiisraelischen Aktivisten Fuad Afane am 21. 02. 2015 verwiesen, in der er unter anderem Israel der Apartheid bezichtigte und Zionismus als Faschismus bezeichnete. (https://www.youtube.com/watch?v=2tr7tpXI8Ss) Weiterhin wurde mehrfach der ehemalige Bundespolizist Stephane Simon nach Halle eingeladen, um beispielsweise darüber zu sprechen, dass Israel eine ethnische Säuberung durchführen würde und dass die Gegendemonstrant*innen Parasiten seien, die „sich wie ein Geschwür an jede Demo anschließen, um zu stören“. (https://www.friedensdemowatch.com/2014/12/23/der-mahnwaechter-stephane-simon-zu-rechts-zu-pegida/)

3 https://hallespektrum.de/nachrichten/vermischtes/erfolgreicher-auftakt-fuer-speakers-corner/94399/

4 https://jungle.world/artikel/2015/46/die-urbevoelkerung-mahnt

5 https://www.zdf.de/nachrichten/heute/afd-stadtrat-donatus-schmidt-antisemitisch-video-halle-100.html

6 Das hallesche Bündnis gegen Rechts hat im Zusammenhang mit der Stadtratsposition Schmidts folgende Zusammenfassung seiner Umtriebe veröffentlicht: https://www.halle-gegen-rechts.de/service/399-stellungnahme-donatus-schmidt-die-afd-im-aufsichtsrat-der-tooh-gmbh.html

7 https://dubisthalle.de/achtung-vor-den-liebich-demos-er-ueberhaeuft-passanten-mit-strafanzeigen

8 https://www.facebook.com/dubisthalle/videos/742015372665011/

9 https://www.yumpu.com/de/document/read/59684367/offener-brief-an-den-intendanten-des-neuen-theaters-halle-matthias-brenner

10 Siehe Fußnote 1.

11 https://twitter.com/grrrlsarestrong/status/1314622470201237505

OUT NOW: Die Interview-Broschüre der EAG 'Linke Leer__stellen'

Mit Gesprächen mit
Noami Henkel-Gümbel, Ulrike Becker,
Kazem Moussavi, Ronja Wolf,
Ciocia Basia, Hashomer Hatzair
Ken Berlin und einem aktivistisch-jüdischen Medienprojekt

Zu bestellen und nachzulesen unter:
eag-berlin.tem.li

DAS CORONA-VIRUS ALS RECHTFERTIGUNG FÜR ANTISEMITISMUS

von der Autonomen Neuköllner Antifa [ANA]

Das vergangene Jahr 2020 bedeutete für nahezu alle Menschen weltweit eine komplette Änderung ihres bisherigen Alltags. Der Ausbruch des sogenannten Corona-Virus Ende 2019 in China und die anschließende Verbreitung über den gesamten Globus führte zu einer weltweiten Pandemie, an der fast 100 Millionen Menschen erkrankten und weit über 2 Millionen Menschen starben. Die Regierungen versuchen, eine Ausbreitung zu verhindern bzw. zu verlangsamen, indem sie teilweise weitreichende Einschränkungen erließen, die für die Menschen einen harten Eingriff in ihren Alltag bedeuteten. Bei Vielen führte das zur Verunsicherung und weitaus nicht alle Maßnahmen scheinen dabei gerechtfertigt zu sein, auch weil medizinische Erkenntnisse über die Erkrankung und ihren Verlauf erst nach und nach bekannt wurden.

Dennoch scheint es so, dass bereits zu Beginn der Pandemie einige Menschen wussten, wer für die Corona-Pandemie verantwortlich sei. Fast schneller als das Virus selbst verbreiteten sich weltweit Verschwörungsmythen über Covid-19. Das Muster und die Erzählungen kommen dabei merkwürdig vertraut vor.

Corona-Leugner_innen als die „neuen Juden“?

Immer wieder werden Krisenzeiten in den vergangenen Jahrhunderten genutzt, um Antisemitismus zu verbreiten. Das Corona-Virus bildet dabei keine Ausnahme. Vor allem im Internet lassen sich unzählige Behauptungen und Karikaturen finden, die Jüdinnen_Juden beschuldigen, die Verursacher_innen des Virus zu sein. Die Geschichte des Antisemitismus ist voll von Verschwörungsmythen, die Jüdinnen_Juden für die Verbreitung von Krankheiten verantwortlich machten und dahinter ein Machtstreben vermuteten. Alter Hass in neuen Schläuchen könnte man sagen. Weltweit, aber vor allem auch in Deutschland, war die Verbreitung der Erzählung von einer vermeintlichen jüdischen Schuld an Corona schon früh auf Versammlungen zu beobachten, auf denen die Existenz des Corona-Virus geleugnet oder dessen Gefährlichkeit verharmlost wurde. Anfangs nur aus wenigen hundert Menschen bestehend, entwickelten sich die Corona-Leugner_innen bis zum Sommer 2020 zu einer Bewegung, die auf mehrere zehntausend Menschen anwuchs. Unter dem Label „Querdenken“ haben sich inzwischen in ganz Deutschland Ableger gebildet, die Woche für Woche für die „Freiheit“ und ein Ende der „Corona-Diktatur“ auf die Straße gehen. Im August erreichten sie ihren bislang größten Erfolg und zogen mit fast 30.000

ohne Masken und Abstände durch Berlin. Im November wiederholten sie diesen Mobilisierungserfolg in Leipzig mit einer ähnlich hohen Anzahl an Teilnehmenden. Dort zu beobachten war eine spektrenübergreifende Melange aus Reichsbürger_innen, AfD-Anhänger_innen, Neonazis, Verschwörungsideolog_innen, Holocaustleugner_innen, Grünen-Eltern und Esoteriker_innen.

Wenn man von den extrem rechten Vertreter_innen auf diesen Demonstrationen absieht, deren Ideologie Antisemitismus inhärent ist, so waren andere Teilnehmende bzw. die ihnen zugeschriebenen Gruppen bislang für solche Einstellungen scheinbar nur wenig anfällig. Sicherlich würde die überwiegende Mehrheit sogar behaupten keine Antisemit_innen zu sein. Angetrieben wird die „Querdenken"-Bewegung dabei jedoch von eben jenen, seit Jahren aktiven Neonazis, „Neuen Rechten" und rechts-esoterischen Lichtgestalten. Das gemeinsame Auftreten ist nicht nur ein Phänomen der „Corona-Proteste", sondern basiert auf Parallelen in den Weltbildern. Zusammen mit den weniger ideologisch festgelegten Teilnehmenden eint sie ein verschwörungsideologisches Denken, in dem sie mit einfachen Erklärungen versuchen, Schuldige zu benennen. Die Konfrontation mit einem Virus wie SARS-CoV-2, welches vielen Menschen als komplex und nicht konkret fassbar erscheint, bildet den Kontext, in dem der Glaube an „dunkle Mächte" und einflussreiche Eliten, die angeblich im Verborgenen die Welt beherrschen würden, offen ausgelebt werden kann.[1]

Über die Ziele der „Querdenker_innen" gibt es dabei sicherlich unterschiedliche Vorstellungen. Während die einen sich Reichskriegsfahnen schwenkend das Kaiserreich zurück wünschen, hoffen militante Neonazis auf den Beginn des „Tag X", der den Beginn eines Kriegs darstellt, dessen Ziel die systematische Dezimierung der Bevölkerung und die Beherrschung der Welt sei. Diesen Zusammenbruch der gesellschaftlichen Ordnung sehnen sich Rechtsterrorist_innen herbei und versuchen, ihn zu beschleunigen und zu beeinflussen.[2] Die Mehrheit der Corona-Leugner_innen wollen dagegen eine vermeintlich gute alte Zeit vor der Pandemie zurück. Dieses Ziel wollen sie durch ein Widersetzen gegen verordnete staatliche Maßnahmen erreichen. Naheliegend also, dass sich viele der Maskenverweiger_innen als Kämpfer_innen für die Meinungsfreiheit sehen. Sie befürchten, dass Deutschland auf den Weg in eine Diktatur ist, wenn diese nicht schon als längst bestehend beschrieben wird.

Wie „Jana aus Kassel" vergleichen sie sich in ihrem vermeintlichen Kampf für Meinungsfreiheit mit historischen Figuren, die tatsächlich Widerstand gegen ein menschenverachtenden Regime geleistet haben und dafür nicht selten mit ihrem Leben bezahlten. Hinzu kommt der besonders häufig zu beobachtende Vergleich der Bundesregierung mit der Herrschaft der Nationalsozialist_innen. Während die pandemiebedingten Maßnahmen vor allem darauf abzielen, durch Abstandsgebote und Maskenpflicht einen Virus einzudämmen, waren Jüdinnen_Juden im Dritten Reich von massiven Einschränkungen ihrer Freiheit betroffen die schlussendlich im industriell organisierten Genozid, der Shoah, endeten. Dieser sekundäre Antisemitismus, der den Nationalsozialismus und die Shoah verharmlost, sind charakteristisch für die überwiegende Mehrheit der „Corona-Proteste". Die vorübergehend erlassenden Einschränkungen und staatliche Repression, mit der sich die Corona-Leugner_innen bei Masken- und Abstandsverweigerung konfrontiert sehen, verbinden sie mit den Erfahrungen der von den Nazis im Dritten Reich verfolgten Gruppen. Erneut versuchen sich Deutsche hier in einer antisemitischen und revisionistischen „Täter-Opfer-Umkehr"[3]. Es verwundert daher nicht, dass sich diese „Freiheitskämpfer_innen" Judenstern mit der Aufschrift „umgeimpft" an ihre Kleidung heften und behaupten, beim nicht Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes in einem KZ zu landen.

Hier ist eine Erinnerungs- und Schuldabwehr zu beobachten, die beispielhaft für die Geschichtsvergessenheit und den Umgang der nicht-jüdischen deutschen Bevölkerung mit der Shoah nach 1945 ist, wie sie der Sozialwissenschaftler Samuel Salzborn in seinem Buch „Kollektive Unschuld" eindrücklich beschreibt.[4] Auch wenn nicht alle Teilnehmende so weit gehen, so legitimen sie doch eben jene Antisemit_innen in ihren Reihen und befürworten deren Teilnahme sogar noch. Zumal unter vielen „Querdenker_innen" eine Radikalisierung im Schnelldurchlauf zu beobachten ist, in denen sich das bürgerliche Klientel zur einem aggressiven Mob gewandelt hat, der auch vor Gewalttaten nicht zurückschreckt.[5] Ein Paradies für Neonazis.

Die Schuldigen sind bekannt

Doch Antisemitismus oder Holocaust-Relativierung treten dabei nicht immer so offen zu Tage. Das verbindende Element der „Querdenker_innen" ist die Leugnung oder auch nur die Skepsis, dass das Corona-Virus überhaupt existiere. Sie sehen hinter den – in der Tat weitreichenden – Einschränkungen des öffentlichen Lebens eine höhere Macht, die sich daraus einen Vorteil verschaffen will bzw. einen „dunklen Plan" umsetzen möchte, um die Weltbevölkerung zu unterwerfen. Kritik an Freiheiten einschränkenden, staatlichen Maßnahmen sind in einer Demokratie nicht nur legitim, sondern auch notwendig – besonders aus einer emanzipatorischen linken Perspektive. Eine solch vielschichtige Kritik sucht man bei den verschwörungsideologischen „Querdenker_innen" jedoch vergeblich. Komplexe Zusammenhänge werden in einem manichäischen Weltbild reduziert, das nur Schuldige und Opfer, Gut und Böse kennt. Wer die Schuldigen sind, ist dabei schnell gefasst und stellt das Amalgam für antisemitische Welterklärungen dar.

Die komplexe Problematik der Covid-19-Pandemie wird nicht rational verstanden, sondern in einer Art personalisiert, in der Personen zu mächtigen „Verschwörer_innen" werden, die die Pandemie bewusst geplant haben, um von ihr zu profitieren. Hier fällt häufig der Name Bill Gates. Der milliardenschwere US-Amerikaner und seine Frau Melinda weisen bereits seit Jahren auf die Gefahr einer weltweiten Pandemie hin und fördern den Schutz davor durch Impfungen, vor allem in ärmeren Regionen der Erde. Neben Bill Gates tauchen aber auch immer wieder die Namen und Begriffe Rothschild,

Rockefeller, Freimaurer, Soros, Israel, USA etc. auf. Dabei ist es unerheblich, ob diese jüdisch sind oder nicht, allein die Struktur der Erzählung ist bereits antisemitisch.[6] Diese Erzählungen sind nicht neu und finden sich immer wieder auch auf Neonazi-Demonstrationen oder Kundgebungen der so genannten „Reichsbürger_innen". Was bei den großen „Querdenker_innen"-Protesten jedoch immer wieder zu beobachten ist, ist dass solche antisemitischen Welterklärungen mehrere zehntausend mobilisieren können und sich zu einer enormen Aggressivität kanalisieren lassen.[7] Und so kam es immer wieder zu Angriffen auf politische Gegner_innen, Journalist_innen und ihre Sicherheitskräfte oder in Form des Reichstags auf Symbole des demokratischen Rechtsstaats, welchen sie angeblich verteidigen wollen. Dabei wird die immer wieder beschwörende Parole „Widerstand" genutzt, die in dieser Form auf den „Corona-Demonstrationen" undemokratischer nicht sein könnte. Denn es wird eine Lösung bzw. ein Ausweg aus der vermeintlichen Diktatur suggeriert, die nur mit Gewalt erreicht werden kann. Diese richtet sich eben gegen alle, die dieser Lösung im Weg stehen und diese müssen für ihren Verrat am Volk zur Rechenschaft gezogen werden. Die Menge führt sich legitimiert zu handeln – ausgelöst durch „Erleuchtete", die die Wahrheit zu kennen scheinen, wie eben zuletzt bei der Erstürmung des Kapitols in der US-amerikanischen Hauptstadt Washington, D.C. Anfang Januar 2021 als ähnliche gewaltvolle Dynamik zu beobachten war. Ein Unrechtsbewusstsein war bei den Anhänger_innen Donald Trumps nicht zu erkennen. Ganz im Gegenteil ließen sie sich bereitwillig fotografieren, gaben Interviews und äußerten dabei offen ihre Ziele. Die anschließende Strafverfolgung wurde als weiterer Beweis der Unterdrückung durch eine totalitäre Diktatur gewertet.

Ablehnung der Moderne und QAnon-Kult

Diese Verschwörungsmythen sind jedoch keine neue Erfindung, sondern beruhen auf jahrhundertealten Vorstellungen, in denen immer wieder Jüdinnen_Juden für scheinbar nicht erklärbare Ereignisse verantwortlich gemacht werden, sei es die Pest oder Brunnenvergiftungen im Mittelalter bzw. der frühen Neuzeit. Woher aber kommt dieses vermeintliche Wissen über die angeblichen Ursachen für die Corona-Pandemie? Antisemitismus wie auch Verschwörungsmythen sind, im Unterschied zu bspw. Rassismus oder Homo- und Transfeindlichkeit, beides Unterlegenheitsfantasien, in denen das „Volk" von angeblich Mächtigen beherrscht wird.[8] Wie sich dagegen zu wehren ist, wissen nur die wenigen selbst ernannten Auserwählten, die die Wahrheit über die angeblichen Strippenzieher_innen kennen. Sie hätten die komplexen Zusammenhänge verstanden und ihr Ziel ist es, ihre Erkenntnisse an andere zu verkaufen, seien sie auch noch so widersprüchlich. Beweise für ihre Darbietungen müssen sie nicht liefern oder sie erzeugen sie selbst. Der „einfache Mann" (bzw. Frau) will keine komplexen Erklärungen, sondern möglichst einfache Antworten. Der Wunsch nach einer simplen Welterklärung ist zwar nachvollziehbar, aber durch ihre antimoderne und antiaufklärerische Wissenschaftsfeindlichkeit eben vor allem antisemitisch konnotiert. Denn seit jeher gelten Jüdinnen_Juden als Projektionsfläche für die Ablehnung der Moderne.[9] Insbesondere in der Esoterik ist diese Feindschaft gegenüber der modernen Wissenschaft spürbar. Überschneidungen zum Antisemitismus sind fließend bis deckend. Die Ablehnung moderner Heilungsmethoden, zu denen eben auch die Entwicklung von Impfstoffen gehört, sind Ausdruck einer Antimoderne, die sich auf heidnische Naturgötter beruft. Eben jenen Kulten hingen auch schon die Nationalsozialist_innen an, die Impfungen ebenso als „jüdisch" ablehnten.

Die Protokolle der Weisen von Zion als wohl wichtigstes antisemitisches Machwerk steht stellvertretend dafür. Ihre modernisierte Fassung im 21. Jahrhundert heißt QAnon. Die Bewegung erzählt die Geschichte einer „dunklen Macht", eines „Deep State", der im Verborgenen versucht, die Bevölkerung zu kontrollieren. Entstanden ist QAnon in den Sphären des Internets, in denen sich vor allem eine gekränkte Männlichkeit versammelt, um ihren Hass auf Frauen, Nicht-Weiße und eben auch Jüdinnen_Juden zu kanalisieren. Hier lassen sich jene antisemitische Strukturen wiederfinden, auf die sich bereits der christlich geprägte Antijudaismus aufbaute und ein Weltbild bietet, das besonders anschlussfähig bei den Corona-Leugner_innen ist. Gerade in Deutschland fanden die aus den USA stammenden QAnon-Erzählungen eine breite Anhänger_innenschaft, die zeitweise sehr dominant auf den „Querdenken"-Demonstrationen waren und sich durch das symbolische „Q" und Donald Trump-Abbildungen zeigten.[10]

Nach der Wahlniederlage des ehemaligen US-Präsidenten ging zunächst eine Galionsfigur der international agierenden Rechten verloren. Aber auch aus anderen Ländern waren antisemitisch gefärbte Untertöne mit Bezug auf Corona zu vernehmen.

Israel ist Schuld an Corona?

Wenn im Kontext mit der Corona-Pandemie antisemitische Verschwörungsideologien auftauchen, dann darf Israel natürlich nicht fehlen. Die einzige Demokratie im Nahen Osten ist seit seiner Gründung Projektionsfläche für Antisemit_innen jeder Couleur. Bei diesen Tendenzen wundert es dann kaum, dass sich auch Israel wiedereinmal mit der erschreckenden Zunahme von judenfeindlichen Einstellungen weltweit beschäftigt. Das israelische Außenministerium musste bereits im Mai 2020 feststellen, dass antisemitische Äußerungen im Zusammenhang mit Corona einen neuen Höchststand erreichten. Nach den USA und Frankreich stand Deutschland an dritter Stelle als Ursprung judenfeindlicher Verschwörungsmythen.[11] Neben den bekannten alten Stereotypen stellt der jüdische Staat selbst das Hauptziel der Verschwörungsmythen dar. Insbesondere erfährt der israelbezogene Antisemitismus eine Aktualisierung, indem u. a. von islamistischen Gruppierungen behauptet wird, dass Israel dieses Virus entwickelt habe, um Palästinenser_innen und andere Araber_innen zu eliminieren.

Der Iran sticht bei diesen Behauptungen besonders hervor, hatten doch seine politischen wie religiösen Entscheidungsträger schon früh die Urheberschaft für Covid-19 bei Israel gesehen. Die islamische Republik, die in der ersten Welle der Pandemie zu den am stärksten betroffenen Ländern gehörte, versuchte durch eine antisemitische Kampagne vom eigenen Missmanagement im Kampf gegen das Virus und der allgemein desolaten Lage im Land abzulenken. Abwechselnd soll dahinter die „israelische Lobby“ in den USA oder „zionistische Elemente“ stecken, die den Virus speziell für den Iran entwickelten und als Waffe gegen diesen einsetzten. Es wird auch nicht davor zurückgeschreckt, Jüdinnen_Juden okkulte Kräfte anzudichten. Mit dem herbei fantasieren eines Pakts mit dem Teufel wird dabei auf mittelalterliche Verschwörungsmythen zurückgegriffen. Der Politikwissenschaftler Stephan Grigat weist darauf hin, dass derartige wahnhafte Projektionen vor dem Hintergrund der mittlerweile vierzigjährigen Tradition des Antisemitismus des iranischen Regimes verstanden werden müssen. Weiter führt er in einem Beitrag der taz aus: „Hinsichtlich der antisemitischen Ideologie der iranischen Islamisten kann zusammenfassend von einer Verherrlichung einer konkretistisch verklärten, als organisch, authentisch, schicksalhaft und harmonisch gezeichneten Gemeinschaft der Muslime gesprochen werden, die als permanent von zersetzenden Feinden bedroht halluziniert wird.“[12]

Mit der Zulassung von wirksamen Impfstoffen beginnt das kleine Land Israel seit Dezember 2020 systematisch, seine Bevölkerung zu impfen, um schnellstmöglich zu einem Normalzustand zurückzukehren, wie auch überall anders auf der Welt. In diesem Zusammenhang wird von „Israel-Kritiker_innen“ behauptet, dass die palästinensische Bevölkerung benachteiligt würde und keinen Zugang zu den Präparaten erhielte. Unterstützung bei dieser Behauptung kommt dabei wiederholt durch internationale Hilfsorganisationen, wie etwa Human Rights Watch. Tatsächlich gibt es aber sehr wohl einen Austausch zwischen Israel und der Autonomiebehörde zur Verteilung des Impfstoffes. Vielmehr will sich das palästinensische Gesundheitsministerium selbst um die Versorgung ihrer Bevölkerung kümmern, was bislang vor allem an den hohen Kosten und Lieferschwierigkeiten scheitert.[13]

Auch zu Beginn des neuen Jahres nahmen antisemitisch geprägte Verschwörungsmythen auf den „Querdenken“-Protesten nicht ab und weltweit wird weiterhin, vor allem im Internet, von einer jüdischen bzw. israelischen Herkunft von Covid-19 fabuliert. Auch nach voraussichtlichen Ende der Pandemie wird die Behauptung von Corona als „jüdischer Virus“ nicht verschwinden, sondern sich nur wieder verlagern. Der Antisemitismus und deren Verbreiter_innen werden auch in Zukunft nicht müde werden, ihre Ideologie mittels eines neuen Verschwörungsmythos zu legitimieren.

1 Vgl. JFDA (2020): Im Weltbild vereint. Verbindungen von Esoteriker:innen und Rechtsextremen bei den Corona-Protesten, 17.09.2020, https://jfda.de/blog/2020/09/17/im-weltbild-vereint-verbindungen-von-esoterikerinnen-und-rechtsextremen-bei-den-corona-protesten/

2 Vgl. Exif (2020): „Tag X“-Romantik aus dem Bilderbuch. „Corona-Proteste“ & rechter Terror, 29.11.2020, https://exif-recherche.org/?p=6953

3 Vgl. Marsovszky, Magdalena (2013): Die „Täter-Opfer-Umkehr“. Der Antisemitismus der politischen Mitte. Südosteuropäische Hefte, 2 (1), S. 49-61.

4 Vgl. Salzborn, Samuel (2020): Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern. Berlin.

5 Vgl. Exif (2020).

6 Vgl. Lelle, Nikolas; Kummer, Imke (2020): Antisemitische Verschwörungsmythen während der „Corona-Demos“. In: Amadeus Antonio Stiftung: Zivilgesellschaftliches Lagebild Antisemitismus. Berlin, [S. 30-32], S. 30.

7 Vgl. Ebenda, S. 31.

8 Vgl.Lelle, Nikolas; Rathje, Jan (2020): Die unsichtbare Macht. Zum Verhältnis von Verschwörungsmythen und Antisemitismus. In: iz3w: Antisemitismus. „An allem sind die Juden schuld“ Ausgabe 381, Nov./Dez. 2020. Freiburg i. Br., [S. 28/29] S. 29.

9 Vgl. Salzborn, Samuel (2019): Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne. Bonn, S. 29ff, sowie S. 64f.

10 Vgl. JFDA (2020): QAnon. Eine weltweit verbreitete antisemitische Verschwörungsideologie mit historischen Wurzeln. Berlin, S. 9ff.

11 Vgl. Banse, Dirk; Müller Uwe (2020): In Deutschland verbreiten sich antisemitische Corona-Verschwörungstheorien. In: Welt, 7. Mai 2020, https://www.welt.de/politik/deutschland/article207814673/Corona-Krise-Israel-warnt-vor-judenfeindlichen-Verschwoerungstheorien.html.

12 Grigat, Stephen (2020): Das Versagen von Irans Regierung. In: taz, 23. August 2020, https://taz.de/Verschwoerungstheorien-zu-Corona/!5704080/

13 Vgl. Metzger, Nils (2020): Impfung in Palästina und Israel. Warum Palästina auf Covid-Impfstoff wartet. In: ZDF, https://www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-palaestina-israel-impfen-100.html.

ÜBER DIE AUTOR:INNEN

Alexander Will

Alexander Will ist Historiker und forscht zu Genozid- und Gewaltgeschichte sowie zur Geschichte des Antisemitismus. Er ist u. a. aktiv in der Hamburger Studienbibliothek.

Amed Sherwan

Amed Sherwan wuchs zunächst im Irak in einer muslimischen Familie auf, bis er sich mit 15 Jahren öffentlich islamkritisch äußerte, dafür verhaftet und gefoltert wurde. Weil er nach seiner Verhaftung sich nicht mehr sicher im Irak aufhalten konnte, floh er nach Deutschland. Seit 2014 lebt er in Flensburg, engagiert sich sowohl online als auch auf der Straße und in verschiedenen Organisationen für LGBT-Rechte und das Recht auf Atheismus und Säkularismus.

Autonome Neuköllner Antifa [ANA]

Die Autonome Neuköllner Antifa [ANA] ist eine Gruppe, die seit 2005 insbesondere im Stadtteil Berlin-Neukölln emanzipatorische Antifaarbeit macht und linksradikale Politik betreibt. Der Kritik an jeder Form des Antisemitismus wird sich dabei theoretisch wie praktisch durch Veranstaltungen, Texte und der Mitarbeit in berlinweiten Bündnissen, wie dem Antifaschistischen Berliner Bündnis gegen den Al Quds-Tag und dem antifaschistischen Bündnis im Gedenken an die Novemberpogrome 1938, gewidmet.
Mehr Infos gibt es unter: antifa-neukoelln.net und fb.com/antifa-neukoelln

drift – feminist alliance for communism

Das Bündnis drift – feminist alliance for communism besteht aus Gruppen und politischen Zusammenhängen aus Berlin, Hannover, Jena, Leipzig und Marburg. Der Bündnisname drift steht unter anderem dafür, dass innerhalb der feministischen und queeren Bewegung eine bestimmte Strömung gestärkt werden soll: radikale Gesellschaftskritik.
Mehr Infos gibt es unter:
feministdrift.org und twitter.com/feministdrift

Emanzipative & Antifaschistische Gruppe (EAG)

Die „Emanzipative & Antifaschistische Gruppe“ (EAG) wurde 2005 in Berlin-Pankow gegründet, um dem rassistischen Normalzustand entgegenzutreten. Dabei richtet sich die linksradikale und feministische Kritik der Gruppe seitdem immer konsequent gegen die gesamte patriachale Einrichtung der Gesellschaft und gegen jeden Antisemitismus. Hierfür ist sie unter anderem Teil des Berliner Bündnis gegen den Al Quds-Tag.
Mehr Infos über uns unter:
eag.tem.li und fb.com/eag-berlin

Fathiyeh Naghibzadeh

Fathiyeh Naghibzadeh ist Exil-Iranierin, Autorin und Filmemacherin („Kopftuch als System”). Sie engagiert sich gegen das Iranische Regime und ist Mitbegründerin des „Mideast Freedom Forum Berlin“.

Hermine Schubert

Hermine Schubert lebt mittlerweile in der großen Stadt und vermisst trotz allem die ostdeutsche Provinz mehr als man vielleicht glauben mag. Sie liest und schreibt unter anderem zu Antisemitismus, Feminismus und Erinnerungskultur.

Koschka Linkerhand

Koschka Linkerhand ringt um einen frauensolidarischen Universalismus, der Differenzen nicht mit dem Bade ausschüttet. Sie ist Redaktionsmitglied der outside the box. Zeitschrift für feministische Gesellschaftskritik und Romanautorin. Näheres unter www.koschkalinkerhand.de.

Merle Stöver

Merle Stöver studiert in Berlin und beschäftigt sich hauptsächlich mit Antisemitismus, Antiziganismus und Geschlechterverhältnissen.

Mina Ahadi

Mina Ahadi kommt aus dem Iran und beteiligte sich 1979 an den Protesten gegen den Schah. Nach dessen Sturz und der Machtübernahme durch die Islamist:innen organisierte sie Protestaktionen und Demonstrationen. Wegen ihrer politischen Aktivitäten wurde Mina verfolgt und in Abwesenheit zum Tode verurteilt. 1981 flüchtete sie nach iranisch-Kurdistan. Nach 10 Jahren in Kurdistan führte sie ihre Flucht 1990 nach Wien. Aus Wien musste Mina Ahadi erneut aufgrund der Bedrohung der Geheimdienste des iranischen Regimes fliehen. Seit 1996 lebt sie in Köln und ist seit 2007 die Vorsitzende des Zentralrats der Ex-Muslime. Sie arbeitet seit vielen Jahren mit Frauen- und Menschenrechtsorganisationen weltweit gegen Kopftuchzwang, Steinigung und Todesstrafe.

Pascal Beck

Pascal Beck ist Masterstudent der interdisziplinären Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin. Derzeit beschäftigt er sich vor allem mit der deutschen Erinnerungskultur und den Texten Jean Amérys. Außerdem interessieren ihn aktuell Verschwörungserzählungen und der ihnen notwendig zugrunde liegende Antisemitismus.

Philipp Gede

Philipp Gede ist Masterstudent der Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. Derzeitig arbeitet er zur kritischen Theorie der deutschen „Heimat“ und dem in der Idee (notwendig) enthaltenen Antisemitismus. Sein Arbeitsfeld umfasst weiterhin die politische Theorie der Neuen Rechten. Politisch engagiert er sich im gewerkschaftspolitischen Rahmen mit Schwerpunkt auf den genannten Themen, sowie in antifaschistischen Kontexten.

Theorie, Kritik & Aktion | Berlin [TKA]

Die TKA ist eine linksradikale Gruppe aus Berlin. Die Arbeitsschwerpunkte der TKA sind die Kritik des Antisemitismus und feministische Gesellschaftskritik.
Mehr Infos über uns unter:
tka.tem.li und twitter.com/berlintka

Der sogenannte Al Quds-Tag wurde 1979 im Rahmen der Islamischen Revolution im Iran als Feiertag ausgerufen, um für die Vernichtung Israels zu demonstrieren. Auch in Berlin ziehen zu diesem Anlass jährlich mehrere hundert Antisemit:innen durch die Straßen.

Als antifaschistisches Bündnis stellen wir uns gegen diesen Marsch und die dort propagierte Ideologie des Antisemitismus, patriarchale Unterdrückung und in Solidarität mit den emanzipatorischen Kämpfen im Iran.

Die Texte der vorliegenden Broschüre behandeln die zentralen Themen, die unsere politische Auseinandersetzung mit dem Al Quds-Tag seit Jahren begleiten.

KEINALQUDSTAG.NOBLOGS.ORG